

Digitale Reihe
der Graduierungsschriften
ostdok ▶

Stefan Mehrens

Das Informations- und
Koordinationsbüro der Solidarność
in Bremen 1981-1983

Masterarbeit 2019

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Philosophische Fakultät
Fach Geschichte

Erste Gutachterin: Prof. Dr. Martina Winkler
Zweite Gutachterin: Dr. Sarah Lemmen

Herausgegeben

vom Collegium Carolinum, Hochstraße 8, D-81669 München

► www.collegium-carolinum.de

im Auftrag des Fachrepositoriums für Osteuropastudien OstDok

► <https://www.osmikon.de/servicemenue/ueber-uns/ueber-ostdok/>

Digitale Reihe der Graduierungsschriften OstDok

► *Universitäten Deutschland, Band 17*

Bereitgestellt und langzeitarchiviert durch die Bayerische Staatsbibliothek

DOI: 10.23665/DRG-D/2019-17

Empfohlene Zitierweise

Mehrens, Stefan: Das Informations- und Koordinationsbüro der Solidarność
in Bremen 1981-1983. München 2019.

<https://dx.doi.org/10.23665/DRG-D/2019-17>



Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International

Collegium Carolinum e.V., München 2019

Inhaltsverzeichnis

Hinweise zur Schreibweise von Namen, Genderregelung und Übersetzungen 6

I. Einleitung 7

1. Fragestellung 10
2. Quellen 11
3. Forschungsstand 14

II. Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft 19

1. Netzwerk: Analysekategorie oder reales Phänomen? 19
2. Netzwerkforschung und die „Solidarność“ im Ausland 22

III. Entstehungsbedingungen des Netzwerks 25

1. Ostpolitik 25
2. „Solidarność“ und die Krise der *Détente* 29
3. Potenzielle Kooperationspartner 33
 1. „Stille Hilfe“ – der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 33
 2. Die Initiative „Solidarität mit „Solidarność““ 38
 3. Deutsch-Polnische Gesellschaften 41
 4. Die Polonia in der BRD vor der „Solidarność“ 42

IV. Die Entstehung des Netzwerks 46

1. Ein Besuch in Gdańsk mit unerwarteten Folgen 46
2. „Arbeiter aus Danzig“ – die Mitglieder der Delegation 48
3. Der große Schock – die ersten Reaktionen auf den Kriegszustand 51

| | |
|---|------------|
| 4. Stiller Protest und humanitäre Hilfe in der BRD | 57 |
| 5. Transnationale Vernetzung und Erweiterung | 64 |
| 6. Zusammenfassung | 67 |
| V. Erweiterung und Konsolidierung – vom 9. Januar bis 14. März | 68 |
| 1. Die politische Auseinandersetzung um die Delegation | 68 |
| 2. „Tag der Solidarität“ und Ausbau der Beziehungen zum DGB | 73 |
| 3. Weitere Vernetzung und der Kongress in Düsseldorf | 80 |
| 4. Zusammenfassung | 89 |
| VI. „unheimlich viel Arbeit“ – Institutionalisierung & Konflikte | 90 |
| 1. Ein hoffnungsvoller Start – die Zeit bis zur Eröffnung des Büros | 90 |
| 2. Die Eröffnung des Büros | 95 |
| 3. Der DGB-Kongress | 101 |
| 4. Zusammenfassung | 103 |
| VII. Krisen und Distanzierung | 105 |
| 1. „Zgoda budu je, niezgoda rujnuje“ | 105 |
| 2. Diskreditierung und die Gründung des Brüsseler Koordinationsbüros | 109 |
| 3. Krisentreffen im Herbst und Inaktivität | 113 |
| VIII. Epilog – Auflösung des Netzwerks | 118 |
| IX. Ausblick, Fazit, Reflexion | 122 |
| X. Abkürzungsverzeichnis | 128 |
| XI. Quellen- und Literaturverzeichnis | 131 |
| 1. Ungedruckte Quellen | 131 |
| 2. Gedruckte Quellen | 131 |
| 3. Zeitungen und Zeitschriften | 132 |

4. Filme 132

5. Internetquellen 133

6. Sekundärliteratur 133

XII. Danksagungen 142

Hinweise zur Schreibweise von Namen, Genderregelung und Übersetzungen

Namen von polnischen Städten und Ortschaften werden im Text in der polnischen Schreibweise ausgeschrieben, es sei denn, in der Quelle wird dies anders getan (Ausnahme: Warschau). Bei Namen von nicht-deutschsprachigen Organisationen wird auf die Original Schreibweise (auch bei Abkürzungen) zurückgegriffen, außer es wird in den Quellen anders getan. Beispiel: Es kam eine Delegation der NSZZ (Niezależna Samorządna Związek Zawodowy) „Solidarność“ aus Gdańsk nach Bremen. Der Weser Kurier schreibt (hypothetisch) darüber: Es kam eine Delegation der Gewerkschaft „Solidarität“ aus Danzig nach Bremen.

Im Text wird das Gendersternchen genutzt, außer es handelt sich um einen Sachverhalt von dem ausschließlich Männer oder Frauen betroffen sind, oder es in den Quellen anders genutzt wird. Beispiel: Die Aktivist*innen der „Solidarność“ wurden verhaftet. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt (hypothetisch): Gestern wurden Aktivisten der Gewerkschaft „Solidarität“ verhaftet. Oder: Am 29. Juli traten Vertreter (=es handelte sich nur um Männer) der „Solidarność“ vor die Presse.

Übersetzungen, sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen vom Autor und sind bei längeren Zitaten in den Fußnoten zu finden.

I. Einleitung

Als am 13.12.1981 in der Volksrepublik Polen der Kriegszustand (*stan wojenny*) ausgerufen wurde, stellte dies für viele Menschen inner- und außerhalb des Landes eine Zäsur dar. Die *Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“* (NSZZ „Solidarność“, deutsch: Unabhängige Selbstverwaltende Gewerkschaft „Solidarität“), die sich in den vergangenen fünfzehneinhalb Monaten im Konflikt um Reformen mit der Regierung befunden hatte¹, wurde suspendiert, ihre führenden Funktionäre verhaftet und Streiks sowie Demonstrationen wurden unter Strafe gestellt.² Aktivist*innen der Gewerkschaft gingen in den Untergrund³ und setzten sich in den folgenden Jahren für das Ende des Kriegszustands, Restituierung ihrer Gewerkschaft und Fortsetzung des Dialogs zwischen der „Solidarność“ und der Regierung mit Vermittlung der Kirche ein. Allerdings gab es über die Ziele und Strategien der „Solidarność“ im Untergrund interne Differenzen.⁴ Die Regierung unter der Führung des Generals Wojciech Jaruzelski⁵ strebte nach der Wiederherstellung der Ordnung und der wirtschaftlichen Erholung des Landes, das sich in einer schweren Krise befand. Für die Dauer des Kriegszustands galten eine Reihe von Repressionen, die in der Zeit danach in abgeschwächter Form fortgesetzt wurden.⁶ Für die Regierungen

- 1 Eine vollständige Bibliografie zur „Solidarność“ kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Gute Übersichtswerke stellen folgende Monografien bzw. Dokumentensammlungen dar: Garton-Ash: *The Polish Revolution*; Holzer: *„Solidarität“*; Kühn: *Jahrzehnt der Solidarność*; Paczkowski et al. (Hg.): *From Solidarity to Martial Law*.
- 2 Über die Zeit des Kriegszustandes in den verschiedenen Regionen Polens siehe: Dudek (Hg.): *Stan wojenny w Polsce*. Einen etwas erweiterten Fokus hat die Monografie: Paczkowski: *Revolution*.
- 3 Über die Aktivitäten der „Solidarność“ im Untergrund bietet die nicht ganz objektive Darstellung Holzer / Leski: *„Solidarność“ w podziemiu* einen Überblick. Außerdem Kühn: *Jahrzehnt der Solidarność*, 269-398.
- 4 Dies war insbesondere 1982 der Fall, siehe z.B. die Kontroverse zwischen Zbigniew Bujak und Jacek Kuroń, dazu Holzer / Leski: *„Solidarność“ w podziemiu*, 31 und 37.
- 5 Wojciech Jaruzelski (1923-2014) hatte in der Zeit des Kriegszustands folgende Ämter inne: Verteidigungsminister (1968-1983), Vorsitzender des Ministerrates (Februar 1981-November 1985), 1. Vorsitzender des Zentralkomitees der PZPR (Oktober 1981-November 1989) sowie den Vorsitz des *Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego* (WRON, Armeerat der nationalen Errettung), der nur während des Kriegszustands Bestand hatte.
- 6 Vgl. Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 63.

der westlichen Länder stellte die Verhängung des Kriegsrechts ebenfalls eine Zäsur in ihrer Politik gegenüber dem Ostblock dar. Die polnische Krise war vom Westen mit besorgter Aufmerksamkeit verfolgt worden, da eine Intervention des Warschauer Paktes für möglich gehalten wurde, wie es 1956 in Ungarn und 1968 in Prag geschehen war.⁷ Die Ausrufung des Kriegszustands verstärkte die Krise der *Détente*⁸: die USA schwenkten nun mittels der Verhängung von Sanktionen und weiterer Aufrüstung endgültig auf den konfrontativen Kurs des neugewählten Präsidenten Ronald Reagan gegenüber dem Ostblock um.⁹ Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland weigerte sich von den europäischen Staaten am stärksten, diesem Kurs zu folgen, und behielt ihre Ostpolitik mit leichten Modifikationen bei, unter starker Kritik aus Washington.¹⁰ So führte die Ausrufung des Kriegszustands in Polen zu einer der schwersten Krisen, welche die NATO bis dahin erlebt hat.¹¹

In einer besonderen Situation befanden sich jene „Solidarność“-Aktivist*innen, die sich zu dem Zeitpunkt der Ausrufung des Kriegszustands im westlichen Ausland aufhielten.¹² Die meisten von ihnen entschlossen sich, dort zu bleiben¹³, und versuchten ihre Gewerkschaft und auch ihre Angehörigen mit unterschiedlichen Mitteln zu unterstützen: Neben gezielter humanitärer Hilfe wurde

7 Vgl. u.a. Mastny: *The Soviet non-invasion of Poland*, 11; Sjurzen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*; Paczkowski / Byrne: *The Polish Crisis*, 17.

8 Vgl. u.a. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 30; Sjurzen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 65.

9 Viele haben festgestellt, dass die Ausrufung des Kriegsrechts nur ein Vorwand für den neuen Kurs des stark anti-kommunistischen amerikanischen Präsidenten war, so etwa der deutsche Journalist Peter Bender, der für die ZEIT schrieb: Bender: *Nachdenken*, 36. Vgl. auch: Sjurzen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 81.

10 Einen guten Überblick über die Haltungen der genannten Länder zur polnischen Krise bietet Sjurzen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*.

11 Vgl. Sjurzen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 1 sowie Maliszewski: *Opinie prasy*, 298.

12 Wenn Mitglieder der „Solidarność“ ins Ausland reisten, dann immer in den kapitalistischen Westen, da ihnen die Einreise in die anderen Länder des Ostblocks verwehrt war. Die Gründe für die Reisen waren meist privater Natur. Zu Reisen von Pol*innen in die BRD allgemein siehe Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 101-163.

13 Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen befürchteten viele, bei ihrer Rückkehr wegen ihrer Gewerkschaftstätigkeit verhaftet zu werden oder anderen Repressalien ausgesetzt zu sein. Zum anderen gab es für viele auch schlichte wirtschaftliche Gründe, da die wirtschaftliche Lage Polens schlecht war. Siehe dazu: Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 317.

der Schmuggel von Druckermaterialien, Literatur sowie anderer konspirativer Materialien nach Polen organisiert. Außerdem versuchten die „Solidarność“-Aktivist*innen, die öffentliche Meinung im Westen in ihrem Sinne zu beeinflussen: Einerseits organisierten sie Demonstrationen und Kundgebungen, andererseits veröffentlichten sie Texte aus dem Untergrund sowie Gegendarstellungen zu den offiziellen polnischen Verlautbarungen, um den Westen davon zu überzeugen, dass ihre Gewerkschaft weiter Bestand hatte und die polnische Regierung zu kritisieren. Sie versuchten außerdem, Lobbying bei den westlichen Regierungen und Parlamentariern sowie bei internationalen Organisationen (z.B. UNO, ILO, IBFG) zu betreiben, um internationalen Druck auf die polnische Regierung auszuüben.¹⁴ Die „Solidarność“-Gruppen in den verschiedenen Ländern standen in mehr oder weniger intensivem Kontakt zueinander, um Informationen auszutauschen und sich bei ihren Tätigkeiten gegenseitig zu unterstützen.

Darüber hinaus hatten sich bereits vor der Ausrufung des Kriegszustandes Gruppen im Westen gebildet, die mit der polnischen Gewerkschaft sympathisierten und sie unterstützten.¹⁵ Nach dem 13.12. entfalteten diese Gruppen eine rege Aktivität und gewannen an Mitgliedern.¹⁶ Auch einige Gewerkschaften¹⁷ und andere zivilgesellschaftliche Organisationen waren in der Unterstützung für die „Solidarność“ aktiv. Vor dem 13.12. hatten die meisten westlichen Gewerkschaften Kontakte zu der polnischen Gewerkschaft aufgebaut, was dazu führte, dass sie auch nach der Ausrufung des Kriegszustands der „Solidarność“ auf unterschiedliche Weise halfen: So haben sie sich in vielen Fällen entschlossen, die neu-gebildeten Gruppen der „Solidarność“-Aktivist*innen in ihrem Land finanziell zu unterstützen. Der 13.12.1981 war also die Stunde Null für ein transnationales Netzwerk, in dem sich viele verschiedene Akteure zusammenschlossen, um die „Solidarność“ im Untergrund zu unterstützen.

14 Zu Lobbying (v.a. in Bezug auf das Büro in Brüssel): Goddeeris: Lobbying Allies?

15 Vgl. Goddeeris: Western Trade Unions and Solidarność, 305.

16 Vgl. Zajac: Die Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen, 238.

17 Über die Unterstützung der „Solidarność“ durch westeuropäische Gewerkschaften bildet folgender Sammelband eine gute Übersicht: Goddeeris (Hg.): Solidarity with Solidarity.

1. Fragestellung

Eine dieser Gruppen setzte sich aus sechs¹⁸ Arbeitern der Gdańsker Lenin-Werft zusammen, die sich in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember auf den Weg nach Bremen gemacht hatten. Der ursprüngliche Zweck dieser Reise war eine Fortbildung der Mitglieder des „Solidarność“-Betriebsrates durch die Arbeiterkammer Bremen. Vom Kriegszustand überrascht, entschlossen sie sich, ebenfalls zu protestieren und Hilfe zu organisieren. Aus dieser Delegation ging im Laufe des folgenden Jahres das Informations- und Koordinationsbüro der NSZZ „Solidarność“ in Bremen hervor. Dieser Organisation fiel die Aufgabe zu, die Aktivitäten der verschiedenen „Solidarność“-Gruppen in der Bundesrepublik zu koordinieren, sowie als Ansprechpartner für Partnerorganisationen auf Bundesebene zu fungieren.¹⁹ Das Büro löste sich jedoch nach einigen Schwierigkeiten im Oktober 1983 auf. Von Dezember 1981 bis zu ihrer Auflösung pflegte die Gruppe Beziehungen mit vielen anderen Akteuren, die ein ähnliches Ziel wie sie verfolgten und daher mit der Gruppe kooperierten oder sie unterstützten. Es gab aber auch Akteure, welche die „Solidarność“ für ihre eigenen Ziele instrumentalisieren wollten und solche, die der Gruppe feindlich gesonnen waren, und daher versuchten, sie auf unterschiedliche Weise anzugreifen. Das Bremer Informationsbüro war ein Knotenpunkt in dem transnationalen Netzwerk der „Solidarność“-Gruppen im Ausland, dessen Ziel es war, die „Solidarność“ im Untergrund zu unterstützen.

Diese Arbeit wird das Ego-Netzwerk des Informations- und Koordinationsbüros der „Solidarność“ in Bremen als Ausschnitt im Gesamtnetzwerk der „Solidarność“-Gruppen im Ausland unter folgenden Fragestellungen untersuchen: Unter welchen Bedingungen ist es entstanden? Welche Akteure waren Mitglieder des Netzwerks und warum? Wie entwickelten sich die Beziehungen zwischen dem Büro und diesen Akteuren? Welche Faktoren hatten Einfluss auf die Netzwerkdynamik und welchen Einfluss hatte die Entwicklung des Netzwerks

18 Die ursprüngliche Delegation hatte acht Mitglieder, von denen sechs den Kern des späteren Informations- und Koordinationsbüros bildeten.

19 Archiv der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Im Folgenden: AFSO), Bestand 02-088 (Informations- und Koordinationsbüro der „Solidarność“ Bremen), 300 (I Zjazd Działaczy NSZZ Solidarność Düsseldorf 13./14.3.1982), Vereinbarung zu den Tätigkeiten des Informationsbüros Bremen.

auf das Büro und seine Mitglieder? Wie entwickelten sich im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen die Handlungsräume der Gruppe?

Bei diesen Fragen wird deutlich, dass diese Arbeit nicht nur einen multiperspektivischen Ansatz verfolgt, sondern neben der Mesoebene (die des Netzwerks und der Institutionen) auch die Makro- (allgemeine Entwicklungen) und Mikro-Ebene (individuelle Faktoren) berücksichtigt. Das Ziel dieser Vorgehensweise ist es erstens, ein vollständiges Bild der Entwicklung des Bremer Informationsbüros zu zeichnen, und zweitens zu erforschen, inwiefern diese Entwicklung von Netzwerkdynamiken abhängig war.

2. Quellen

Die Arbeit basiert auf verschiedenen Quellenbeständen. Den Hauptbestandteil bilden die Materialien des Informationsbüros, welche 2005 an das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen übergeben wurden.²⁰ Diese Materialien wurden durch Kopien, die aus dem Privatbesitz von einem der Büromitglieder angefertigt wurden, ergänzt.²¹ In dem Bestand ist ein Großteil der Korrespondenz der Gruppe, ihre veröffentlichten Bulletins, Zeitungsberichte, Protokolle, Zeitschriften anderer Gruppen und diverse andere Materialien enthalten. Insbesondere die Korrespondenz ist für die Erforschung des Netzwerks von großer Bedeutung. Leider ist der Bestand nicht vollständig, da einige Dokumente durch die jahrelange Lagerung in einem Keller beschädigt wurden. Nichtsdestotrotz bilden die Dokumente eine solide Grundlage für die Arbeit.

Da der DGB ein wichtiger Partner des Informationsbüros war, ist es unerlässlich, auch dessen interne Korrespondenz zu berücksichtigen. Die Quellen des DGB sind im Archiv der Sozialen Demokratie in Bonn enthalten. Für die Korrespondenz, die nicht im Bestand des Archivs der Forschungsstelle Osteuropa enthalten ist, konnte der Autor auf eine (ins Polnische übersetzte) Edition²² der relevanten Quellen, die 2017 von Małgorzata Świder herausgegeben

20 AFSO, 02-088. Der Bestand umfasst insgesamt neun Kartons.

21 AFSO, 02-088, Privatbestand Bobrowski (Im Folgenden: PB).

22 Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*.

wurde, zurückgreifen. Dies birgt die Gefahr, dass einerseits Rückübersetzungsfehler geschehen können, andererseits durch die Vorauswahl möglicherweise nicht alle relevanten Quellen erfasst werden.

Der polnische Geheimdienst (Służba Bezpieczeństwa, kurz SB) hat mit verschiedenen Methoden versucht, die „Solidarność“-Gruppen im Ausland zu bekämpfen. Leider wurde ein Großteil der dies betreffenden Quellen 1990 im polnischen Innenministerium zerstört. Für die Quellen, die noch erhalten sind, wurde 2011 eine Edition²³ von Patryk Pleskot herausgegeben. Dort sind auch einige Dokumente enthalten, die das Bremer Büro betreffen.

Berichte aus Zeitungen und Zeitschriften bilden einen weiteren Bestandteil der Quellenbasis. Diese enthalten neben Informationen über Entwicklungen der Makroebene (bzw. deren öffentliche Wahrnehmung) einen Einblick in die Konflikte und die öffentliche Wahrnehmung der „Solidarność“ und einzelner Akteure. Viele Zeitungsartikel, die das Bremer Büro und die Mitglieder seines Netzwerks betreffen, sind bereits im Bestand des AFSO enthalten, und wurden in einigen Fällen durch Recherchen des Autors ergänzt. Zu den wichtigsten Zeitungen zählen der *Weser Kurier* (damals die Haupttageszeitung für Bremen), von den deutschen überregionale Zeitungen vor allem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), der polnische *Trybuna Ludu* (das Presseorgan der PZPR, relevant für die Versuche der Verunglimpfung der „Solidarność“), der *Spiegel* sowie einige Artikel aus anderen Zeitungen und Zeitschriften.

Einige Zeitschriften von Gruppierungen polnischer Emigrant*innen wurden ebenfalls herangezogen. Die bedeutendste dieser Zeitschriften war die *Kultura*, die von 1946-2003 monatlich in Paris erschien.²⁴ Chefredakteur war von 1947 bis zu seinem Tod im Jahre 2000 Jerzy Giedroyc. In der Zeit der „Solidarność“ und des Kriegsrechts befasste sie sich intensiv mit der Lage der Opposition in Polen. In den Jahren 1981-1983 hatte sie eine Auflage von ca. 5.700 Exemplaren, davon ging ein Großteil an direkte Abonnenten.²⁵ Es gab in der Zeitschrift seit 1975 die Rubrik *Kronika Niemiecka* (Deutsche Chronik), in welcher der Journalist Andrzej Chilecki, der in Köln lebte, die Ereignisse in der

23 Pleskot (Hg.): *Solidarność, Zachód i węże*.

24 Über die *Kultura* in der Zeit des Kalten Krieges bietet die Arbeit *Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“* einen guten Überblick.

25 Genaue Zahlen liegen nur zu 1981 (5764, davon 4213 direkte Abonnenten) und 1982 (5680, davon 4329 direkte Abonnenten) vor. Siehe: *Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“*, 365.

Bundesrepublik schilderte und kommentierte.²⁶ Bemerkenswert ist, dass sie im Untersuchungszeitraum in jeder Ausgabe erschien, anders als die Chroniken über andere Länder. Darüber hinaus wurde die Monatszeitschrift *Przekazy* (Übermittlungen) zu Rate gezogen. Diese wurde 1982-1984 von der Arbeitsgruppe „*Solidarność*“ West-Berlin herausgegeben. Sie beinhaltete neben Texten aus dem polnischen Untergrund, Schilderungen und Kommentaren zu den Ereignissen in Polen sowie eigene Texte der Redaktionsmitglieder, die sich mit der Situation der polnischen Emigrant*innen in West-Berlin und in der BRD allgemein auseinandersetzten. In einem ähnlichen Format war die zweiwöchentlich erscheinene Zeitschrift *Pogląd*²⁷ (Meinung) gehalten, die von 1982 bis 1991 ebenfalls in West-Berlin herausgegeben wurde, allerdings von dem Komitet Obrony *Solidarności* (KOS, Komitee zur Verteidigung der „*Solidarność*“), unter der Leitung von Edward Klimczak. Es handelt sich dabei um die bekannteste Zeitschrift von polnischen Emigrant*innen in der BRD²⁸, die weit über deren Grenzen Beachtung fand. Im Untersuchungszeitraum hatte sie eine Auflage von maximal 1.000 Exemplaren. Sie war im Spiegel-Stil gehalten und wurde ab 1983 vom AFL-CIO (American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations, die größte amerikanische Zentralgewerkschaft) indirekt mitfinanziert.²⁹ Ab 1983 erschienen sogar einige deutschsprachige Ausgaben, die jedoch wiedereingestellt wurden, als der zuständige Redakteur die Redaktion verließ.³⁰ Die beiden Berliner Gruppen sowie Andrzej Chilecki waren außerdem Akteure in dem Gesamt-Netzwerk, die zu dem Bremer Büro in einem ambivalenten Verhältnis standen.

Über das Bremer Informationsbüro wurden außerdem zwei Dokumentarfilme produziert. Der erste davon, „Arbeiter aus Danzig“, wurde am 12.12.1982 in der ZDF-Reihe „Lebenserfahrungen“ ausgestrahlt. Der Regisseur Hans-Dieter Grabe konzentrierte sich dabei auf die Erfahrungen der Gruppenmitglieder während des Auguststreiks auf der Lenin-Werft in Gdańsk, sowie deren persönlicher Situation in der Bundesrepublik. Für den Film hat er die Gruppe im April

26 Vgl. Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“, 328.

27 Diesen Namen trug die Zeitschrift erst ab der 21. Ausgabe, vorher hieß sie „*Biuletyn Informacyjny*“ KOS-u (=Informationsbulletin, des KOS). Der Einfachheit halber wird sie jedoch in dieser Arbeit als *Pogląd* zitiert.

28 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności*“, 339-345.

29 Vgl. Cölln / Romaniec: Die Pro-Solidarnosc-Bewegung in West-Berlin, 133.

30 Pick: *Ludzie „Solidarności*“, 332 und 343.

und Dezember 1982 interviewt und hat außerdem einige Original- und Archiv-
aufnahmen aus der Zeit eingebaut. Der zweite Film „Mit dem Herzen in Dan-
zig“ vom Regisseur Holger Wessels wurde 2005 für eine Ausstellung zu dem
Bremer Informationsbüro produziert, und ist daher mit großer Vorsicht zu in-
terpretieren. Er stützt sich vor allem auf Erinnerungen der beteiligten Akteure
sowie die nachträgliche Betrachtung der damaligen Ereignisse.

Die genannten Quellen ermöglichen zwar eine Rekonstruktion und kriti-
sche Analyse des Netzwerks des Informationsbüros in Bremen, weisen jedoch
einige Lücken auf. So war es dem Autor nicht möglich, die Korrespondenz des
Büros mit dem Koordinationsbüro in Brüssel einzusehen, sodass für die Ana-
lyse dieser bilateralen Beziehung auf die Sekundärliteratur³¹ zurückgegriffen
werden muss. Darüber hinaus sind in dem Bestand des Archivs der FSO manch-
mal nur die Antwortschreiben auf die diversen Anfragen, die an das Büro gin-
gen, enthalten, sodass der Inhalt der Anfragen nicht immer eindeutig zu ermit-
teln ist. Die Beschränkung auf die schriftlichen Quellen des Büros kann sich
insofern als problematisch erweisen, als dass die Gruppe einen nicht unbeacht-
lichen Teil ihrer Kommunikation über Telefon durchführte und in den selten-
sten Fällen schriftliche Nachweise darüber anfertigt wurden. Da sich die Gruppe
stark zerstritten hatte und ihre Mitglieder nicht gerne über diese Zeit reden, war
eine Zeitzeugenbefragung nicht möglich.

3. Forschungsstand

„Exile is the experience of impotence.“³² So beschrieb Martin Conway in einem
Buch über Exil-Gruppierungen während des Zweiten Weltkrieges, das 2001 er-
schienen ist³³, die Machtlosigkeit von Exil-Gruppen. Darüber hinaus postulierte
er, dass der Einfluss dieser Gruppen in der Geschichtsschreibung häufig ver-
zerrt dargestellt wird, da die Geschichte häufig von den Exilant*innen nach der
erfolgreichen Revolution geschrieben oder zumindest maßgeblich von ihnen

31 In erster Linie die Arbeiten von Idesbald Goddeeris: Goddeeris: Biuro koordynacyjny, część 1; Goddeeris: Biuro koordynacyjny, część 2; Goddeeris: Lobbying Allies?

32 Zitiert nach Goddeeris: The temptation of legitimacy, 395.

33 Conway / Gotovitsch (Hg.): Europe in exile.

geprägt werde.³⁴ Wie lässt sich diese Verzerrung vermeiden und eine kritisch-differenzierte Geschichtsschreibung betrieben werden?

Das Problem ist, dass die Betonung bei dem angeführten Zitat meist auf *impotence* liegt, wenn danach gefragt wird, wieviel politischen Einfluss Exil-Gruppen hatten. Wenn man jedoch den Fokus auf *experience* legt, vermeidet man die teleologische Sichtweise, die sonst so prägend für die Erforschung von Exil-Gruppierungen ist. Statt also zu fragen, wie viel Einfluss eine Gruppe hatte, was sowieso kaum genau bestimmt werden kann, da Einfluss nur schwer messbar ist³⁵, sollten Fragen nach den Erfahrungen der Individuen, ihren subjektiven Wahrnehmungen, Selbsthilfestrategien, Handlungsspielräumen und Beziehungen zu anderen Akteuren gestellt werden. Mit diesem Ansatz kann vermieden werden, eine Mangelgeschichte zu schreiben und die Akteure nur in Hinblick auf ihren Beitrag zu der Revolution zu bewerten.

In Bezug auf die „Solidarność“ lässt sich feststellen, dass die Geschichtsschreibung sich am ehesten mit den Akteuren beschäftigt, die einen Beitrag zu der Revolution, also der Transformation Polens 1989/90, geleistet haben. Jedoch hatten nur wenige der Gruppen, die sich nach der Ausrufung des Kriegszustands im Ausland bildeten, überhaupt bis zu diesem Zeitpunkt Bestand. In Darstellungen zur Rolle der „Solidarność“ in der politischen Geschichte Polens nehmen die Auslandsgruppen nur einen geringen Platz ein.³⁶ Erschwerend kommt hinzu, dass die Zeit der „Solidarność“ im Untergrund meist als Übergangszeit gesehen wird, Paczkowski bezeichnete die Situation als „stalemate“³⁷ zwischen der Regierung und der „Solidarność“, Kühn als „verlorene Jahre“³⁸.

So gibt es geradezu zahllose Darstellungen zu der Entstehung der „Solidarność“, und den Ereignissen vor dem 13.12.1981, in denen stets von einer Revolution geredet wird.³⁹ Besonders große Kontroversen gibt es über die

34 Vgl. Goddeeris: *The temptation of legitimacy*, 396f.

35 Zu diesem Schluss kommt Goddeeris in Übereinstimmung mit den Arbeiten, die er in seinem Artikel untersucht, Goddeeris: *The temptation of legitimacy*, 399.

36 In der Monografie von Paczkowski sind es nicht einmal drei Seiten: Paczkowski: *Revolution*, 253-256. Bei Kühn: *Jahrzehnt der Solidarność*, 312 wird nur in einem kleinen Absatz auf das Koordinationsbüro in Brüssel eingegangen.

37 Paczkowski: *Revolution*, 283.

38 Kühn: *Jahrzehnt der Solidarność*, 327.

39 Z.B. Touraine: *Solidarity*; Garton-Ash: *The Polish Revolution*; Staniszkis: *Poland's self-limiting revolution*. Der Begriff der *self-limiting revolution* von Staniszkis (die selbst in der *Solidarność* aktiv gewesen ist) ist besonders weit verbreitet.

Entscheidung zur Ausrufung des Kriegsrechts.⁴⁰ Dieser Akt der Repression und die im Anschluss daran betriebene Normalisierung durch die Regierung wird meist als Gegenrevolution bezeichnet.⁴¹ Darüber hinaus nimmt die Rolle dieser Ereignisse in den internationalen Beziehungen in vielen Arbeiten und Studien einen prominenten Platz ein.⁴² Arbeiten, die sich explizit mit der „Solidarność“ im Untergrund beschäftigen, sind hingegen nicht sehr zahlreich. Die Forschung zu den „Solidarność“-Gruppen im Ausland ist je nach Land unterschiedlich stark ausgeprägt. Im Folgenden wird der Forschungsstand zu dem Bremer Informationsbüro dargestellt, und in den Zusammenhang eingeordnet.

Es lässt sich feststellen, dass die Forschung zu den „Solidarność“-Gruppen im Ausland von der Perspektive der Zeitzeug*innen⁴³, die für Arbeiten häufig als Quelle herangezogen werden⁴⁴, oder sogar selber Arbeiten verfasst haben, geprägt ist.⁴⁵ Dies ist insofern problematisch als dass dadurch die Gefahr besteht, die Sichtweise der Zeitzeug*innen relativ unkritisch zu übernehmen. Die ersten Arbeiten, die sich mit dem Bremer Informationsbüro befassen, sind entweder von Zeitzeugen geschrieben, oder haben eine beschränkte Quellenbasis, wie etwa die von der polnischen Historikerin Małgorzata Świder⁴⁶, die sich mit den Beziehungen des DGB zur „Solidarność“ beschäftigt hat. Świder ist sich

40 1997 wurde zu dem Thema eine Konferenz mit Wissenschaftlern und Zeitzeugen dazu durchgeführt, siehe Tagungsbericht, CWIHP Konferenz von Jachranka 8.-10.11.1997 (8.1.2018). Kramer: Jaruzelski; Mastny: The Soviet non-invasion of Poland. Das Thema ist immer noch aktuell, siehe Gompert / Binnendijk / Lin: The Soviet decision.

41 Paczkowski: Revolution.

42 Sjursen: The US, Western Europe and the Polish Crisis.

43 Einen Sonderfall stellt Bobrowski: Solidarność kaszubska dar. Bobrowski ist der Sohn eines Mitglieds des Bremer Informationsbüros (Gerard Bobrowski) und kam 1983 nach Deutschland. Zwischenzeitig beabsichtigte er, eine Dissertation über das Büro zu verfassen, nahm jedoch aus persönlichen Gründen Abstand von diesem Vorhaben.

44 Für das Koordinationsbüro Brüssel siehe Goddeeris: Biuro koordynacyjny, część 1 & 2. Goddeeris stützt viele seiner Aussagen auf Interviews mit ehemaligen Mitgliedern des Büros. Ein anderes Beispiel für die „Solidarność“-Gruppen in den Niederlanden: Miedema: „Samą walkę musicie toczyć w Polsce“.

45 Beispiele für die BRD: Riechers: Hilfe für Solidarność. Riechers war langjähriger Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover. Zając: Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen. Zając war Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Solidarność“ Eschweiler-Aachen. Die meisten Beiträge in der eher journalistischen Arbeit Cöllen et al. (Hg.): Polenhilfe sind ebenfalls von Zeitzeugen verfasst, bzw. es handelt sich um Interviews mit Zeitzeugen (bspw. Edward Klimczak).

46 Świder: Das Informationsbüro der Solidarnosc in Bremen; und die längere Version in Świder: Z perspektywy Bonn.

dieses Mankos jedoch durchaus bewusst.⁴⁷ Die erste Arbeit, die überhaupt die Materialien des Büros im Archiv der FSO berücksichtigt hat⁴⁸, ist 2018 in einem zweiteiligen Sammelband erschienen, der sich erstmals systematisch mit den „Solidarność“-Gruppen im Ausland beschäftigt.⁴⁹ Dieser Beitrag des polnischen Historikers Dominik Pick berücksichtigt jedoch weder die Quellen des DGB (und geht überhaupt nicht auf die Ergebnisse von Świder ein), noch geht er in angemessener Tiefe auf die kontextualen Faktoren ein. Außerdem ist der Text nicht frei von Wertungen und einigen Fehlern. Nichtsdestotrotz stellt sein Aufsatz die bisher einzige systematische Übersicht über die Gruppierungen der „Solidarność“ und der mit ihr sympathisierenden Akteure in der BRD dar.

Die Aufmerksamkeit, welche die „Solidarność“ damals in den verschiedenen Ländern erfahren hat, spiegelt sich in der Qualität und Quantität der Forschungen zu dem Thema wieder.⁵⁰ So liegen für die „Solidarność“-Gruppen in Frankreich bereits Monografien⁵¹ vor, was insofern nicht verwunderlich ist, als dass Paris als „stolica niezależnej Polski“⁵² („Hauptstadt des unabhängigen Polen“) bezeichnet wird, da die Stadt eine lange Tradition polnischer Emigration hat.⁵³ Ähnliches gilt für die USA, wo es eine zahlreiche *Polonia* gab.⁵⁴ Sogar über die Niederlande wurde von Christie Miedema eine Dissertation⁵⁵ vorgelegt, obwohl die Autorin selber zugibt, dass die dort anwesenden Aktivist*innen (bis auf eine Ausnahme) nicht besonders aktiv waren.⁵⁶ Großbritannien hat durch die An-

47 Siehe Świder: Das Informationsbüro der Solidarnosc in Bremen, 216 und Świder: Z perspektywy Bonn, 114.

48 Pick: Ludzie „Solidarności“, 323-328.

49 Pleskot (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność“.

50 Einen allgemeinen Überblick über die verschiedenen Gruppen gibt die leider sehr knappe Veröffentlichung: Heruday-Kiełczewska: Powstanie ośrodków NSZZ „Solidarność” (26.11.2018).

51 Heruday-Kiełczewska: „Solidarność“ nad Sekwaną; Heruday-Kiełczewska: Inicjatywy solidarnościowe und auch Chwalba: Czasy "Solidarności".

52 Frybes: Społeczne reakcje Zachodu, 550.

53 Vgl. Frybes: Społeczne reakcje Zachodu, 550; Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“, 32; siehe dazu auch eine Reportage von Bernhard Heimrich: Was heißt da Fremde? Ist Polen denn nicht überall! In: FAZ, 3.4.1982.

54 Beispielsweise die Zeitzeugenbefragung Krajewski (Hg.): Region USA. Außerdem: Frybes: Amerykanie polskiego pochodzenia.

55 Miedema: Vrede of Vrijheid?

56 Vgl. Miedema: „Samą walkę musicie toczyć w Polsce“, 285.

wesenheit der Exilregierung in London naturgemäß relativ große Aufmerksamkeit auf sich gezogen.⁵⁷ Der niederländische Slawist Idesbald Godderis hat sich darüber hinaus intensiv mit dem Koordinationsbüro der „Solidarność“ im Ausland, das seinen Sitz in Brüssel hatte, befasst.⁵⁸ Für den deutschsprachigen Raum fehlt bis heute eine zusammenhängende Darstellung zu den „Solidarność“-Gruppierungen insgesamt, wenn man von dem Aufsatz von Dominik Pick absieht. Zu dem Bremer Büro liegen bisher nur Arbeiten vor, die nicht den gesamten Quellenbestand berücksichtigen. Dabei stellt die Präsenz von „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD und die Unterstützung der polnischen Gewerkschaft durch die deutsche Zivilgesellschaft einen spannenden Aspekt in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen dar.

Diese Arbeit zielt darauf ab, diese Lücke zumindest teilweise zu schließen. Im ersten Teil der Arbeit wird der Netzwerkbegriff und der damit verbundene Ansatz erläutert. Anschließend werden die allgemeinen und für die Bundesrepublik spezifischen kontextualen Faktoren sowie das Engagement verschiedener Akteure für die „Solidarność“ vor dem 13.12.1981 untersucht, um die Entstehungsbedingungen des Netzwerks nachvollziehbar zu machen. Der Hauptteil der Arbeit wird die Entwicklung des Ego-Netzwerks des Bremer Informationsbüros nachzeichnen und dabei im Wesentlichen einer chronologischen Ordnung folgen, damit die Dynamik des Netzwerks nachvollziehbar wird. Den Schluss wird, neben dem Fazit ein Ausblick auf die weitere Entwicklung der „Solidarność“-Gruppen in der Bundesrepublik nach der Auflösung des Bremer Informationsbüros sowie eine methodische Reflexion bilden.

57 Siehe z.B. den Beitrag Pyłat: Inicjatywy pro-solidarnościow środowisk polskich.

58 Siehe [Anmerkung 31](#).

II. Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft

Da der Netzwerkbegriff in dieser Arbeit eine zentrale Stellung einnimmt, ist es unerlässlich, diesen zu reflektieren. Dabei zeigt sich eine Spannung zwischen Netzwerken als realen sozialen Phänomenen und der Nutzung des Begriffs in der Wissenschaft. Die Diskurse über beide Begriffe wurden nicht gänzlich unabhängig voneinander geführt, sondern haben sich teilweise gegenseitig beeinflusst.⁵⁹ Dieses Kapitel beginnt mit einer Reflexion über den Netzwerkbegriff, um anschließend zu erörtern, inwiefern die Nutzung dieses Ansatzes für die Erforschung der „Solidarność“-Gruppen im Ausland gewinnbringend sein kann.

1. Netzwerk: Analysekategorie oder reales Phänomen?

In einem Artikel zu dem Begriff „Netzwerk“ in einer Enzyklopädie der Neuzeit unterscheidet Wolfgang Behringer zwischen menschlichen (personal und institutionell) und mechanischen (infrastrukturell; elektronisch) Netzwerken,⁶⁰ geht in seiner Definition („Gradmesser der Strukturentwicklung des Alltags“⁶¹) allerdings eher auf letzteres ein. Der Eintrag zu dem Begriff im Duden listet, neben den technisch-mechanischen Netzwerken, folgende Definition auf: „Gruppe von Menschen, die durch gemeinsame Ansichten, Interessen o.Ä. miteinander verbunden sind“⁶². Diese Definition hat die Schwäche, dass vernachlässigt wird, dass die Verbindung ein aktiver kommunikativer Prozess ist – die Akteure mit den gemeinsamen Ansichten und Interessen müssen Beziehungen miteinander eingehen, damit von einem Netzwerk die Rede sein kann.

Die meisten Forscher*innen nennen, wenn sie von Netzwerken reden, oft die als klassisch geltende Definition von James Clyde Mitchell von Netzwerken als

59 Friedrich: Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels, 36.

60 Behringer: Netzwerk, Sp. 98.

61 Behringer: Netzwerk, Sp. 98.

62 Siehe Duden-Definition Netzwerk (28.2.2019).

„specific set of linkages among a defined set of persons, with the additional property that the characteristics of these linkages as a whole may be used to interpret the social behaviour of the persons involved.“⁶³

Im ersten Teil der Definition erscheint das Netzwerk als vom Forschenden konstruierter Zusammenhang zwischen Personen – so liegt es also in dessen Hand, ob ein Akteur als Teil eines Netzwerks betrachtet wird oder nicht. Allerdings muss beachtet werden, dass Mitchell die Definition auf Basis seiner Arbeiten in der Sozialanthropologie aufgestellt hat: Historiker*innen hingegen sind in ihrer Arbeit auf die Quellen angewiesen, und können daher nur auf dieser Grundlage Netzwerke untersuchen. Somit kann man sich nicht aussuchen, welche Akteure als Teil des Netzwerks betrachtet werden, da sich dies aus den Quellen heraus ergibt. Der zweite Teil der Definition geht einen Schritt weiter: hier werden die Beziehungen (*linkages*) als *explanandum* für das Verhalten der Akteure in dem Netzwerk herangezogen. Netzwerke sind nach Mitchell also reale Phänomene, die für Wissenschaftler*innen insofern interessant sind, als dass sie sowohl *explanans* als auch *explanandum* sein können. Inwiefern Netzwerke Einfluss auf das soziale Verhalten von Akteuren haben, wird auch in dieser Arbeit untersucht. Es ist ersichtlich, dass die Trennung zwischen den beiden Kategorien nicht besonders eindeutig ist. Daher folgt eine Beschreibung der wesentlichen Grundmerkmale von sozialen Netzwerken, aufbauend auf die theoretische Übersicht von Burkhardt.⁶⁴ Bei den Knotenpunkten in einem Netzwerk handelt es sich um Akteure, also Individuen, aber auch Institutionen, wobei bei diesen berücksichtigt werden muss, dass sie – je nach Größe – intra-institutionelle Netzwerke aufweisen können.⁶⁵ Die Verbindungen zwischen den Knotenpunkten sind Beziehungen, die verschiedene Inhalte haben können, also auf unterschiedlichen Grundlagen entstehen können.⁶⁶ Sie basieren auf Kommunikation, die auf unterschiedlichem Wege erfolgen kann. Ein Netzwerk ist außerdem begrenzt in seinem Umfang. Netzwerke werden nicht von einer übergeordneten Instanz geschaffen, sondern sind das Produkt der Handlungen der beteiligten

63 Zitiert nach Nitschke: Die Geschichte der Netzwerkanalyse, 18.

64 Die Darstellung basiert im Wesentlichen auf die gute theoretische Zusammenfassung von Kriterien für soziale Netzwerke von Burkhardt: *Networks as social structures*, 13-17.

65 Behringer: *Netzwerk*, Sp. 99.

66 Zu Inhalten vgl. Hollstein: *Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse*, 15.

Akteure. Die Akteure schaffen ein Netzwerk zu einem bestimmten Zweck: sie schließen sich zusammen, um gemeinsam ein Ziel zu verfolgen und/oder in dem Netzwerk Synergieeffekte zu erzielen. Akteure können bestehenden Netzwerken beitreten und diese wieder verlassen, da die Teilnahme vollkommen freiwillig ist.⁶⁷ Die Verbindungen zwischen den Knotenpunkten sind dabei nicht gleichmäßig verteilt. Während einige Knotenpunkte durch Beziehungen mit vielen anderen Akteuren des Netzwerkes sozusagen im Zentrum stehen, sind jene mit weniger Verbindungen eher peripher. Die Position eines Akteurs in einem Netzwerk kann sich im Laufe der Zeit dynamisch verändern. Sobald das Ziel erreicht ist, löst sich das Netzwerk auf, oder die Akteure beschließen, ein neues gemeinsames Ziel zu verfolgen. Allerdings können Akteure auch schon vorher das Netzwerk verlassen: bei Ausscheiden (Tod, Auflösung einer Organisation), Beendigung der Beziehungen mit anderen Akteuren, wenn z.B. nicht mehr dieselben Ziele verfolgt werden oder die technischen Bedingungen für die Kommunikation nicht mehr gegeben sind. Es kann aber auch zu Interventionen eines Akteurs außerhalb des Netzwerkes kommen, der z.B. die Kommunikation stört oder einzelne Akteure diskreditiert, sodass andere nicht mehr mit diesem verbunden sein wollen. Da es sich bei einem Netzwerk in der Regel nicht um eine formal geschaffene Institution handelt⁶⁸, gibt es kein Organigramm, keine Hierarchien und keine Leitung des Netzwerkes. Es geschieht nur in wenigen Fällen, dass sich Akteure in einem Netzwerk explizit als Teil eines solchen bezeichnen: Dies war bei den Neuen Sozialen Bewegungen in den 1970er und 80er Jahren der Fall, in denen der Netzwerkbegriff als Zeichen Ablehnung der traditionellen, hierarchischen Strukturen aufgegriffen wurde und somit eine gewisse normative Dimension mit sich brachte.⁶⁹ Seitdem erfreut sich der Netzwerkbegriff auch einer regen Konjunktur in der Forschung und in der Alltagssprache.⁷⁰ Die Omnipräsenz von Netzwerken hängt auch mit technischen

67 Vgl. Burkhardt: Networks as social structures, 15.

68 Es kann allerdings zu einer Formalisierung kommen, wenn dies von den Akteuren als zielführend erachtet wird. Dennoch unterscheidet das Netzwerk sich von anderen formalen Institutionen durch flache Hierarchien, Dezentralität und Offenheit, vgl. Bixler / Reupke: Von Quellen zu Netzwerken, 104.

69 Friedrich: Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels, 41.

70 Vgl. Düring / Eumann / Stark / von Keyserlingk: Einleitung, 5.

Neuerungen zusammen, die eine Kommunikation vieler Akteure erheblich erleichtert.⁷¹

Aus diesen Erörterungen lässt sich folgende Definition für ein soziales Netzwerk herleiten, welche die Grundlage für den Netzwerkbegriff in dieser Arbeit darstellt:

Bei einem Netzwerk handelt es sich um einen nicht-formellen, dynamischen Zusammenschluss von verschiedenen Akteuren, die ein gemeinsames Ziel verfolgen.

Ego-Netzwerke sind nur Ausschnitte eines Gesamtnetzwerks.⁷² Dabei stehen die Beziehungen eines einzelnen Akteurs zu den anderen Mitgliedern des Netzwerks im Vordergrund. Es gibt auch Verbindungen, die nur dieser einzelne Akteur besitzt. So ermöglicht die Analyse eines Ego-Netzwerks das Nachvollziehen der persönlichen Beziehungsstruktur, mit der das soziale Verhalten dieses Akteurs teilweise erklärt werden kann.

2. Netzwerkforschung und die „Solidarność“ im Ausland

Der Fokus der Netzwerkforschung in der (Geschichts-) Wissenschaft liegt geographisch gesehen eher im anglophonen Raum, wo die Netzwerkanalyse ihren Ursprung hat.⁷³ Dabei wird in den meisten Fällen auf quantitative Verfahren zurückgegriffen, die einen Überblick über Gesamtnetzwerke über einen längeren Zeitraum ermöglichen.⁷⁴ Voraussetzung für ein solches Verfahren ist ein serieller Datensatz, aus dem einheitlich Informationen gezogen werden können. In der Sozialwissenschaft werden diese Daten meist aus Fragebögen ermittelt. Für Historiker*innen ist dies jedoch nicht möglich. Durch die Arbeiten von Wolfgang Reinhard über Führungsschichten in der frühen Neuzeit erlebte der (quantitative) Netzwerkansatz seinen Einzug in die deutschsprachige

71 Vgl. Friedrich: Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels, 48.

72 Vgl. Nitschke: Die Geschichte der Netzwerkanalyse, 15-18. Zu Ego-zentrierten Netzwerken siehe auch Hollstein: Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse, 14 und Reitmayer / Marx: Netzwerkansätze, 875.

73 Vgl. Nitschke: Die Geschichte der Netzwerkanalyse, 11ff.; Reitmeyer / Marx: Netzwerkansätze, 869.

74 Vgl. Nitschke: Die Geschichte der Netzwerkanalyse, 25ff.

Geschichtswissenschaft.⁷⁵ Seitdem sind die meisten geschichtswissenschaftlichen Arbeiten, die sich des Netzwerkansatzes bedienen, vorwiegend über wirtschafts- und sozialhistorische Themen verfasst worden.⁷⁶ Auch diese nehmen weniger einzelne Akteure in den Blick, sondern zielen auf die Ermittlung von Strukturen ab. Angewiesen ist diese Art von Geschichtswissenschaft auf einen systematisch erfassbaren, im besten Falle seriellen und vollständigen Quellenbestand über das Netzwerk, dessen Struktur ermittelt werden soll.⁷⁷ Eine qualitative Netzwerkforschung, die mit anderen Quellen (Dokumenten, individuelle Befragungen) arbeitet, kann zwar nicht die Strukturen ermitteln, aber sie kann die Dynamiken in Netzwerken offenlegen und subjektive Wahrnehmungen der Akteure miteinbeziehen.⁷⁸ Dieser qualitative Ansatz wird in dieser Arbeit genutzt werden, da eine quantitative Untersuchung aufgrund des beschränkten Quellenbestands nicht möglich ist. Der Nutzen des Netzwerkansatzes liegt darin, dass die Netzwerkebene als Vermittlungsebene zwischen dem Makro- und dem Mikrolevel gesehen werden kann.⁷⁹ Dies ist für die Geschichtswissenschaft deshalb interessant, da auf diese Weise der Gegensatz zwischen der Struktur- und der Akteurs- Ebene aufgelöst wird.⁸⁰ Die Entwicklung von Netzwerken ist von Faktoren beeinflusst, die sowohl von den involvierten Akteuren selbst ausgehen, als auch von solchen, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen.

In der bisherigen Forschung zu den „Solidarność“-Gruppen im Ausland⁸¹ bzw. zu Dissident*innen aus dem östlichen Europa⁸² wird zwar gelegentlich das Wort *network*⁸³ erwähnt, jedoch hat bisher niemand versucht, dieses Konzept explizit für Darstellung nutzbar zu machen. Dabei stellt Christie Miedema fest: “With headquarters in Brussels Polish exiles in the West closely cooperated in a

75 Reinhard: Freunde und Kreaturen.

76 So etwa der Sammelband Caracausi / Jeggler (Hg.): Commercial networks and European Cities 1400-1800. Eine kurze Übersicht gibt es bei Reitmeyer / Marx: Netzwerkansätze, 872f. Einen Überblick über die bisherige Forschung gibt auch Marx: Forschungsüberblick.

77 Vgl. dazu Stark: Netzwerkberechnungen, 165.

78 Vgl. Hollstein: Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse, 21f.

79 Vgl. Hollstein: Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse. 21.

80 Vgl. Marx: Forschungsüberblick, 66.

81 Bestes Beispiel dafür bietet etwa Miedema: The transnationality of Dutch Solidarity, welche die Transnationalität in den Mittelpunkt stellt.

82 Zu den Dissident*innen liefert Brier: Entangled Protest einen ausgezeichneten Überblick.

83 Wie bereits erwähnt, ist das Konzept im anglophonen Raum weiter verbreitet.

transnational network.”⁸⁴ Für die Bundesrepublik ist so ein Ansatz in den bisherigen Darstellungen nicht erwägt worden, auch wenn häufig die Beziehungen einzelner Akteure zu den „Solidarność“-Gruppen in den Blick genommen wurden.⁸⁵

Das Bremer Informationsbüro war ein Knotenpunkt in dem von Miedema erwähnten transnationalen Netzwerk, das sein formales Zentrum ab Juli 1982 in dem Koordinationsbüro in Brüssel hatte. Die „Solidarność“-Gruppen waren Exil-Gruppierungen mit einer eingeschränkten materiellen Basis, weshalb sie auf die Unterstützung von anderen Akteuren angewiesen waren. So war etwa das Bremer Informationsbüro abhängig von der finanziellen Unterstützung des DGB und der Stadt Bremen. Darüber hinaus profitierten die „Solidarność“-Gruppen vom Austausch von Informationen und Kontakten untereinander, aber auch von anderen Akteuren des Netzwerks. Allerdings waren die Beziehungen zwischen den Gruppen untereinander nicht spannungsfrei, wie im Laufe der Arbeit deutlich wird. Die Transnationalität des Netzwerks ist bereits in dessen Zielsetzung begründet: schließlich beabsichtigten die „Solidarność“-Gruppen, ihre Gewerkschaft, die in den Untergrund gegangen war, zu unterstützen. So schmuggelten sie Materialien nach Polen, und umgekehrt wurden vor allem Informationen aus Polen in den Westen gebracht. Aber auch im Westen selbst wurden regelmäßig Grenzen überschritten, etwa, wenn die „Solidarność“-Aktivist*innen Versammlungen abhielten, um Probleme und Strategien zu besprechen. Nichtsdestotrotz waren die Handlungsräume und persönlichen Kontakte der Informationsbüros maßgeblich von nationalen Faktoren geprägt. Es muss außerdem angemerkt werden, dass einige Gruppen, welche die „Solidarność“ unterstützten, unabhängig von den anderen Gruppen agierten.

84 Miedema: *Transnationality of Dutch Solidarity*, 1323, Hervorhebung S.M.

85 Vor allem die Beziehungen des DGB zu dem „Solidarność“-Informationsbüro wurden intensiv von Małgorzata Świder untersucht, siehe dazu Anmerkung 46, wobei dort ausschließlich auf die Quellen des DGB zurückgegriffen wurde. Dasselbe gilt für die Beziehungen des Bremer Büros zum Brüsseler Koordinationsbüro, die bei Idesbald Goddeeris erwähnt wurden.

III. Entstehungsbedingungen des Netzwerks

Dieses Kapitel steht unter der Leitfrage, welche Bedingungen für die Entstehung des Netzwerks der „Solidarność“-Gruppen in der BRD herrschten. Dies ist insofern relevant, als dass Netzwerke von den bestehenden Strukturen beeinflusst werden und ihre Handlungsräume auch von den politischen Umständen abhängig sind. Der erste Teil dieses Kapitels wird daher die für die „Solidarność“ relevante politische Gemengelage in der Bundesrepublik darstellen. Danach folgt eine Darstellung zu den verschiedenen Akteuren in der BRD, die bis zur Ausrufung des Kriegsrechts die „Solidarność“ in unterschiedlichem Maße unterstützt haben, oder durch andere Merkmale als potenzielle Mitglieder des Netzwerks in Frage kommen. Dabei soll auch auf die Wahrnehmung der „Solidarność“ durch die verschiedenen Akteure in der Bundesrepublik eingegangen werden.

1. Ostpolitik

Die Bundesrepublik Deutschland hatte durch seine schwierige Vergangenheit und die deutsche Teilung ein besonders Verhältnis zum östlichen Europa. Polen nahm eine herausragende Stellung ein, da das Land besonders unter der Herrschaft der Nationalsozialisten gelitten hatte. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind bis heute durch die belastende Vergangenheit beeinflusst worden. So stellte die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze, zwischen Deutschland und Polen den für die Volksrepublik wichtigsten Streitpunkt dar, während das wichtigste Thema für die Bundesrepublik lange Zeit die deutsche Minderheit in Polen war.⁸⁶ In den 60er Jahren kam es innerhalb der SPD und in Teilen der Gesellschaft zum Umdenken⁸⁷: Mit dem Regierungsantritt Willy Brandts 1969 und seiner von Egon Bahr inspirierten (neuen) Ost-

86 Vgl. u.a. Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 50-53; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 74.

87 Vgl. Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 115-121.

politik („Wandel durch Annäherung“⁸⁸) kam es im Rahmen der *Détente* zu einer Annäherung der Bundesrepublik mit den Ländern des östlichen Europas, was allerdings nur durch die Entspannung in den Beziehungen der Supermächte ermöglicht wurde.⁸⁹ Dieser Prozess wurde von vielen Intellektuellen in der Bundesrepublik maßgeblich vorangetrieben.⁹⁰ Darüber hinaus war diese Form der Entspannungspolitik auf die Mitwirkung der Zivilgesellschaft angewiesen.⁹¹ Die BRD war einer der stärksten Verfechter der Entspannungspolitik, was auch durch die exponierte geografische Lage des Landes bedingt war, da das Land im Falle einer Eskalation am meisten betroffen gewesen wäre.⁹² Am 7.12.1970 wurde der erste Vertrag zwischen der BRD und der PRL in Warschau unterzeichnet, nachdem Brandt symbolisch vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos gekniet hatte.⁹³ Dieser Vertrag schuf die Grundlage für die deutsch-polnischen Beziehungen der kommenden Jahre.⁹⁴ Polen erhoffte sich vor allem wirtschaftliche Vorteile durch die Zusammenarbeit, während die Bundesrepublik anstrebte, die in Polen verbliebenen Deutschen (Spätaussiedler) nach Deutschland zu holen und zivilgesellschaftliche Kontakte aufzubauen.⁹⁵ Die polnische Regierung kritisierte jede Art von Revisionismus⁹⁶, welcher insbesondere von rechten Organisationen (allen voran dem Bund der Vertriebenenverbände, BDV) in der BRD ausging.⁹⁷ Für die kommunistischen Machthaber war die Darstellung der Deutschen als „unbelehrbare Revanchisten“⁹⁸ ein konstituierendes Element der eigenen Legitimierung, da nur die Gefahr aus dem Westen die enge Anbindung an die Sowjetunion rechtfertigen konnte.⁹⁹ Je weiter sich

88 Zitiert nach Pick: *Brücken nach Osten*, 24.

89 Siehe Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 30.

90 Vgl. Gawrich: *Deutscher Gewerkschaftsbund*, 116.

91 Vgl. Gawrich: *Deutscher Gewerkschaftsbund*, 16 und 42.

92 Vgl. Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 107ff.

93 Vgl. Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 65.

94 Vgl. Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 65.

95 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 183.

96 Revisionismus bedeutet in diesem Zusammenhang das Infragestellen der Oder-Neiße Grenze, oder gar die Rückforderung der ehemaligen deutschen Gebiete in Polen, also die Wiederherstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937. Diese Forderungen gingen insbesondere vom Bund der Vertriebenenverbände (BDV) aus.

97 Vgl. u.a. Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 28 und 33f.; Świder: *Z perspektywy* Bonn, 43.

98 Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 132.

99 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 366f.

die Deutschen von diesem Bild entfernten, desto schwieriger wurde es für die polnischen Regierung, sich dieses Propagandagriffs zu bedienen, was die Annäherung nicht unerheblich beeinträchtigte.¹⁰⁰

Auch wenn die diplomatischen Beziehungen durch diese Unsicherheit bezüglich der Grenze stets konfliktbeladen waren, entwickelten sich im Laufe der 70er Jahre immer engere zivilgesellschaftliche Kontakte.¹⁰¹ Bis 1980 entstanden insgesamt vier Städtepartnerschaften¹⁰² zwischen der Bundesrepublik und Polen, wobei diejenige, die 1976 zwischen Bremen und Gdańsk geschlossen wurde, einen gewissen Vorbildcharakter für die weiteren hatte.¹⁰³ Die Städtepartnerschaften waren dabei stets ein Politikum, und die Kooperation war stärker reglementiert, als dies bei Partnerschaften mit anderen Ländern der Fall war.¹⁰⁴ Durch die geschlossenen Verträge kam es auch zu einem stärkeren Personenverkehr zwischen den beiden Ländern. Während Deutsche oft als sogenannte „Heimwehtouristen“¹⁰⁵ nach Polen fuhren, gingen viele Pol*innen in die Bundesrepublik, um dort Geld zu verdienen.¹⁰⁶ Einige entschlossen sich, länger in der BRD zu bleiben. Diese wirtschaftliche Emigration nahm während der Wirtschaftskrise in Polen und insbesondere während der Zeit der „Solidarność“ stark zu.¹⁰⁷ Migranten aus dem Ostblock konnten bis 1986 nicht abgeschoben

100 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 370.

101 Allerdings muss erwähnt werden, dass die polnischen Behörden versuchten, die zwischenmenschlichen Kontakte möglichst weit zu reduzieren. Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 192.

102 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 164. Die Partnerschaften waren folgende: Bremen-Gdańsk (1976), Göttingen-Toruń (1978), Hannover-Poznań (1978) und Nürnberg-Krakau (1979).

103 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 182.

104 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 170-173.

105 Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 142f und auch 163. Als solche werden diejenigen Deutschen bezeichnet, die ihre ehemaligen Heimatorte in Polen aufsuchten, von denen sie 1945ff. vertrieben worden waren.

106 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 317.

107 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 316f. Es ist allerdings schwierig, genaue Zahlen zu nennen, da vieleangaben, nur aus privaten Gründen in die BRD zu reisen. Pick schätzt die Zahl derjenigen, die in den 1970ern und frühen 80ern ausgereist sind, auf etwa 1 Mio., davon in der Zeit der „Solidarność“ etwa 200.000. Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 264 hingegen geht von ca. 108.000 Leuten aus Polen aus, die in der Zeit der „Solidarność“ in die BRD gereist sind. Eindrucksvoll ist die Schilderung von Reiff: Als deutscher Diplomat an der Weichsel, 35-39. Reiff war damals Presseattaché in der deutschen Botschaft in Warschau und schreibt von den vielen Menschen, die zu dieser Zeit ein Visum in die BRD beantragten.

werden, und darüber hinaus erhielten Emigrant*innen etwas mehr Unterstützung in der BRD als in anderen westeuropäischen Ländern, was dazu führte, dass viele eher dorthin kamen.¹⁰⁸

Die Intensivierung der bilateralen Beziehungen wurde durch verbesserte Kontakte auf der offiziellen Ebene ermöglicht. Besonders hilfreich war das gute Verhältnis zwischen dem ab 1974 regierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und dem 1. Parteisekretär Edward Gierek (1970-1980), die sich 1975 bei der KSZE-Konferenz in Helsinki das erste Mal begegneten.¹⁰⁹ Die bedeutendsten – völkerrechtlich jedoch nicht verbindlichen - Beschlüsse dieser Konferenz waren die Festlegung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, was für die Teilnehmerstaaten des Ostblocks wichtig war, und der sogenannte Dritte Korb, der die Menschenrechte beinhaltete, was für die westlichen Länder wichtig war.¹¹⁰ Dissident*innen im Ostblock beriefen sich auf die Beschlüsse der Konferenz, wenn sie von ihrer Regierung die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte forderten.¹¹¹ Die Regierungen der Ostblockländer beriefen sich auf den Grundsatz der Nichteinmischung, um zu verhindern, dass der Westen die Opposition in ihren Ländern unterstützte, wie dies teilweise schon durch die Kurzwellensender des Westens, allen voran *Radio Free Europe* (RFE) bereits der Fall war.¹¹² Der Westen wiederum betrachtete die Dissident*innen im Osten mit einer gewissen Sympathie¹¹³, jedoch war man sich der Grenzen des Wandels, der in den Staaten des Ostblocks möglich war, bewusst,¹¹⁴ nicht zuletzt durch die Erinnerung an den Prager Frühling 1968.¹¹⁵ Und somit

108 Vgl. Goddeeris: *Western Trade Unions and Solidarność*, 327; Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 317.

109 Vgl. u.a. Gawrich: *Deutscher Gewerkschaftsbund*, 275f.; Mischak: *Deklarationen und Realitäten*, 150. Besonders intensiv widmet sich das Buch Pick: *Brücken nach Osten* diesem Thema.

110 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 86f.; Veen: *Einführung*, 10f.

111 Vgl. Brier: *Entangled Protest*, 27ff.; Veen: *Einführung*, 11.

112 Zur Rolle der Radiostationen im Kalten Krieg: Tkacheva et al.: *The Impact of Western Radio Broadcasts*, 149-184. Zu RFE in München siehe Loew: *Wir Unsichtbaren*, 200-203. Die polnische Regierung forderte von der Bundesregierung oft, etwas gegen RFE zu unternehmen, was diese mit Verweis darauf, dass es eine amerikanische Einrichtung war, beantwortete, vgl. dazu Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 34; Świder: *Z perspektywy Bonn*, 43.

113 Vgl. Faulenbach: *Europa im Zeichen der Entspannungspolitik*, 25.

114 Vgl. Brier: *Entangled Protest*, 30.

115 Vgl. Gompert / Binnendijk / Lin: *Soviet decision*, 139.

setzte man vor allem auf Reformen, die von den Regierungen durchgesetzt werden sollten.¹¹⁶ Dies sollte auch durch eine engere ökonomische Verflechtung zwischen den Blöcken erreicht werden: wenn sich die Lebensverhältnisse der Menschen in den Ländern verbessern würden, so war die Annahme, würden sich auch die Ansprüche der Bürger*innen erhöhen.¹¹⁷ Die ökonomische Verflechtung zwischen Polen und dem Westen, allen voran der Bundesrepublik, stieg in den 70er Jahren massiv an, was einerseits zu einer starken Verschuldung Polens führte¹¹⁸, andererseits dafür sorgte, dass wirtschaftliche Interessen des Westens eine zunehmend bedeutendere Rolle einnahmen.¹¹⁹

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik, wie auch die der anderen westlichen Länder, war zur Zeit der „Solidarność“ geprägt durch die Zweite Ölkrise, die durch den ersten Golfkrieg verursacht wurde. Eine Erhöhung der Arbeitslosenquote und Preissteigerungen waren die Folge. Dies stellte auch die Gewerkschaften vor große Herausforderungen.¹²⁰ Die Wirtschaftskrise führte in der BRD zum Ende der sozialliberalen Koalition im Oktober 1982.

2. „Solidarność“ und die Krise der *Détente*

Als die Streiks in Polen 1980 ausbrachen, war die *Détente* bereits durch die iranische Revolution und die Invasion Afghanistans auf der einen, und den NATO-Doppelbeschluss auf der anderen Seite in eine schwere Krise geraten.¹²¹ Anders als bei den Streiks, die das Land bereits 1970 und 1976 erschüttert hatten, waren die Streikenden dieses Mal besser organisiert und darüber hinaus waren viele ausländische Journalist*innen im Lande, die durch ihre Präsenz eine gewaltsame Niederschlagung unmöglich machten.¹²² Dies und die schlechte wirtschaftliche Situation, an der die Regierung teilweise die Schuld trug, sorgte dafür, dass das Regime einlenken musste: in dem August-Abkommen von

116 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 95.

117 Vgl. Brier: *Entangled Protest*, 36.

118 Vgl. z.B. Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, 407.

119 Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 226.

120 Siehe Information des DGB zur Zweiten Ölkrise (1.4.2019).

121 Vgl. Brier: *Entangled Protest*, 34; Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 30 und 93; Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 3.

122 Vgl. Frybes: *Społeczne reakcje Zachodu*, 506f.

Gdańsk (und in denen von Szczecin und Jastrzębie) waren neben den wirtschaftlichen auch politische Forderungen enthalten, sodass erstmals in der Geschichte des Ostblocks eine freie Gewerkschaft zugelassen wurde.¹²³ Auch waren Pressefreiheit, Pluralismus und Demokratisierung der Partei wichtige Elemente des Reformprozesses, der im Sommer 1980 von Arbeitern und Intellektuellen gemeinsam angestoßen wurde. Bei der „Solidarność“ handelte es sich um mehr als eine Gewerkschaft, die zwischenzeitig zehn Millionen Mitglieder in ganz Polen hatte, vielmehr war es eine soziale Bewegung. Anders als Gewerkschaften im Westen und die bisherigen Gewerkschaften in Polen, war sie nach regionaler und nicht nach beruflicher Zugehörigkeit organisiert. So ist es auch nur natürlich, dass viele verschiedene Standpunkte in dieser Bewegung vertreten waren.¹²⁴ Es gab einige radikale Anti-Kommunisten, die das System verändern wollten, Mitglieder aus der PZPR, die sich für die Demokratisierung der Partei einsetzten und Reformen anstrebten, Vertreter*innen der katholischen Soziallehre, und viele andere mehr.¹²⁵ Ein gemeinsames Merkmal der „Solidarność“ war ihre Nähe zum Katholizismus und die starke Präsenz nationaler Symbolik.¹²⁶ Bei ihrem ersten und einzigen Kongress im Herbst 1981 wurde das Programm beschlossen, das viele verschiedene Aspekte ineinander vereinte.¹²⁷ Eine zentrale Forderung war die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe. So sprachen sich die meisten Delegierten gegen die Einführung der Marktwirtschaft in Polen aus, vielmehr wollten sie eine Reformierung des Sozialismus erreichen, insbesondere durch die Einführung von demokratischen Elementen. Dies war einer der Gründe, warum linke Gewerkschafter im Westen, die in der aktuellen Wirtschaftskrise auch eine Krise des Kapitalismus sahen, starke Sympathien für die „Solidarność“ hegten.¹²⁸

Infolge der steigenden Ansprüche der „Solidarność“, mangelnder Reformbereitschaft der Regierung und der stetigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kam es zu einer Zuspitzung der Lage, die im Ausland vor dem Hin-

123 Vgl. Garton-Ash: *The Polish Revolution*, 68-71; Mastny: *The Soviet non-invasion of Poland*, 8.

124 Siehe Garton-Ash: *The Polish Revolution*, 215.

125 Vgl. u.a. Paczkowski / Byrne: *The Polish Crisis*, 12.

126 Vgl. Garton-Ash: *The Polish Revolution*, passim.

127 Siehe zum Programm u.a. Garton-Ash: *The Polish Revolution*, 222-231; Kühn: *Jahrzehnt der Solidarność*, 219-225.

128 Siehe dazu die Ausführungen in [Kapitel III.3.2](#).

tergrund der bereits bestehenden Spannungen mit zunehmender Besorgnis beobachtet wurde. Die NATO stellte klar, dass sie eine Intervention des Warschauer Paktes nicht folgenlos hinnehmen würde¹²⁹ während gleichzeitig Sympathie für die Arbeiterbewegung bekundet wurde, und von einigen Akteuren konkrete Hilfe geleistet wurde. Die Sowjetunion warf dem Westen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens vor, während sie selbst, zumindest bis zu einem gewissen Zeitpunkt, eine Intervention nicht ausschloss, sollte die „Solidarność“ zu weit gehen.¹³⁰ Da die „Solidarność“ durch möglicherweise überzogene Forderungen die Stabilität eines Mitglieds des Warschauer Paktes gefährdete, sahen einige sie geradezu als Gefährdung für den Frieden.¹³¹ Die Bundesregierung wurde durch die Entstehung einer freien Gewerkschaft in Polen vor eine große Herausforderung gestellt: obwohl die „Solidarność“ für Wandel und Reformen eintrat, die man sich durch die *Détente* erhofft hatte, gefährdete ihre Entstehung nicht nur den Frieden, sondern auch die mühsam aufgebauten offiziellen Beziehungen.¹³² Letzteres war insofern von besonderer Relevanz, weil die offiziellen Beziehungen der BRD zur Sowjetunion und der DDR als entscheidend für die deutsche Wiedervereinigung erachtet wurden.¹³³ Die Bundesregierung war folglich daran interessiert, diese nicht aufs Spiel zu setzen. Daher hielt die sozialliberale Koalition an ihrer Wirtschaftshilfe für Polen zur Stabilisierung der Lage fest und warnte vor Einmischung, welche die Situation nur verschlechtern würde. Die CDU/CSU kritisierte das mangelnde Eintreten der Regierung für Menschenrechte und hatte bereits im Bundestagswahlkampf 1980 versucht, die „Solidarność“ zu instrumentalisieren, jedoch mit wenig Erfolg.¹³⁴

129 Vgl. Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 42ff.

130 Vgl. Mastny: *The Soviet non-invasion of Poland*, 22 und 26; Paczkowski / Byrne: *The Polish Crisis*, 32. Mastny behauptet, dass die sowjetische Führung bereits ab April 1981 eine Intervention nicht mehr ernsthaft erwog und die polnische Führung daher unter Druck setzte, die Situation alleine unter Kontrolle zu bekommen.

131 Vgl. Maliszewski: *Opinie prasy*, 294.

132 Vgl. Frybes: *Społeczne reakcje Zachodu*, 515; Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, 402; Świder: *Z perspektywy Bonn*, 100.

133 Vgl. Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 247; Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 100; Świder: *Z perspektywy Bonn*, 92f.

134 Vgl. Gawrich: *Deutscher Gewerkschaftsbund*, 313; Świder: *Z perspektywy Bonn*, 24-36.

Durch die Krise der Ost-West-Beziehungen und der Angst vor einem dritten Weltkrieg hatte die Friedensbewegung im Westen erheblich an Aufwind gewonnen.¹³⁵ In der Bundesrepublik war sie besonders stark, unter anderem dadurch, dass sich viele verschiedene Akteure in ihren Reihen vereinten. Sie schaffte es, hunderttausende Demonstrant*innen auf die Straße zu bringen, wenn es darum ging, gegen die Stationierung von Pershing II Raketen oder Ronald Reagan zu demonstrieren. Bereits vor der Entstehung der „Solidarność“ waren polnische Exilant*innen (z.B. in der Kultura) dieser Bewegung gegenüber kritisch eingestellt. In ihren Augen verharmlosten sie die Aggressivität und militärische Stärke der Sowjetunion, und unterminierten mit ihren anti-amerikanischen Parolen die Verteidigungsfähigkeit des Westens.¹³⁶ Ein weiterer Vorwurf, der auch in der Geschichtswissenschaft für Kontroversen sorgte, lautete, die Friedensbewegung sei von Moskau gesteuert, bzw. finanziert.¹³⁷ Die „Solidarność“ beschäftigte sich während ihres legalen Bestehens aufgrund ihrer innenpolitischen Prioritäten kaum mit der Friedensfrage, und auch von der Friedensbewegung interessierten sich nur wenige für die polnische Gewerkschaft.¹³⁸ Nach der Ausrufung des Kriegsrechts reagierte die Friedensbewegung kaum, was nicht nur bei den polnischen Gewerkschafter*innen und Exilant*innen Kritik hervorrief, sondern auch bei westlichen Journalist*innen und Politiker*innen für Irritationen sorgte.¹³⁹ Die „Solidarność“-Aktivist*innen nutzten dabei dieselben Argumente, die bereits genannt wurden, und warfen der Friedensbewegung außerdem vor, dass der von ihnen geforderte Frieden auf Kosten von Menschenrechten, die in Polen und im Ostblock allgemein mit Füßen getreten würden, erkaufte würde.¹⁴⁰

135 Vgl. Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“, 325; siehe zu der Friedensbewegung auch Tagungsbericht: HT 2014: Die Friedensbewegung in der Kontroverse (8.4.2019).

136 Vgl. Goddeeris / Świder: Peace or Solidarity?, 292f.

137 Vgl. Goddeeris / Świder: Peace or Solidarity, 292f.; über dieses Thema herrschen Kontroversen unter Historiker*innen, dazu ein Überblick Tagungsbericht: HT 2014: Die Friedensbewegung in der Kontroverse (8.4.2019).

138 Vgl. Goddeeris / Świder: Peace or Solidarity?, 296; Miedema: Transnationality of Dutch Solidarity, 1318.

139 Vgl. Goddeeris / Świder: Peace or Solidarity?, 295, 298.

140 Vgl. Goddeeris / Świder: Peace or Solidarity?, 294f., 296ff.; Garton-Ash: The Polish Revolution, 332-337.

Durch die schlechte wirtschaftliche Situation waren einige Gewerkschaften Polen gegenüber kritisch eingestellt, da sie befürchteten, dass durch die gesteigerte Zuwanderung der Druck auf dem Arbeitsmarkt verstärkt würde.¹⁴¹

3. Potenzielle Kooperationspartner

In diesem Abschnitt soll erörtert werden, inwiefern die Akteure, die die „Solidarność“ in der Zeit ihres legalen Bestehens unterstützten, als potenzielle Kooperationspartner für die „Solidarność“-Aktivist*innen in Frage kommen.

1. „Stille Hilfe“ – der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)

Fast alle Gewerkschaften im Westen betrachteten die freie Gewerkschaft „Solidarność“ mit mehr oder weniger großer Sympathie.¹⁴² Dies traf auch auf den DGB zu.¹⁴³ Erwin Kristoffersen, der Leiter der Internationale Abteilung des DGB, reiste im Sommer 1980 nach Polen und gab folgende Empfehlung ab: „Jeżeli rzeczywiście dojdzie do powstania niezależnych związków zawodowych, czynne wsparcie ze strony DGB musi być rzeczą oczywistą.“¹⁴⁴ Allerdings befindet sich neben dieser Aussage ein großes handschriftlich vermerktes Fragezeichen.¹⁴⁵ Innerhalb des Bundesvorstands ist es wahrscheinlich zu Diskussionen über die Art der Unterstützung gekommen, denn die Konsequenzen, die aus dieser folgen konnten, waren allen bewusst. Zwischen dem DGB und der

141 Vgl. Goddeeris: *Western Trade Unions and Solidarność*, 327.

142 Vgl. Goddeeris: *Western Trade Unions and Solidarność*, 305. Ausnahmen sind dabei (neben den meisten kommunistischen Gewerkschaften im Westen, z.B. die CGT in Frankreich) der österreichische ÖGB und die schwedische LO, siehe dazu Goddeeris: *Western Trade Unions and Solidarność*, 321.

143 Vgl. u.a. Boll / Świder: *The FRG*, 159; Gawrich: *Deutscher Gewerkschaftsbund*, 291; Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 315f.; Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 15; Riechers: *Spontane Reaktionen*, 344.

144 DGB, Internationale Abteilung, *Najważniejszy punkty dotyczące wydarzeń w Polsce*, 2.9.1980. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 89-92, hier 92. „Wenn es tatsächlich zu der Gründung von freien Gewerkschaften kommt, muss eine *offene* Unterstützung des DGB eine offensichtliche Sache sein.“ [Hervorhebung S.M.].

145 *Najważniejszy punkty dotyczące wydarzeń w Polsce*, 2.9.1980, 92. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 92. Anmerkung der Herausgeberin.

SPD bestanden enge (auch personelle) Verbindungen.¹⁴⁶ Dies war insofern problematisch als dass die SPD-Spitze auf einen sehr zurückhaltenden Kurs gegenüber der „Solidarność“ pochte, um keinen Vorwand für eine Intervention zu liefern.¹⁴⁷ Trotzdem entschloss sich der DGB, der freien Gewerkschaft nicht nur Sympathie, sondern auch konkrete Hilfe zukommen zu lassen. Diese wurde mit größtmöglicher Diskretion durchgeführt, in einem internen Schreiben bezeichnete der damalige DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter dies als „stille Hilfe“¹⁴⁸. Dies war übrigens auch von der Führung der „Solidarność“ selbst gewünscht worden, da sie sich der Konsequenzen bewusst war, die eine allzu offensichtliche Hilfe aus dem Ausland, noch dazu aus der Bundesrepublik Deutschland, das in der offiziellen Propaganda noch immer negativ dargestellt wurde, für die Gewerkschaft haben würde.¹⁴⁹

Nach einigen Besprechungen im Bundesvorstand des DGB wurde der Beschluss über die diskrete Hilfe geschlossen, der allerdings erst im Januar 1981 an die Einzelgewerkschaften verschickt wurde.¹⁵⁰ Dort wurde angesprochen, dass man vor größeren Demonstrationen zurückschrecken sollte, und die materielle Hilfe über sogenannte „schwedische Kanäle“¹⁵¹ abwickeln sollte. Insgesamt verfolgte der DGB eine Doppelstrategie¹⁵²: die Kontakte zu den offiziellen polnischen Gewerkschaften¹⁵³ wurden nicht abgebrochen, während er gleichzeitig die „Solidarność“ unterstützte. Die Haltung des DGB wurde von der

146 Vgl. Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 313; Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 194 und auch Świder: Związki zawodowe w RFN. 43f.

147 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 171.

148 Zitiert nach Świder: Związki zawodowe w RFN, 50.

149 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 171; Cöllen: Die deutschen Gewerkschaften, 60 und 64; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 164 und 318.

150 Siehe Schreiben von Heinz-Oskar Vetter an die Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften, 9.1.1981. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 126f.

151 Als solche wird der Weg von Gütern über Schweden, das in dieser Zeit einen visafreien Verkehr mit der Volksrepublik hatte, bezeichnet. Vgl. dazu: Boll / Świder: The FRG, 167; Świder: Das Informationsbüro der Solidarnosc in Bremen, 204; Świder: Z perspektywy Bonn, 101.

152 Vgl. dazu Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 298; Riechers: Hilfe für Solidarność, 15.

153 Allerdings löste sich der *Centralna Rada Związków Zawodowych* (CRZZ, Zentralrat der polnischen Gewerkschaften), der bis dahin der Hauptansprechpartner des DGB in Polen war, im Dezember 1980 aufgrund der Krise auf. Siehe Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 310.

polnischen Regierung kritisiert.¹⁵⁴ Der DGB hatte schon einige Jahre Kontakt mit den offiziellen polnischen Gewerkschaften gehabt, doch waren diese Beziehungen nie besonders fruchtbar gewesen, da die Gewerkschaften in Polen vor der Entstehung der „Solidarność“ eher ein Sprachrohr der Partei als eine Interessenvertretung der Arbeiter*innen waren, und auf internationaler Ebene eher politische Erklärungen vom DGB verlangten.¹⁵⁵ So sah der DGB diese Beziehungen auch eher als Unterstützung der Ostpolitik der Regierung, denn als gewerkschaftliche Arbeit.¹⁵⁶ Mit der Entstehung der „Solidarność“ verband der DGB die Hoffnung auf genuin gewerkschaftliche Zusammenarbeit.¹⁵⁷

Einige Einzelgewerkschaften des DGB wurden außerdem eigenständig aktiv, was ihnen Kritik von Seiten des Bundesvorstandes einbrachte.¹⁵⁸ Am deutlichsten war die Unterstützung für die „Solidarność“ von der größten Gewerkschaft in der Bundesrepublik, der Industrie Gewerkschaft der Metallarbeiter (IG Metall).¹⁵⁹ Einige andere Gewerkschaften waren der „Solidarność“ eher kritisch gegenüber eingestellt: Dies war z.B. bei der Industriegewerkschaft Druck & Papier (IG DruPa) der Fall, die sich vor allem an dem starken Katholizismus der polnischen Gewerkschaft störte.¹⁶⁰ Allerdings kann von der Haltung der Gewerkschaftsspitze nicht immer auf die der Basis geschlossen werden.

Die Hilfe des DGB für die „Solidarność“ wurde erst ab dem Frühjahr 1981 konkreter. Ein wesentlicher Grund dafür war auch, dass sich die polnische Gewerkschaft zunehmend professionalisierte, und explizit an Hilfe aus dem Ausland interessiert war – neben materieller Hilfe (wie z.B. Druckmaschinen) waren auch Schulungen für ihre Mitglieder von der Gewerkschaftsführung angestrebt.¹⁶¹ Im Laufe des Jahres sendete der DGB einige Tausend Kassetten nach Polen, welche die Gewerkschaft für ihre Radiosendungen einsetzte – für

154 Vgl. Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 289.

155 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 163; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 307; Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 281 spricht von einem „Delegationstourismus, in dem Äußerlichkeiten und allgemeine Absichtserklärungen dominierten.“

156 Vgl. Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 216; Kristoffersen: Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 76.

157 Vgl. Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 312.

158 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 173f.

159 Vgl. Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 210; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 316 und 320.

160 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 180; Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 318; Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 299; Świder: Związki zawodowe w RFN, 61.

161 Vgl. Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 320.

dieses Unterfangen stand der Bundesvorstand in engem Kontakt mit dem Journalisten Marek Chlebowicz, der für die „Solidarność“ in der Region Mazowsze für Öffentlichkeitsarbeit zuständig war.¹⁶² Die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Region Mazowsze war intensiv, und mündete in dem Besuch einer „Solidarność“-Delegation unter der Führung des Regionalvorsitzenden Zbigniew Bujak Ende Oktober 1981 in der Bundesrepublik.¹⁶³ Ein Besuch Lech Wałęsas in der Bundesrepublik war ebenfalls geplant, konnte jedoch aufgrund der Ausrufung des Kriegszustands nicht mehr stattfinden.¹⁶⁴ Viele dieser Initiativen gingen von Erwin Kristoffersen aus, der sich besonders für die freie Gewerkschaft in Polen engagierte. Er reiste so oft es ihm erlaubt wurde in die Volksrepublik, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen, und mit den Gewerkschafter*innen ins Gespräch zu kommen. Sein letzter Besuch in Polen vor der Ausrufung des Kriegszustands war im September 1981. Er hielt dabei eine Rede¹⁶⁵ auf dem Landeskongress der „Solidarność“, in welcher er der Gewerkschaft Hilfe zusicherte aber auch über die Wichtigkeit des Friedens sprach.¹⁶⁶ Diese Rede missfiel der polnischen Regierung jedoch derart,¹⁶⁷ dass

162 Siehe die Dokumente für den Kontakt zu Mark Chlebowicz in: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 141f. (Reiff an Kristoffersen, 22.3.1981), 144-147 (Kristoffersen an Vetter, 8.5.1981) und 154 (Kristoffersen an Reiff, 9.7.1981). Vgl. Boll / Świder: The FRG, 169; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 317.

163 Siehe dazu die Dokumente des DGB bezüglich des Besuchs: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 170-179. Vgl. auch: Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 300; Boll / Świder: The FRG, 169ff.; Świder: Z perspektywy Bonn, 69f.; Świder: Związki zawodowe w RFN, 70-73.

164 Siehe die Dokumente für die Vorbereitung des Besuchs: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 150ff. (Kristoffersen an Vetter, Sommer 1981), 156f. (Kristoffersen an Klaus Reiff, 6.8.1981), 170f. (Kristoffersen an Vetter über Besuch in Polen, 11.9.1981), 172ff. (Kristoffersen an Vetter bzgl. des Bujak-Besuches, 23.10.1981), 177 (Brief von Vetter an Wałęsa, 30.10.1981), 195f. (Schriftliches Projekt von Vetter an Walesa, 10.12.1981). Pick: Ponad żelazną kurtyną, 319 schreibt, dass ein Besuch des beliebten Gewerkschaftsführers in die BRD bereits seit Januar 1981 angestrebt wurde, Wałęsa diesem jedoch keine Priorität eingeräumt habe. Er bezieht sich dabei auf Aussagen von Kristoffersen: Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 79.

165 Die Rede ist enthalten in: Majchrzak / Owsiniński (Hg.): I Krajowy Zjazd, 279f.

166 Rede von Erwin Kristoffersen. In: Majchrzak / Owsiniński (Hg.): I Krajowy Zjazd, 279f.

167 Die Regierung kritisierte die Unterstützung, welche der DGB der „Solidarność“ zu- kommen ließ. In ihren Augen stellte dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes und die Unterstützung der staatsgefährdenden Kräfte dar. Kristoffersen: Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 79 nannte diese Kritik

ihm die Einreise für den zweiten Teil des Kongresses verwehrt wurde.¹⁶⁸ Kristoffersen selbst hatte keinen Zweifel, dass es der polnischen Regierung in diesem Zusammenhang weniger um die Unterstützung selbst, sondern um deren Herkunft ging:

„Die kommunistische Staatsmacht in Polen und in der UdSSR war eher bereit, französische oder italienische Solidarität mit der „Solidarität“ zu akzeptieren als deutsche. [...] Die Deutschen [...] blieben in der offiziellen Sprachregelung trotz Normalisierungsvertrag und engen Wirtschaftsbeziehungen die ewigen Revanchisten, mit denen man sich nicht zu nah einlassen sollte.“¹⁶⁹

Erneut wird hier deutlich, dass die polnische Regierung für ihre Selbstlegitimation auf das negative Bild der Westdeutschen als Revisionisten angewiesen war, obwohl sie von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der BRD nicht unerheblich profitierte.¹⁷⁰

Insgesamt war der DGB ein wichtiger Partner der „Solidarność“ während ihres legalen Bestehens, was auch von einigen Mitgliedern der Landeskommision hervorgehoben wurde.¹⁷¹ Der DGB unterstützte die „Solidarność“, weil sie für die Gewerkschaftsfreiheit und Demokratie eintrat, und die Kooperation mit ihr fruchtbare Ergebnisse in gewerkschaftlicher Hinsicht versprach, was bei den offiziellen Gewerkschaften nicht der Fall gewesen war.¹⁷² Die Hilfe der deutschen Zentralgewerkschaft musste jedoch aufgrund der politischen Verhältnisse im Stillen geschehen und manifestierte sich eher in technischer Hilfe als

„nicht nachvollziehbar“. Vgl. zu der Kritik auch Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 309; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 320.

168 Siehe Kristoffersens Bericht über den Besuch beim „Solidarność“-Kongress, September 1981. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 163-169. Bereits zu diesem Zeitpunkt bemerkte Kristoffersen die gestiegene Polarisierung zwischen „Solidarność“ und Regierung. Dabei sagte er voraus, dass eine Eskalation eher von Seiten der letzteren zu erwarten sei. Seine Ansprache sei positiv aufgenommen worden, darüber hinaus wurde ihm in Gesprächen versichert, dass die Hilfe des DGB teilweise wertvoller sei, als die anderer westlicher Gewerkschaften.

169 Kristoffersen: Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 78.

170 Vgl. Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 218.

171 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 170; Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 347; Świder: Z perspektywy Bonn, 70.

172 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 163; Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 298 und 370.

in öffentlicher Unterstützung. Dies war auch durch die Nähe des DGB zur SPD erforderlich. Die Ausrufung des Kriegsrechts stellt das Verhältnis des DGB zur „Solidarność“ auf die Probe, wie im Hauptteil deutlich werden wird.

2. Die Initiative „Solidarität mit „Solidarność““

Im vorherigen Abschnitt wurde bereits erwähnt, dass es einzelne Gewerkschaften gab, die für eine offenere Unterstützung der „Solidarność“ eintraten. Doch auch innerhalb der Gewerkschaften gab es einzelne Mitglieder, welche die Zurückhaltung des DGB oder ihrer Einzelgewerkschaften kritisierten. Dies war ein Phänomen, das nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkt war.¹⁷³ Diese Gewerkschafter*innen, aber auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder, die die „Solidarność“ unterstützen wollten, schlossen sich im Herbst des Jahres 1980 in Komitees mit dem Namen „Solidarität mit „Solidarność““¹⁷⁴ zusammen, von denen am 14.12.1980 ein gemeinsamer Appell veröffentlicht wurde.¹⁷⁵ Die politische Ausrichtung dieser Initiative lässt sich aus dem Aufruf ableiten:

„Es ist vielmehr die 35-jährige totalitäre Herrschaft der Partei- und Regierungsspitzen, die den Sozialismus in Mißkredit bringt. [...] Solidarität mit Solidarnosc bedeutet keine „Bedrohung der Entspannung“. Nicht Solidarität, sondern revanchistische Neigungen, die die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellen, und die Aufrüstungsbeschlüsse der NATO erhöhen die Kriegsgefahr.“¹⁷⁶

Und an letzter Stelle des Aufrufs heißt es: „Solidarnosc ist für uns auch ein Beispiel sozialistischer Demokratie“¹⁷⁷ Die Unterzeichner des Aufrufs können politisch im linken Bereich eingeordnet werden: in den Quellen und in der

173 Es gab z.B. eine ähnliche Initiative in der Schweiz, siehe dazu: Hochuli: Solidarność z „Solidarnością“, passim.

174 An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass zu dieser Initiative und den Komitees, die in ihrem Rahmen gebildet wurden, nur wenige Quellen und noch weniger Forschungsliteratur vorliegt.

175 Aufruf der Initiative „Solidarität mit Solidarnosc“, 14.12.1980 (16.11.2018).

176 Aufruf der Initiative „Solidarität mit Solidarnosc“, 14.12.1980, 5 (16.11.2018).

177 Aufruf der Initiative „Solidarität mit Solidarnosc“, 14.12.1980, 6 (16.11.2018).

Forschung werden sie oft als „Trotzkisten“¹⁷⁸ bezeichnet. Viele ihrer Mitglieder waren enttäuschte Sozialdemokrat*innen, welche mit dem zurückhaltenden Kurs der Regierung nicht einverstanden waren.¹⁷⁹ Sie unterstützten die „Solidarność“ auch, weil sie von ihrem Programm und ihren Ideen inspiriert waren, und diese Ideen auch im Westen umsetzen wollten. Diese programmatisch-inhaltliche Nähe war ein Faktor, der diese Initiative von den etablierten Parteien und den Gewerkschaftsspitzen unterschied. Mit Abstand die meisten waren Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Andere Unterzeichner*innen der Initiative waren Gewerkschafter*innen aus der IG Metall, der IG DruPa, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und einige wenige aus der IG Chemie, Papier, Keramik und der IG Bau, Steine, Erden. Zu den anderen Unterzeichner*innen der Initiative gehörten unter anderen Wolf Biermann und Rudolf Bahro (Dissidenten aus der DDR), einige Mitglieder von Deutsch-Polnischen Gesellschaften und einige Professor*innen.¹⁸⁰ Im Rahmen dieser Initiative bildeten sich Komitees in vielen westdeutschen Großstädten, etwa in Frankfurt am Main, München, Bremen, Hamburg und Köln. Diese Gruppen sammelten Spenden, um Druckermaterialien, aber auch humanitäre Hilfe nach Polen zu schicken. Sie organisierten Vorträge und informierten die Öffentlichkeit über die Lage in Polen und ermunterten ihre Mitglieder dazu, selbst nach Polen zu fahren, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Sie kritisierten die Zurückhaltung der SPD und auch des DGB, was bei letzterem einige Irritationen auslöste, da er die „Solidarność“ ja unterstützte, aber es nicht in der Öffentlichkeit verbreitete. Darüber hinaus kritisierten sie die CDU/CSU für die in ihren Augen heuchlerische Haltung in Bezug auf die Gewerkschaftsfreiheit und die revanchistischen Tendenzen in Teilen dieser Partei.

Allerdings kam es bereits vor der Ausrufung des Kriegsrechts zu einem Richtungsstreit in der Initiative, der von H. Jentzsch aus einem der Solidaritäts-Komitees in Bremen im Januar 1982 dokumentiert wurde.¹⁸¹ So scheint es bei

178 Siehe Świder: Związki zawodowe w RFN, 46 und 59f.; Boll / Świder: The FRG, 172f.; Frybes: Społeczne reakcje Zachodu, 520.

179 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 173.

180 Vgl. Aufruf der Initiative „Solidarität mit Solidarnosc“, 14.12.1980, 8 (16.11.2018).

181 AFSO, 02-088, 80 (Solidarität mit Solidarnosc Bremen Jentzsch und GEW Initiative): H. Jentzsch: Warum es in Bremen (und anderswo) 2 Komitees der Solidarität mit Solidarnosc“ gibt.

einer Veranstaltung, vermutlich im Frühjahr 1981, mit dem ehemaligen „Robotnik“-Redakteur Władysław Sulecki, der sich in der BRD aufhielt, zur so starken Spannungen gekommen zu sein, dass die Komitees beschlossen, getrennte Wege zu gehen. Während das sogenannte „Gerken-Komitee“¹⁸² als „Komitee für die Solidarität mit Solidarnosc und NZS“ weiterarbeitete, konzentrierten sich die anderen auf ihre Arbeit in der GEW und folgten dabei den inhaltlichen Linien, die in einem Aufruf von Heinz Brandt¹⁸³, Jakob Moneta¹⁸⁴ und Peter von Oertzen¹⁸⁵ formuliert wurde.¹⁸⁶ Hauptkonfliktfelder waren die Zusammenarbeit mit Organisationen, die als revisionistisch eingestuft wurden und der Grad an Internationalisierung: die GEW Initiative lehnte Zusammenarbeit mit revisionistischen Gruppen ab, und setzte sich auch für die Gewerkschaftsfreiheit in El Salvador und der Türkei ein.¹⁸⁷ Einige Mitglieder des Gerken Komitees werden in dem Dokument als Teile der „rechteren Betriebsratsfraktion bei Klöckner“¹⁸⁸ bezeichnet. Im September 1981 gab es noch ein Treffen von Vertreter von 20 Komitees der GEW Initiative und nationalen Vertretern des Gerken Komitees: Versuche von Vermittlung zwischen den beiden Richtungen scheiterten jedoch, sodass die Spaltung der Bewegung vollendet war.¹⁸⁹ In ihrer Tätigkeit in Bezug auf die Unterstützung der „Solidarność“ unterschieden sich die beiden Lager

182 Dieses entstand nach einem Gründungstreffen eines Polen-Komitees des „Komitees für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften im Westen – für die Erringung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften im Osten“, das im August 1980 stattfand.

183 Widerstandskämpfer in der NS-Zeit, Widerstand gegen das SED-Regime, emigrierte später in die BRD und war dort in der IG Metall als Redakteur aktiv. Außerdem ein Gründungsmitglied der Grünen, wo er jedoch bald wieder austrat.

184 Ehem. Redakteur der „Metall“ Gewerkschaftszeitung, Mitglied bei den Internationalen Marxisten.

185 Politikwissenschaftler und MdL (Niedersachsen) der SPD, Mitglied des Parteivorstands, Kritiker des Godesberger Programms, kämpfte stets für eine linkere Ausrichtung der SPD.

186 Dieser Aufruf ist leider nicht in dem Bestand des AFSO enthalten und war dem Autor auch nicht auf andere Weise zugänglich.

187 AFSO, 02-088, 80: Jentzsch, Warum es in Bremen.

188 AFSO, 02-088,80: Jentzsch, Warum es in Bremen.

189 Vgl. AFSO, 02-088, 80: Jentzsch, Warum es in Bremen.

jedoch nicht erheblich voneinander: sie sammelten Spenden und brachten sie, teilweise persönlich, nach Polen.¹⁹⁰

So kann man sagen, dass die Komitees der Initiative trotz der internen Zerstrittenheit geradezu als natürliche Kooperationspartner für die „Solidarność“-Gruppen in Frage kamen, auch wegen der programmatischen Nähe. Jedoch musste dabei beachtet werden, dass die Kritik der Mitglieder der Komitees an dem DGB und der SPD von diesen nicht besonders positiv aufgenommen wurde. Eine zu enge Kooperation mit der Initiative könnte vom DGB und der SPD kritisiert werden.

3. Deutsch-Polnische Gesellschaften

Im Laufe der 1970er Jahre hatten sich in der Bundesrepublik nach dem Abschluss der Ostverträge in vielen Städten Deutsch-Polnische Gesellschaften gegründet. Die erste entstand bereits 1972 in Kiel, es folgten weitere z.B. in Bremen (1975), Hamburg, München, Freiburg und Hannover (1979). In dieser Zeit waren sie noch nicht in einem Dachverband organisiert, denn die existierende Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland war eher pro-kommunistisch eingestellt und hatte daher auch nicht besonders viele Mitglieder.¹⁹¹ Die Aktivitäten dieser verschiedenen regionalen Gruppen waren überwiegend kultureller Natur: Sie organisierten Reisen, Konzerte, Lesungen aber auch Vorträge zu politischen oder historischen Themen. Ihre Mitglieder waren fast ausschließlich Deutsche, die darum bemüht waren, die Kontakte zu Polen auszubauen, um die Ostpolitik der Regierung zu unterstützen. Viele ihrer Mitglieder waren in der SPD. So war etwa der Vorsitzende der DPG Bremen Manfred von Scheven SPD-Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft und Sprecher des Senats.¹⁹² Als die „Solidarność“ entstand, befassten sich viele dieser Gruppen intensiv mit dem Thema, und betätigten sich auch in der humanitären

190 So fuhr ein Komitee der GEW Initiative über Ostern 1981 nach Wrocław, um der dortigen „Solidarność“ Gruppe Sachspenden zu übergeben und sich ein Bild von der Lage zu machen, vgl. AFSO, 02-088, 80: Jentzsch, Warum es in Bremen.

191 Vgl. Riechers: Hilfe für Solidarność, 25f.

192 Vgl. Riechel: Begegnungen, 26.

Hilfe. Einige Gruppen waren dem polnischen Regime jedoch eher positiv gewogen, so z.B. die DPG Kiel.¹⁹³ Denn durch die Nähe zum Regime war es für die Gruppen einfacher, Visa zu erhalten, und Kontakte nach Polen zu knüpfen, was jedoch von Seiten der „Solidarność“-Aktivist*innen und anderer Gruppen kritisiert wurde.¹⁹⁴ Viele Gruppen organisierten humanitäre Hilfe für Polen, als Nachrichten über die schlechte Versorgungslage in dem Land immer häufiger wurden.¹⁹⁵

Somit kommen einige der lokalen Deutsch-Polnischen Gesellschaften oder ihre Mitglieder als Kooperationspartner für die „Solidarność“-Aktivist*innen in Frage. Die meisten Gruppen hielten sich jedoch mit politischen Aktivitäten eher zurück und konzentrierten sich vor allem auf die humanitäre Hilfe.

4. Die Polonia in der BRD vor der „Solidarność“

„Czy w Niemczech istnieje Polonia?“¹⁹⁶ („Existiert in Deutschland eine *Polonia*?“) titelte ein kurzes Schreiben über die polnische Minderheit in der Bundesrepublik aus dem Februar 1982 von Cezary Lis, einem Polen, der in Essen lebte. Und auch Peter-Oliver Loew stellte in seinem treffend benannten Buch „Wir Unsichtbaren“ fest, dass Menschen mit polnischer Herkunft in Deutschland kaum auffielen und daher teilweise der Eindruck entstehe, dass es sie nicht gäbe.¹⁹⁷ Denn durch den Zweiten Weltkrieg waren diejenigen Polen, die noch in Deutschland geblieben waren, einem erheblichen Assimilationsdruck ausgesetzt gewesen. Und auch die ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die nach dem Krieg in DP-Lagern waren, blieben zwar meist in Deutschland (nur wenige wollten in das kommunistische Polen), jedoch bildeten sie selten Organisationen zur Wahrung ihrer nationalen Identität.¹⁹⁸ Vor

193 So ist die Einschätzung Andrzej Chileckis in der *Kultura*. Siehe: *Kultura* 426 (3, 1983), 126.

194 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 352.

195 Darüber berichtet der damalige Vorsitzende der DPG Hannover, mit besonderem Fokus auf die Aktionen seiner Gesellschaft: Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 25-37.

196 AFSO, 02-088, 295 (Treffen Paris 24.2.1982). Das Dokument wurde am 15.2.1982 handschriftlich verfasst.

197 Vgl. Loew: *Wir Unsichtbaren*, 9.

198 Vgl. Loew: *Wir Unsichtbaren*, 209f.

den Ostverträgen konnten nur wenige Pol*innen in die Bundesrepublik emigrieren. In den 1970er Jahren begannen immer mehr polnische Bürger*innen die neue Reisefreiheit auszunutzen, um in Deutschland (sowohl in der DDR als auch der BRD) Geld zu verdienen. Einige emigrierten auch aus politischen Gründen, so z.B. der Historiker Juliusz Stroynowski, der 1969 auf Druck der Regierung nach Köln ging.¹⁹⁹ Ein weiteres Beispiel war Edward Klimczak, der 1973 nach West-Berlin ging, weil er, nach eigenen Worten „lieber Kellner im Westen als Wissenschaftler mit Maulkorb im Osten“²⁰⁰ sein wollte. Er lehrte später an der Freien Universität Berlin und engagierte sich in den 80er Jahren sehr für die „Solidarność“ und für die neuen polnischen Emigrant*innen in West-Berlin. Doch so ein starkes Engagement war eher die Ausnahme als die Regel.²⁰¹

Insgesamt war der Organisationsgrad der polnischen Minderheit in der BRD recht gering. Die älteste Organisation Związek Polaków w Niemczech (ZPwN, Bund der Polen in Deutschland), die 1922 gegründet und in der NS-Zeit aufgelöst wurde, gründete sich nach dem Krieg neu. Sie spaltete sich jedoch bereits 1952: während ein Teil der Gruppe unter dem Namen „Zgoda“ („Eini-gung“) dem kommunistischen Regime nahestand, und von diesem sowohl Finanzierung und Visa-Erleichterungen erhielt, lehnte die andere Organisation „Rodło“²⁰² jegliche Kollaboration ab und stand eher der Exil-Regierung in London nahe.²⁰³ Beiden Organisationen war jedoch gemein, dass sie im Laufe der Jahre viele Mitglieder verloren. Auch in ihren Tätigkeiten vor Ort unterschieden sie sich nicht sehr voneinander: So dominierten Geselligkeitstreffen und gemeinsames Begehen von Feiertagen, außerdem organisierten die Vereine Sprachkurse und Lesungen. Auch versuchten sie, für die Belange der polnischen Minderheit politisch aktiv zu werden, was jedoch nicht besonders erfolgreich war, da die Bundesregierung sich (bis heute) weigert, die polnische Minderheit als solche anzuerkennen.²⁰⁴ Darüber hinaus gab es noch die *Zjednoczenie Polskich Uchodźców* (ZPU, Vereinigung polnischer Flüchtlinge), welche sich aus

199 Siehe Böll: Ein neues Vokabularium, 10f. Vgl. auch Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“, 56.

200 Drodzy Polacy. In: Spiegel 27/1984, 66-71, hier 69.

201 Vgl. Pick: Ludzie „Solidarności“ w RFN, 318f.

202 *Rodło* ist eine Kombination aus den Wörtern *rodzina* (Familie) und *godło* (Wappen).

203 Vgl. Loew: Wir Unsichtbaren, 209f.

204 Vgl. Loew: Wir Unsichtbaren, 210.

polnischen Flüchtlingen und DPs bildete, und stark antikommunistisch eingestellt war.²⁰⁵ In München existierte der *Rada Narodowa*, (Nationalrat) eine Art Untergruppe der Londoner Exil-Regierung, die jedoch nicht besonders aktiv war.²⁰⁶ Die *Polska Partia Socjalistyczna* (PPS, Polnische Sozialistische Partei) war mit einigen lokalen Gruppen in der BRD vertreten und erhielt in der Zeit der „Solidarność“ einigen Zulauf.²⁰⁷

Durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise erreichte die Emigration von Pol*innen in die Bundesrepublik um 1980 einen Höhepunkt. Auch wenn die meisten nur mit einem Touristenvisum kamen oder angaben, aus privaten Gründen nach Deutschland zu kommen, blieb der überwiegende Teil dieser Migrant*innen aus wirtschaftlichen Gründen in der BRD. Die bestehenden Organisationen profitierten meist aus diesem Zustrom an (potenziellen) Neumitgliedern, jedoch offenbarten sich auch einige Differenzen²⁰⁸: Die „Neuen“ waren oftmals sehr viel jünger, kamen meist aus den Großstädten und waren gut ausgebildet. Die „Alten“ hingegen waren alt, kamen vom Land und besaßen keine besonders gute Bildung. Der größte Konfliktherd war auch hier die Einstellung gegenüber dem *status quo* in Polen: die Neuen, welche die Realitäten des real existierenden Sozialismus selbst erlebt hatten, waren der polnischen Regierung meist eher ablehnend gegenüber eingestellt. Dies handelte ihnen den Vorwurf eines mangelnden Patriotismus von Seiten der Alten ein, die dem Regime weniger skeptisch gegenüberstanden.²⁰⁹

Die katholische Kirche, die für die „Solidarność“ in Polen ein wichtiger Partner war, war in Deutschland insofern relevant, als dass es einige polnisch-sprachige Priester gab. Organisiert waren sie in der polnischen katholischen Mission, die 1976 gegründet wurde, sich jedoch überwiegend auf Bildungsarbeit konzentrierte.²¹⁰ Die meisten Priester waren eher unpolitisch, oder hegten kaum

205 Vgl. Zajac: Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen, 232; Pick: Ludzie „Solidarności“, 320; Górski / Tymochowicz: Polska emigracja i Polonia, 113ff.

206 Vgl. Pick: Ludzie „Solidarności“, 350ff.

207 Vgl. Pick: Ludzie „Solidarności“, 320.

208 Vgl. Pick: Ludzie „Solidarności“, 321; Zajac: Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen, 233.

209 Vgl. Pick: Ludzie „Solidarności“, 320. Dies lag auch daran, dass die Organisationen der alten Emigration oft davon profitierten, dass sie das Regime nicht stark kritisierten, so wurden ihnen etwa Visa erleichtert.

210 Vgl. Pick: Ludzie „Solidarności“, 356; Górski / Tymochowicz: Polska emigracja i Polonia, 66ff.

Sympathien für die „Solidarność“.²¹¹ Es gab allerdings auch Ausnahmen, von denen die bekannteste ks. Franciszek Blachnicki war: Dieser gründete im Juni 1982 in Carlsberg die Organisation *Chrześcijańska Służba Wyzwolenie Narodów* (ChSWN, Christlicher Dienst für die Befreiung der Völker), welche den Kampf der Opposition in Polen aktiv unterstützte.²¹² Polnische Messen übten in vielen Städten bedeutende soziale und in manchen Fällen auch politische Funktionen aus.²¹³

Die einzige Organisation in der Bundesrepublik, die offen die „Solidarność“ und bereits zuvor die polnischen Oppositionellen unterstützte, war die polnische Sektion des amerikanischen Auslandssenders *Radio Free Europe*, der seinen Sitz in München hatte.²¹⁴ Die Mitarbeiter*innen waren eher antikommunistisch eingestellt, und hatten auch einige Künstler*innen in ihren Reihen.²¹⁵ Daher konnte der Sender auch eine Möglichkeit für die „Solidarność“-Aktivist*innen im Ausland bieten, Informationen nach Polen zu verbreiten, oder auch im Westen als polnisches Radio zu fungieren.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass viele der alten *Polonia* Organisationen entweder wegen ihrer Nähe zum Regime für die „Solidarność“-Gruppen potenziell eher gefährlich waren oder aufgrund ihrer politischen Natur nur für einzelne Mitglieder der „Solidarność“ interessant sein konnten. Es existierten einige Institutionen, die eine eher sozial-kulturelle Ausrichtung hatten, und daher zwar nicht für die direkte Unterstützung der „Solidarność“, aber für die persönlichen Bedürfnisse der Aktivist*innen bedeutsam sein konnten. Als Ausnahme kann die polnische Sektion von *Radio Free Europe* gelten, welche als Informationsverbreitungskanal in Frage kam.

211 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 356f.

212 Vgl. Górski / Tymochowicz: *Polska emigracja i Polonia*, 12-19; Zajac: *Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen*, 234.

213 So war einer der Hauptverteilungspunkte für das Magazin *Pogląd* eine polnische Messe in West-Berlin, siehe *Pogląd*, Nr. 1, 17.1.1982, 1.

214 Loew: *Wir Unsichtbaren*, 200-203; Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 320 und 350.

215 Vgl. Loew: *Wir Unsichtbaren*, 202f.

IV. Die Entstehung des Netzwerks

Dieses Kapitel wird zunächst das Zustandekommen der Delegation, aus der später das Informationsbüro Bremen hervorging, schildern. Dann wird es eine kurze biografische Übersicht über die Mitglieder dieser Gruppe geben. Anschließend wird die Entstehung des Ego-Netzwerks der Gruppe beleuchtet, indem beschrieben wird, wie welche Kontakte mit welchem Ziel zustande kamen. Diese erste Phase, die ungefähr bis Weihnachten 1981 ging, war von großer Unsicherheit und kontroversen Debatten in der Bundesrepublik über angemessene Reaktionen auf das Kriegsrecht geprägt, die nachgezeichnet werden, um den Kontext nachvollziehbar zu machen. Den Abschluss des Kapitels wird das Koordinierungstreffen der „Solidarność“-Aktivist*innen, die sich im Ausland aufhielten, in Brüssel bilden.

1. Ein Besuch in Gdańsk mit unerwarteten Folgen

Der Geschäftsführer der Bremer Arbeiterkammer, Dr. Walter Franke (SPD)²¹⁶, reiste im April 1981 im Rahmen eines Kulturabkommens, das zwischen Bremen und Gdańsk bestand, in die Partnerstadt. Dort traf er bei einem Besuch der Werft zunächst mit offiziellen Vertretern der Regierung zusammen, ehe ein inoffizielles Treffen mit Lech Wałęsa und dessen Stellvertreter, Alojzy Szablewski zustande kam.²¹⁷ Diese Praxis war nicht unüblich: Um als politischer oder gewerkschaftlicher Vertreter nach Polen zu kommen, mussten zunächst die offiziellen Kontakte gepflegt werden, bevor es zu Treffen mit „Solidarność“-Aktivist*innen kommen konnte.²¹⁸ Bei dem Treffen wurde vereinbart, dass eine Delegation der „Solidarność“-Betriebskommission der Lenin-Werft nach

216 Franke war lange Jahre Geschäftsführer der Bremer Arbeiterkammer und hatte verschiedene leitende Funktionen für die SPD in Bremen inne, siehe Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 40.

217 Vgl. Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 40.

218 So war es z.B. auch bei einer Reise Kristoffersens nach Polen im Januar 1981, bei dem er offiziell die Vertreter der Branchengewerkschaften traf, inoffiziell jedoch mit Bujak und anderen „Solidarność“-Vertretern zusammenkam, siehe Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 319.

Bremen kommen sollte, um sowohl den gewerkschaftlichen Austausch auch auf Betriebsebene als auch die Partnerschaft zwischen Bremen und Gdańsk voranzutreiben.²¹⁹ Franke selbst sagte im Nachhinein, dass dies eher eine spontane Idee gewesen sei.²²⁰ Die Delegation wurde von der Arbeiterkammer am 29.4.1981 in der Presse angekündigt.²²¹ Darüber hinaus gab Franke seine Einschätzung zu der Lage in Polen und die Ziele der „Solidarność“ bekannt, und übermittelte dem DGB Vorsitzenden Vetter den Dank Wałęsas für die bisher geleistete Hilfe der deutschen Gewerkschaften.²²² Der ursprünglich geplante Termin für den Aufenthalt war der Oktober desselben Jahres. Bis die Delegation aufbrechen konnte, verging jedoch noch einige Zeit, denn die polnischen Behörden weigerten sich, den Delegierten Reisepässe auszustellen. In einem Schreiben an die Arbeiterkammer Bremen vom 12.11.1981 stellt Szablewski resigniert fest, dass die Reise vielleicht erst im kommenden Jahr stattfinden würde, und bringt seine Frustration zum Ausdruck: „Es muss doch einmal so weit sein, dass unsere Staatsverhältnisse sich normalisieren.“²²³ Ein Mitglied der Delegation stellte im Nachhinein die Vermutung auf, dass die Regierung versuchen wollte, die „Solidarność“-Mitglieder vor der Ausrufung des Kriegsrechts im Land festzuhalten, um sie alle zu verhaften.²²⁴ So lässt sich allerdings nicht erklären, wieso die Erlaubnis für die Ausreise Anfang Dezember doch noch erteilt wurde. Unüblich war dieses Prozedere auch nicht – eine Delegation, die am 29.11. in der Schweiz ankam, hatte ähnliche Schwierigkeiten, Pässe zu erhalten.²²⁵ Festzuhalten ist, dass es sich bei der Delegation um eine offizielle Vertretung der „Solidarność“ handelte, die mit Erlaubnis der polnischen Regierung in die BRD ausreisen durfte.

219 Vgl. Riechers: Hilfe für Solidarność, 40f.

220 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 07:09-07:44.

221 „Die Arbeiterkammer Bremen wird mit der freien polnischen ‚Solidarität‘-Gewerkschaft einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch durchführen.“ Zitiert nach Riechers: Hilfe für Solidarność, 41.

222 Vgl. Riechers: Hilfe für Solidarność. 41f. In der Edition der DGB Quellen von Świder ist leider kein Dokument dazu enthalten.

223 AFSSO, 02-088, 10 (Anreise der Delegation): Schreiben von Alojzy Szablewski an die Arbeiterkammer Bremen, 12.11.1981.

224 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 09:00-09:12.

225 Hochuli: Solidarność z „Solidarnością“, 381.

2. „Arbeiter aus Danzig“²²⁶ – die Mitglieder der Delegation

Bei den Mitgliedern der Delegation und dem Kern des Bremer Informationsbüros handelte es sich nach den Worten Frankes um „Handwerker mit politischem Hosenboden“²²⁷. Alle waren Mitglieder des ersten Streikkomitees²²⁸, und hatten somit maßgeblich an den Streiks, die im August 1980 in der Lenin-Werft in Gdańsk zur Gründung der „Solidarność“ führten, mitgewirkt. Darüber hinaus waren sie im „Solidarność“-Gründungskomitee der Lenin-Werft und somit am Aufbau der „Solidarność“-Strukturen in dem Betrieb beteiligt. Die Delegation wurde von Wałęsa persönlich zusammengestellt²²⁹, sodass man davon ausgehen kann, dass die Gruppenmitglieder mit ihm persönlich verbunden waren und sein Vertrauen genossen.

Der Leiter der Delegation war der Kaschube Kazimierz Kunikowski, der 1951 in der Nähe von Gdańsk geboren wurde. Er arbeitete seit 1970 in der Lenin-Werft als Schweißer, war verheiratet und hatte Kinder.²³⁰ Es ist nicht klar, ob er bereits bei den Demonstrationen 1970 aktiv involviert war, vermutlich war er jedoch eher Mitläufer bei diesen Ereignissen. Warum er als Leiter der Delegation ernannt wurde, ist unklar.

Sein Stellvertreter war Henryk Jagielski, der 1932 in Bydgoszcz geboren wurde. Er scheint von allen Delegationsmitgliedern die meiste Erfahrung gehabt zu haben, denn er war bei den Streiks und Demonstrationen im Dezember 1970 und auch 1976 aktiv involviert und hatte bereits damals mit Lech Wałęsa zusammengearbeitet.²³¹ Außerdem war er seit 1978 in den illegalen *Wolne Związki Zawodowe Wybrzeża* (WZZ, Freie Gewerkschaften der Küste), sozusagen dem Vorläufer der „Solidarność“, aktiv. Auf der Werft war er seit 1950 Elektriker.²³² Außerdem war er Delegierter bei dem Kongress der „Solidarność“-

226 In Anlehnung an den gleichnamigen Dokumentarfilm von Hans-Dieter Grabe.

227 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 0:26-0:31.

228 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 09:30-09:46. In dem Streikkomitee waren ursprünglich 12 Mitglieder, doch fünf von diesen wollten die Reise nach Bremen aus unbekanntem Gründen nicht antreten.

229 Vgl. Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 40.

230 Vgl. Bobrowski: *Solidarność kaszubska*, 26.

231 Vgl. Grabe: *Arbeiter aus Danzig*, 05:24-11:03. Damals bezeichnete er sich als „guten Freund von Wałęsa“.

232 Siehe Eintrag zu Henryk Jagielski in der „Encyklopedia Solidarności“ (16.3.2019).

Region Gdańsk. Er war von den Mitgliedern das einzige, das sich nach der Auflösung des Büros entschloss, nach Polen zurückzukehren.

Der Schweißer Gerard Bobrowski, geboren 1943 in Gdańsk, war ein Schwager Kunikowskis und ebenfalls kaschubischer Herkunft.²³³ Er arbeitete seit 1962 in der Lenin-Werft, war verheiratet und hatte Kinder. Über seine vorherigen gewerkschaftlichen Aktivitäten ist nichts bekannt. In einer Einschätzung, die TW „Konrad“²³⁴ 1984 für den SB angefertigt hat, hieß es abfällig, er sei eine „osoba o bardzo małym intelekcie, wzoruje się na [Kazimierzu] Kunikowskim“²³⁵. Von ihm ist kein Dokument des Bremer Büros verfasst worden.

Bogdan Felski war 1956 in Gdańsk geboren, dort arbeitete er nach seinem Militärdienst seit 1979 als Rumpf-Monteur und später als Schweißer auf der Werft. Er war dort auch in der WZZ aktiv, verteilte u.a. illegale Schriften und startete zusammen mit Jerzy Borowczak, Bogdan Boruszewicz und Ludwik Prądyński den Streik am 14.8.1980.²³⁶ Für diese Tätigkeit erhielt er 2000 sogar die Ehrenbürgerschaft von der Stadt Gdańsk.²³⁷ Nach seinem Militärdienst hatte er geheiratet, wurde jedoch bald darauf wieder geschieden. In seinen jungen Jahren war er nach eigener Aussage eher an Frauen als an Politik interessiert, wobei dies eher aus Ablehnung der offiziellen Politik geschah.²³⁸ Nach TW „Konrads“ Aussage scheint sich dies im Laufe der Jahre nur geringfügig

233 Vgl. Bobrowski: *Solidarność kaszubska*, 26.

234 TW steht für *tajny współpracownik* (geheimer Mitarbeiter). Konrad ist nur ein Pseudonym, weder Pleskot noch der Autor konnten ermitteln, um wen es sich dabei handelt. Möglicherweise war es ein ehemaliger „Solidarność“-Aktivist, der vom SB unter Druck gesetzt wurde, Informationen zu sammeln. Da die Mission jedoch im Ausland stattfand, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um einen zuverlässigen Mitarbeiter gehandelt hat. Ziel der Reise von „Konrad“ war gewesen, die Aktivitäten der ehemaligen Mitglieder des Bremer Informationsbüros zu ermitteln, und einzuschätzen, ob Gefahr von ihnen ausgeht.

235 Dokument Nr. 72, 1985 lipiec 25, Gdańsk – Informacja operacyjna tajnego współpracownika ps. „Konrad” na temat emigracji solidarnościowej w Bremie, tajne specjalnego znaczenia. In: Pleskot (Hg.): *Solidarność, Zachód i węże*, 183-188, hier 183. „Person von sehr geringem Intellekt, er orientiert sich an [Kazimierz] Kunikowski.“

236 Siehe ein Interview, das Michael Szporer mit Felski 2002 geführt hat: Szporer: *Hoeing the moon*, 41.

237 Siehe Eintrag zu Bogdan Felski in der „Encyklopedia Solidarności“ (16.3.2019).

238 Szporer: *Hoeing the moon*, 44. “When I was a teen, a was all about girls and more girls, a real lover, not a politico. I’d rather go out than hear some stiff declaiming what’s on the idiot tube.”

geändert zu haben: er sagte (1984), dass Felski keinen Kontakt mehr in dem polnischen Untergrund hatte, und außer Arbeit nur Vergnügungen nachgeht.²³⁹ Als sein Vater 1984 starb, kam er nicht zu dessen Beerdigung, obwohl eine Rückkehr möglich gewesen wäre. Seine Mutter sagte, dass es wohl besser so sei, denn wenn ihr Sohn zurückkehre, würde es nur wie früher sein: „tylko koledzy i wódka“²⁴⁰ („nur Freunde und Vodka“).

Marek Mikołajczuk wurde 1955 geboren. Er arbeitete auf der Werft als Dreher und im Film „Arbeiter aus Danzig“ ist er beim Auguststreik mit einer KSS Armbinde zu sehen²⁴¹, was darauf hindeutet, dass er ein Mitarbeiter des KSS-KOR war, höchstwahrscheinlich war er wie Felski in der WZZ aktiv und unterstützte in dieser Funktion den Streik. Wie Jagielski war er Delegierter bei dem Regionalkongress der „Solidarność“ in Gdańsk. Er war nicht verheiratet und war in der Zeit des Bremer Büros recht eng mit Jagielski verbunden.

Das jüngste Mitglied der Delegation war Adam Dębowski, über den nicht mehr bekannt ist, als dass er 1960 geboren wurde und als Elektriker auf der Lenin-Werft arbeitete. Auch von ihm findet sich kein einziges Dokument im Bestand des AFSO, das von ihm angefertigt wurde, und auch im Dokumentarfilm „Arbeiter aus Danzig“ ist er sehr schweigsam. Bezüglich Freizeitaktivitäten wurde er von TW „Konrad“ genauso wie Felski beurteilt.²⁴²

In der Delegation waren noch zwei weitere Leute: der Schiffsmechaniker Tadeusz Raczek, mit 50 Jahren das älteste „Solidarność“-Mitglied der Delegation und Irena Fryder, 56 Jahre alt, die als Übersetzerin mit der Gruppe gereist war – sie war jedoch kein Mitglied der „Solidarność“. Diese beiden wollten nach der Ausrufung des Kriegsrechts sobald wie möglich nach Polen zurückkehren: daher haben sie sich von der Gruppe abgesetzt, weil sie Repressionen bei ihrer Rückkehr in Polen befürchteten, sollten sie sich den öffentlichen Äußerungen der Gruppe anschließen.²⁴³

Bei der Delegation handelte es sich also eine altersmäßig gemischte Gruppe, deren gewerkschaftliche Erfahrung vor allem auf die Organisation von Streiks und die Arbeit im Betrieb basierte. Außerdem waren sie alle Arbeiter mit relativ geringer formaler Bildung. Durch die Erfahrungen des Auguststreiks waren sie

239 Vgl. Dokument 72. In: Pleskot (Hg.): *Solidarność, Zachód i węże*, 185.

240 Dokument 72. In: Pleskot (Hg.): *Solidarność, Zachód i węże*, 187.

241 Grabe: *Arbeiter aus Danzig*, 00:00-05:23.

242 Vgl. Dokument 72. In: Pleskot (Hg.): *Solidarność, Zachód i węże*, 185.

243 Siehe *Weser Kurier*, 21.1.1982, 13.

zusammengeschweißt worden, und Bobrowski und Kunikowski waren miteinander verwandt. Die Reise nach Bremen war für alle von ihnen die erste Reise ins Ausland. Interessanterweise war ihnen nach eigener Aussage vor der Reise nicht bekannt, dass Gdańsk eine Partnerschaft mit Bremen hatte.²⁴⁴ Dies spiegelt den relativ elitären Charakter wider, den Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik mit Polen in dieser Zeit hatten.²⁴⁵

3. Der große Schock – die ersten Reaktionen auf den Kriegszustand

Die Delegation begann ihre Reise am 12.12.1981 um 17 Uhr, sodass sie nachts um 2.20 den Zug in Poznań nehmen konnten.²⁴⁶ Dort bemerkten sie lediglich, dass es eine verstärkte Präsenz der Miliz und der Armee gab²⁴⁷, doch konnten sie trotz mehrstündigem Aufenthalt am Bahnhof ungehindert weiterfahren, obwohl in anderen Teilen des Landes die Operationen, die für die Ausrufung des Kriegszustandes durchgeführt wurden, teilweise schon angelaufen waren.²⁴⁸ Dass etwas nicht stimmte, bemerkten sie erst bei ihrer Ankunft in Ost-Berlin, wo sie einige Leibesvisitationen, kurzzeitigen Einzug der Reisepässe und den bissigen Kommentar einer Schaffnerin „Mit solchen wie euch macht Jaruzelski jetzt Ordnung!“²⁴⁹ über sich ergehen lassen mussten.²⁵⁰ Erst so erfuhren sie von der Ausrufung des Kriegszustands. Mit einigen Stunden Verspätung kamen sie am Hauptbahnhof in Bremen an, wo sie neben Walter Franke von einer Menge Journalist*innen empfangen wurden. Die Ankunftsszene ist in dem Film „Arbeiter aus Danzig“ erhalten.²⁵¹ Auf die Fragen der Journalist*innen antwortete die sichtlich schockierte Frau Fryder, ohne dass ersichtlich ist, dass sie sich mit

244 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 05:14-05:30.

245 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 355 und 362. Wolfgang Klatt bestätigte dies, und nutzte unter anderem das Wort „Polit-Tourismus“, Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 04:46-05:13.

246 AFSO, 02-088, 10: Anruf von Frau Frieder vom 9.12.1981. Über die Reise siehe außerdem den Text, den Kunikowski dazu geschrieben hat in: Riechel: *Begegnungen*, 86-92.

247 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 11:58-12:08. Dort behauptet Kunikowski sogar, dass in Poznań nur russische Offiziere zugestiegen seien.

248 Vgl. Paczkowski: *Revolution*, 54-71.

249 Riechel: *Begegnungen*, 87.

250 Vgl. Riechel: *Begegnungen*, 86f.

251 Grabe: *Arbeiter aus Danzig*, 03:46-04:24.

der Gruppe abgesprochen hat, dass die Gruppe nichts über die Geschehnisse in Polen wisse, und man bis zur DDR nichts von der Ausrufung des Kriegszustandes in Polen erfahren habe. Es bliebe nichts anderes übrig als auf Nachrichten aus Polen zu warten. Die Gruppe war insofern besonders, als dass es sich um die einzige offizielle Delegation der „Solidarność“ in der Bundesrepublik handelte. Es gab auch noch eine andere „Solidarność“-Delegation in der Schweiz.²⁵² Die Journalist*innen erwarteten daher wahrscheinlich eine Erklärung der Gewerkschafter, welche diese jedoch nicht gaben. Rückblickend meinte Kunikowski: „Diese Verantwortung [eine Erklärung im Namen der „Solidarność“ abzugeben, S.M.] wollten wir nicht auf uns nehmen.“²⁵³ Mitten in dieser Situation begrüßte Walter Franke die Gäste und schien außerdem dafür gesorgt zu haben, dass die Delegation erst einmal in Ruhe gelassen wurde. Die Neugier der Journalist*innen lässt sich damit erklären, dass die Volksrepublik während der Ausrufung des Kriegszustands fast vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten wurde, sodass nur wenige Nachrichten nach außen drangen.²⁵⁴ Auch in den nächsten Tagen verbesserte sich die Informationslage kaum, was zu einer widersprüchlichen Darstellungsweise zu den Ereignissen in Polen führte, da teilweise auf Gerüchte zurückgegriffen wurde.²⁵⁵

Die Delegation in Bremen hielt sich in den ersten Tagen mit öffentlichen Erklärungen gegen die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen zurück. Sie betonten lediglich, dass sie so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückkehren wollten, und zwar „[e]gal, wie sich die Situation in Polen entwickelt“²⁵⁶. Dieser öffentlich bekundete Rückkehrwille der Delegationsmitglieder wurde in der anschließenden politischen Debatte oft zitiert. Ihre Visa waren noch bis Ende Dezember gültig.²⁵⁷ Zunächst hielten sie sich in einer Jugendherberge in Bremen

252 Hochuli: *Solidarność z „Solidarnością“*, 382f.

253 Zitiert nach Riechel: *Begegnungen*, 88. Kunikowski ging fälschlicherweise davon aus, dass seine Delegation die einzige im Ausland war. In Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 17:36-17:52 sagte er außerdem, dass man nichts sagen wollte, was vielleicht den Kollegen oder der Familie schaden konnte.

254 Vgl. Maliszewski: *Opinie prasy*, 285; Paczkowski: *Revolution*, 54f.; Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 63.

255 Vgl. Frybes: *Społeczne reakcje Zachodu*, 534.

256 *Weser Kurier*, 15.12.1981, 15.

257 Auf Anraten Koschnicks beantragten sie nach dem Ende ihrer Visa kein Asyl, weil dies von den polnischen Behörden als Vorwand genutzt wurde, die Wiedereinreise nach Polen zu verwehren. So hatten sie den Status von Geduldeten in der BRD, wie viele andere polnische Migrant*innen, vgl. Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 44.

auf, und wurden von der Arbeiterkammer betreut. Während das ursprünglich angesetzte Programm erst einmal verschoben wurde, wurden sie intensiv von Journalist*innen befragt²⁵⁸, da es so schien, als seien sie die einzigen Mitglieder der „Solidarność“ in der BRD.²⁵⁹ Zwischenzeitig vermieden sie Kontakt zu den Medien, z.B. bei einem Werftbesuch am 17.12.²⁶⁰ Allerdings scheinen sie auch schon früh mit der IG Metall in Verbindung getreten zu sein, denn laut FAZ übermittelten sie dem Hauptvorstand der Metaller-Gewerkschaft am 17.12. einen Aufruf, in dem sie die deutschen Gewerkschaften baten, Druck auf die polnische Regierung auszuüben und öffentlich zu demonstrieren.²⁶¹ Dieser Aufruf oder ein Entwurf dazu ist jedoch nicht in den Materialien des Büros enthalten. Ebenso fehlt der erste Appell der Delegation, den sie vermeintlich bereits am 15.12. an die Öffentlichkeit richteten.

Bereits in dieser Zeit suchten einige Gruppen den Kontakt zu der „Solidarność“-Delegation. Das Komitee „Solidarität mit „Solidarność““ in Frankfurt sendete bereits am 16.12. ein Schreiben²⁶² an die Gruppe, in dem der Vorsitzende des Komitees, Peter Bertelheimer, die Initiative und deren Ziele vorstellte, sowie über die Demonstrationen, die in 15 europäischen Städten stattgefunden hatten, informierte. Er bat die Gruppe um eine schnellstmögliche Kontaktaufnahme und lud sie zu einer Pressekonferenz mit anschließender Demonstration in Bonn am 19.12. ein.²⁶³ Am folgenden Tag ging erneut ein Schreiben²⁶⁴ des Komitees ein, in dem die Pressekonferenz noch etwas näher erläutert wurde: Andere Gäste seien unter anderem Jakob Moneta, einer der führenden Leute der linken Ausrichtung von „Solidarität mit „Solidarność““ (siehe [Kapitel III.3.2.](#)) und Zbigniew Kowalewski von der „Solidarność“ Łódź, der später für das Büro in Paris arbeitete.²⁶⁵ Außerdem wurde die Einladung der

258 Siehe z.B. das Interview von Hans-Joachim Löwer mit der Delegation. In: Stern 52/1981.

259 Weser Kurier, 15.12.1981, 15.

260 Siehe Die Delegation polnischer Gewerkschafter bleibt noch. In: Weser Kurier, 18.12.1981, 16.

261 Siehe Arbeiter der Lenin-Werft bitten deutsche Gewerkschaften um Hilfe. In: FAZ, 18.12.1981, 3.

262 AFSO, 02-088, 130 (Komitee Solidarität mit Solidarnosc Frankfurt/M.): Schreiben von Peter Bertelheimer an die Delegation, 16.12.1981.

263 Siehe AFSO, 02-088, 130: Schreiben von Peter Bertelheimer an die Delegation, 16.12.1981.

264 AFSO, 02-088, 130: Einladung zu einer Pressekonferenz, 17.12.1981.

265 Vgl. zu Kowalewski in Paris: Goddeeris: Biuro Koordynacyjne, część 1, 322f.

„Solidarność“-Delegation, die sich in der Schweiz aufhielt²⁶⁶, übermittelt: Diese wollten am 17. und 18.12. möglichst viele „Solidarność“-Aktivist*innen, die sich im westlichen Ausland aufhielten, versammeln, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Die Bremer Delegation konnte nicht zu diesem Treffen, bei dem insgesamt 29 Personen²⁶⁷ (davon 13 aus der Schweizer Delegation) teilnahmen, fahren. Einer der Organisatoren der Konferenz sagte, dass dort das „pierwsza sieć kontaktowa“²⁶⁸ (erstes Kontaktnetzwerk) entstanden sei. In einem etwas kritischeren Bericht²⁶⁹ des DGB Bundesvorstands aus dem Februar 1982 wird geurteilt, dass dieses erste hastig einberufene Koordinierungstreffen keine konkreten Ergebnisse außer der Verurteilung des Kriegszustands und die Forderung nach Sanktionen gegen die Volksrepublik und die Sowjetunion brachte.²⁷⁰ Angemerkt wurde außerdem, dass das Treffen von eher zufälligen Leuten besucht wurde, die oft nichts mit der „Solidarność“ zu tun hatten.²⁷¹ Aus einem Bericht über die Pressekonferenz dieses Treffens geht hervor, dass die Anwesenden auch die Fortsetzung der humanitären Hilfe forderten.²⁷² Aus der BRD nahm lediglich der Priester Franciszek Blachnicki teil²⁷³, der schon länger in der BRD lebte, und zu einer der führenden Figuren der Unterstützung der „Solidarność“ in Deutschland wurde.²⁷⁴ Die Delegation aus Gdańsk beklagte scheinbar auf einer Veranstaltung der GEW Osterholz-Scharmbeck im Januar 1982, dass sie nicht an dem Treffen in Zürich teilnehmen konnte, da ihnen das Fahrgehalt fehlte.²⁷⁵ Daraus lässt sich auch schließen, dass sie nicht an der Pressekon-

- 266 Diese Delegation hielt sich bereits seit dem 29.11.1981 in Zürich auf, und hatte ursprünglich beabsichtigt, am 13.12. wieder nach Polen zurückzukehren. Vgl. dazu Frybes: *Spoleczne reakcje Zachodu*, 540; Hochuli: *Solidarność z „Solidarnością“*, 382f.
- 267 Hochuli: *Solidarność z „Solidarnością“*, 398. Zürich wurde deshalb als Versammlungsort ausgewählt, da die meisten Teilnehmer*innen bereits dort waren.
- 268 Hochuli: *Solidarność z „Solidarnością“*, 399.
- 269 Bericht über die „Solidarność“-Vertreter in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern, datiert: 14.2.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 218-224.
- 270 Siehe Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.12.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 222.
- 271 Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.12.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 222.
- 272 Solidarität bittet um weitere Lieferung von Lebensmitteln. In: FAZ, 18.12.1981, 4.
- 273 Siehe Frybes: *Spoleczne reakcje Zachodu*, 540.
- 274 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 358f.
- 275 Siehe Leserbrief „Polenhilfe auch vor Ort“. In: Osterholzer Kreisblatt, 14.1.1982, Seite IV.

ferenz in Bonn teilgenommen haben. So war der Gruppe eine internationale Vernetzung zunächst nicht möglich, und die ersten Kontakte in der BRD kamen eher auf Initiative anderer Akteure denn auf ihre eigene zustande.

Am 18.12. wandte sich die Gruppe erstmals nachweislich an die Öffentlichkeit, mit einem Appell. Dies geschah im Rahmen einer Veranstaltung, die von den Jungsozialisten (Jusos) Bremen organisiert wurde.²⁷⁶ Dort forderte die Gruppe das Ende des Kriegszustands, die Freilassung aller Verhafteten und die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der „Solidarność“ und der Regierung unter Vermittlung der Kirche. Wenn es zu einer bewaffneten Intervention komme, sei außerdem der Friede in der Welt gefährdet.²⁷⁷ An der Veranstaltung nahmen u.a. der Juso-Bundesvorsitzende Piecyk, der Bremer Sozialsenator Henning Scherf und Walter Franke teil. Es kam außerdem zu einem kleinen Eklat mit Vertretern marxistischer Gruppierungen, als ein Mitglied der Gruppe jene einlud, drei Monate in Polen zu verbringen, „damit sie den „Unterschied zwischen Theorie und Praxis“ kennenlernen[...]en“²⁷⁸ würden. Diesen Ton behielten die Mitglieder der Gruppe gegenüber marxistischen Gruppen auch in der weiteren Zeit bei.²⁷⁹

Eine lokale GEW Sektion nahm relativ früh Kontakt zu der Gruppe auf: Bereits am 19.12. schickten sie der Gruppe in Schreiben²⁸⁰, in dem sie über eine Veranstaltung zum Kriegsrecht, die am 16.12. stattgefunden hatte, und über ihre bisher gesammelten Spenden, informierten. Außerdem scheinen sie bei der genannten Veranstaltung Spenden für die Gruppe in Höhe von 600 DM gesammelt zu haben, wie aus einem Spendenbeleg hervorgeht.²⁸¹

Darüber hinaus wurden sie von H. Jentzsch von der Initiative „Solidarität mit „Solidarność““ eingeladen, an einem nationalen Treffen dieser Komitees

276 Jusos: Das hat mit Sozialismus nichts zu tun. In: Weser Kurier, 21.12.1981, 18.

277 Vgl. Jusos: Das hat mit Sozialismus nichts zu tun. In: Weser Kurier, 21.12.1981, 18. Der Text des Appells ist in AFSO, 02-088, 20 (Delegation in Bremen, Appelle, Dezember 1981) enthalten.

278 Jusos: Das hat mit Sozialismus nichts zu tun. In: Weser Kurier, 21.12.1981, 18.

279 „Verhältnis zur UdSSR überprüfen“. In: Weser Kurier, 30./31.1.1982, 15.

280 AFSO, 02-088, 200 (GEW Osterholz-Scharmbeck): Schreiben des Vorsitzenden Ulrich Schröder an die Delegation der Solidarnosc, 19.12.1981.

281 AFSO, 02-088, 200: undatiertes Spendenbeleg. Dieser ist unterzeichnet von Felski, Mi-kołajczuk und Raczek, was darauf schließen lässt, dass der Beleg noch vor Weihnachten entstanden ist, da Raczek sich nach Weihnachten von den Tätigkeiten der Gruppe distanziert hat.

teilzunehmen.²⁸² Wahrscheinlich konnten sie wegen der mangelnden finanziellen Mittel, auch diese Einladung nicht wahrnehmen. Darüber hinaus erreichten die Gruppe viele Solidaritätsbekundungen aus vielen Teilen der Region, z.B. vom Landesjugendring in Bremen²⁸³, von Gewerkschaftern aus einem Bremer Unternehmen²⁸⁴, sowie von diversen Einzelpersonen, die meist der GEW angehörten.²⁸⁵

Bei einer Demonstration am 20.12. gab es etwa 1.000 Teilnehmer*innen in Bremen, wo die Kundgebung vom sogenannten Polen-Komitee organisiert wurde – gemeint ist damit wahrscheinlich das Komitee der „Solidarität mit „Solidarność““. ²⁸⁶ Die Mitglieder der Delegation haben bei der Demonstration in Bremen mitgewirkt, denn dort haben sie ihren Appell²⁸⁷, der auf den 20.12.1981 datiert ist, verlesen. In diesem fordern sie von der UNO und allen Regierenden die Einrichtung von drei Kommissionen – eine, welche die Lage in Polen untersucht, eine, die den Dialog zwischen „Solidarność“ und der Regierung wieder ermöglicht und eine karitative Kommission, die sich um die Verteilung der humanitären Hilfe kümmert.²⁸⁸ Sie verurteilen außerdem explizit die Sowjetunion, die sie als „rote Diktatur“²⁸⁹ bezeichnen. So wird bereits in den ersten Tagen des Aufenthalts der Gruppe in der BRD deutlich, dass sie von der dort herrschenden Meinungsfreiheit Gebrauch machen und sich explizit negativ über das realsozialistische System und die Sowjetunion äußern.

In der Anfangszeit ihres Aufenthalts in Bremen wurde der Delegation von vielen Bremer Gewerkschafter*innen und Bürger*innen Hilfe geleistet: Der Weser Kurier sprach sogar von einer „Spendenflut für Polen“²⁹⁰, als Gewerkschafter der Vulcan-Werft, Mitglieder der Gewerkschaft Textil und Bekleidung

282 AFSO, 02-088, 80: Einladung von Jentzsch an die Delegation in Bremen, 20.12.1981.

283 AFSO, 02-088, 110 (Regionale Veranstaltungen): Schreiben des Landesjugendrings Bremen an die Delegation der Solidarnosc, 17.12.1981.

284 AFSO, 02-088, 71 (Korrespondenz mit Bremer Institutionen): Schreiben des Vertrauenskörpers der Finnigan MAT GmbH an die Delegation, 22.12.1981.

285 AFSO, 02-088, 95 (Einzelne Anfragen): 5 Dokumente.

286 Vgl. Tausende protestieren gegen Kriegsrecht. In: Weser Kurier, 21.12.1981, 1. Dort findet sich für West-Berlin die Zahl von 3.000 Teilnehmer*innen.

287 AFSO, 02-088, 20: Appell, Bremen, 20.12.1981 (enthält die polnische Originalversion und eine Übersetzung ins Deutsche)

288 Vgl. AFSO, 02-088, 20: Appell, Bremen, 20.12.1981. Die Kommissionen sollten außerdem das Ende des Kriegszustands und die Freilassung aller Internierten bewirken.

289 AFSO, 02-088, 20: Appell, Bremen, 20.12.1981.

290 Spendenflut für Polen. In: Weser Kurier, 22.12.1981, Seitenzahl unbekannt.

und die Gewerkschaft Rundfunk- und Filmunion (RFFU) ihnen Spenden oder andere Hilfe zukommen ließ.²⁹¹ Auch wurde es ermöglicht, dass die Polen Weihnachten bei Bremer Familien verbringen und eine polnische Messe besuchen konnten. Die Arbeiterkammer kümmerte sich in dieser Zeit noch um die Unterbringung und Verpflegung der Delegation und richtete ein Spendenkonto ein. Am 24.12. zogen sie in ein Wohnheim der Arbeiterwohlfahrt.²⁹² Im Weser Kurier wird auch über eine Versammlung der Bremer Deutschen Journalisten Union (DJU) berichtet, die den DGB und die Einzelgewerkschaften zu Protesten gegen den Kriegszustand und die Zerschlagung der „Solidarność“ aufrief. Dies sei gerade in Bremen wegen der guten Kontakte zu Polen notwendig.²⁹³

4. Stiller Protest und humanitäre Hilfe in der BRD

Über die Reaktion der deutschen Regierung auf die Ausrufung des Kriegszustands wurde sowohl national als auch international kontrovers debattiert. Die innerdeutsche Debatte wurde teilweise dokumentiert und fortgeführt in dem Buch „Verantwortlich für Polen?“, das Heinrich Böll zusammen mit Freimut Duve und Klaus Staeck im April 1982 herausgegeben hat.²⁹⁴ Es ist notwendig, diese Debatte nachzuzeichnen, um anschließend die Position der „Solidarność“-Aktivist*innen einordnen zu können. Die ursprüngliche politische Konstellation hat sich in der folgenden Zeit nicht grundlegend verändert.

Bundeskanzler Schmidt, der sich zum Zeitpunkt der Ausrufung des Kriegszustands zu Besuch bei Erich Honecker in Ost-Berlin befand, ist mit seiner Reaktion „Herr Honecker ist genauso bestürzt gewesen wie ich, dass dies nun notwendig war“²⁹⁵ auf scharfe Kritik aus Reihen der Opposition gestoßen.²⁹⁶ Diese Aussage war verbunden mit der Hoffnung, dass die Polen ihre Probleme alleine lösen würden – aufgrund der schlechten Informationslage war zu diesem

291 Vgl. Spendenflut für Polen. In: Weser Kurier, 22.12.1981.

292 Siehe Solidarität mit der „Solidarność“. In: Weser Kurier, 25.-27.12.1981, 13.

293 Vgl. Solidarität mit der „Solidarność“. In: Weser Kurier, 25.-27.12.1981, 13.

294 Böll / Duve / Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?

295 Zitiert nach Pick: Brücken nach Osten, 111.

296 Siehe Dombrowsky: Solidarität mit Solidarność?, 68; vgl. auch Pick: Ponad żelazną kurtyną, 393; Świder: Z perspektywy Bonn, 84 und 87. Besonders heftig war die Reaktion der CSU, siehe "Schmidt ist in die Falle gegangen". In: FAZ, 15.12.1981, 2.

Zeitpunkt unklar, ob Truppen der Sowjetunion eingegriffen hatten oder dies noch tun würden. Dies war einer der Gründe für die zurückhaltenden Reaktionen²⁹⁷, z.B. auch des französischen Außenministers Cheysson.²⁹⁸ Daher waren die Erklärungen der westlichen Regierungen in den ersten Tagen von der Betonung der Nichteinmischung in Richtung der Sowjetunion geprägt.²⁹⁹ Der DGB Bundesvorstand veröffentlichte bereits am 14.12. eine Erklärung, in der er die Vorgänge in Polen verurteilte und seine ungebrochene Sympathie für die polnische Gewerkschaft bekundete.³⁰⁰ Auch die FDP veröffentlichte am selben Tag eine ähnliche Erklärung, in der sie auch die Freilassung der Internierten forderte.³⁰¹ Die SPD verhielt sich in dieser Zeit noch sehr zurückhaltend, während die Union neben der relativ unkonkreten Forderung aktiver Solidarität die Legitimitätskrise des sozialistischen Systems feststellte.³⁰² Vor allem aber pochte die Union darauf, dass man innerhalb der NATO einen einheitlichen Standpunkt finden müsse³⁰³ – was jedoch angesichts der angekündigten (nicht abgesprochenen) Maßnahmen des amerikanischen Präsidenten wohl kaum mehr möglich sein würde.³⁰⁴ In der Bundestagsdebatte³⁰⁵, die am 18.12. zur Situation in Polen stattfand, wurden die Standpunkte erneut deutlich gemacht: Dabei verteidigte Schmidt seine Haltung, sagte aber auch, dass er an der Seite der polnischen Arbeiter stehe. Die Opposition blieb bei ihrer Kritik, stimmte der anschließend gefassten Resolution jedoch ebenfalls zu. Diese erinnerte an die KSZE Schlussakte (in Bezug auf Nichteinmischung und die Menschenrechte)

297 Vgl. Frybes: *Spoleczne reakcje Zachodu*, 541; Świder: *Z perspektywy Bonn*, 82 und 115.

298 Siehe Bégin: *Kontakte zwischen Gewerkschaften*, 317. Cheysson hatte vor der Presse gesagt, dass man „absolument rien“ unternehmen würde, was heftige Kritik in der französischen Gesellschaft hervorrief.

299 Die Nato reagiert mit Zurückhaltung. In: FAZ, 15.12.1981, 2; vgl. auch Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 65.

300 Vgl. FAZ, 15.12.1981, 3. Die Erklärung war abgestimmt mit dem IBFG und basierte auf folgender Lageeinschätzung: Internationale Abteilung über die Situation in Polen, 14.12.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 197ff.

301 Vgl. Miszczak: *Deklarationen und Realitäten*, 220.

302 „Legitimitätskrise des Systems in Polen“. In: FAZ, 16.12.1981, 2.

303 Bonn denkt nach über Reaktionen auf die Veränderungen in Polen. In FAZ, 18.12.1981, 1f.

304 Dombrowsky: *Solidarität mit Solidarność?*, 71; vgl. auch: Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 69f.

305 Bundestag, Plenarprotokoll 9/74, Sitzung vom 18.12.1981 (18.3.2019).

und beinhaltete folgende Forderungen: Freilassung der Internierten und Verhafteten und die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der „Solidarność“ und der Regierung. Außerdem wurden die Bürger*innen der BRD aufgerufen, humanitäre Hilfe zu leisten. Wirtschaftliche Kredite für die polnische Regierung würden erst dann vergeben werden, wenn sich die Situation wieder verbessere.³⁰⁶ Von der CDU angesprochen wurden auch Demonstrationen als Zeichen der Solidarität – diese fanden in Deutschland jedoch in einem geringeren Maße statt als in anderen Ländern: Demonstrationen am Wochenende des 19./20.12. zählten³⁰⁷ neben den ca. 1.000 in Bremen, ca. 1.500 Teilnehmer*innen in West-Berlin (diese war vom DGB organisiert), 500 Teilnehmer*innen in München und mehrere hundert in Frankfurt am Main. In Frankreich, wo die Demonstrationen von polnischen Emigrant*innen und den französischen Gewerkschaften organisiert wurden, war es in dieser Zeit zu den größten Protesten seit dem Zweiten Weltkrieg gekommen.³⁰⁸ Doch auch in anderen Städten der westlichen Staaten waren die Proteste erheblich größer als in der Bundesrepublik. In besonderer Kritik stand an dieser Stelle die Friedensbewegung, von der nur wenige Mitglieder gegen die Unterdrückung der „Solidarność“ in Polen auf die Straße gingen.³⁰⁹ Die Zurückhaltung der Deutschen wurde von Heinrich Böll bei einer Pressekonferenz, die er am 22.12. in Bonn abhielt, thematisiert: Böll erklärte sie mit einem immer noch präsenten Schuldkomplex gegenüber Europa, ganz besonders gegenüber dem Osten.³¹⁰ Auf der Konferenz forderte er die Einrichtung einer Untersuchungskommission durch die ILO und kritisierte die „merkwürdige Angst vor Einmischung“³¹¹ von Seiten des DGB, der im Vergleich zu anderen westlichen Gewerkschaften eher zurückhaltend reagiert hatte.³¹² Der DGB wies die Kritik zurück, und betonte seine bisher geleistete Hilfe für die „Solidarność“.³¹³ Der politischen Linken, die sich mit Kritik an kommunistischen Regimen zurückhielt, hielt Böll vor, dass sie immer noch nicht die Realitäten

306 Beschluss in Plenarprotokoll siehe Plenarprotokoll 9/74, Sitzung vom 18.12.1981, 4308C-4309A. Die Resolution ist auch enthalten in: Cöllen et al. (Hg.): Polenhilfe, 209.

307 Angaben sind aus: Demonstrationen für die „Solidarität“. In: FAZ, 21.12.1981, 3.

308 Vgl. Frybes: Społeczne reakcje Zachodu, 531; Heruday-Kielczewska: Inicjatywy solidarnościowe Francja, 178; Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“, 174.

309 Vgl. Brier: Poland's Solidarity as a contested symbol, 92ff.

310 Böll: Ein neues Vokabularium, 16.

311 Böll: Ein neues Vokabularium, 14.

312 Vgl. Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 312.

313 DGB weist Anklage Bölls zurück. In: FAZ, 28.12.1981.

des Sozialismus in Europa erkannt hätte – Stichwort Archipel Gulag.³¹⁴ Böll war einer der bekanntesten deutschen Intellektuellen, die sich derart für die „Solidarność“ einsetzten.³¹⁵ Er sprach sich allerdings auch für die Beibehaltung der Entspannungspolitik aus, zu der es „keine Alternative“³¹⁶ gäbe. Die Zurückhaltung in der BRD hatte aber womöglich auch noch einen anderen Grund: Teile der SPD und einige Publizisten waren der Meinung, dass „Solidarność“ zu weit gegangen sei³¹⁷, und sahen das Kriegerrecht als geringeres Übel an.³¹⁸ Diese Meinung wurde auch nach der Pazifizierung der Wujek-Mine, bei der mindestens sieben Menschen ums Leben kamen, nur leicht modifiziert.³¹⁹ Es gab auch einige, die Proteste und Demonstrationen schlicht für sinnlos hielten, da sie nichts bezwecken würden.³²⁰

Die „Solidarność“-Aktivist*innen, die sich im Ausland befanden, reagierten entsetzt auf die Suspendierung ihrer Gewerkschaft und die Verhaftung ihrer Kolleg*innen, sowie die Gewalt, mit der dieser Vorgang vonstattenging. In ihren Augen ging die polnische Regierung unter der Führung des Generals Jaruzelski gegen das eigene Volk vor. Die Sowjetunion sahen sie mitverantwortlich für diese Entscheidung. Dass sie ihrer eigenen Gewerkschaft eine Mitschuld an der Eskalation geben würden, stand in diesen ersten Tagen außer Frage. Während die „Solidarność“ in Polen vergeblich versuchte, einen Generalstreik zu organisieren, versuchten die „Solidarność“-Aktivist*innen im Ausland, denen es schließlich nicht möglich war, zu streiken, ihrer Haltung mit Demonstrationen und Kundgebungen Ausdruck zu verleihen.³²¹ Außerdem forderte die Mehrheit der Aktivist*innen Sanktionen gegen die Volksrepublik bzw. gegen

314 Vgl. Böll: Ein neues Vokabularium, 16. Vgl. auch Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 314.

315 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 181. So hatte Böll bereits 1977 eine Pressekonferenz zusammen mit Adam Michnik (damals KOR) und Leszek Kołakowski (nach 1968 emigrierter polnischer Philosoph) abgehalten, als das Thema Bürgerrechte in Polen noch nicht so viel Aufmerksamkeit hatte, siehe Böll: Ein neues Vokabularium, 9.

316 Böll / Duve / Staack: Vorwort, 8.

317 Vgl. Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 336.

318 Vgl. Faulenbach: Europa, 25f.; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 392f.; Świder: Z perspektywy Bonn, 87. Theo Sommer: Rückkehr in den Kalten Krieg? In: ZEIT, 18.12.1981, 1.

319 Vgl. Maliszewski: Opinie prasy, 293.

320 Z.B. Marion Gräfin Dönhoff: An Polen scheiden sich die Geister. In: ZEIT, 22.12.1981, 1; Bussiek: Wut und Protest, 52-65; Bender: Nachdenken, 27-42.

321 Vgl. dazu die Erinnerung von Barbara Nowakowska-Drozdek, die damals in West-Berlin aktiv war, in: Pleskot (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność“, 707.

den gesamten Ostblock, was de facto das Ende der *Détente* bedeuten würde. Dieser Standpunkt wurde auch von der Autor*innen in der Kultura geteilt.³²²

Somit stimmte ihr Standpunkt größtenteils mit dem des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan überein, der bereits am 15.12. die Nahrungsmittel-lieferungen beendete³²³ und an Weihnachten Sanktionen gegen die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion verhängte.³²⁴ Diese harte Haltung stieß in der Bundesrepublik jedoch bei den meisten Akteuren auf Ablehnung, insbesondere weil man die Entspannungspolitik nicht gefährden wollte. Die transatlantische Divergenzen lassen sich damit erklären, dass die Europäer von der *Détente* bisher erheblich mehr profitiert hatten als die Vereinigten Staaten.³²⁵ Reagan stieß auch auf Ablehnung der Europäer, weil er seine Verbündeten nicht über seine Maßnahmen informierte.³²⁶ So führte die Debatte über eine angemessene Reaktion auf den Kriegszustand zu schweren transatlantischen Verwerfungen. Den „Solidarność“-Aktivist*innen, die sich in ihrer Vergangenheit nur wenig um außenpolitische Angelegenheiten gekümmert hatten³²⁷, waren diese politischen Konstellationen fremd, sie forderten lediglich das, was sie in ihrem eigenen Interesse sahen. In der Bundesrepublik machten sie sich mit ihren Positionen allerdings nicht besonders beliebt.

Möglicherweise um den Mangel an öffentlichen Protesten zu kompensieren³²⁸, waren viele Deutsche bereit, Spenden für Polen zu sammeln, oder Lebensmittelpakete dorthin zu senden. Diese humanitäre Hilfe war ein derart großes Phänomen in der damaligen Zeit, dass der Spiegel es sogar als „Volksbewegung“³²⁹ bezeichnete. In diese Richtung waren von verschiedenen Organisationen Initiativen auf den Weg gebracht worden, insbesondere nach dem

322 Vgl. Wiaderny: „Schule des politischen Denkens“, 321-324.

323 Siehe Dombrowsky: Solidarität mit Solidarność?, 71.

324 Vgl. Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 225.

325 Vgl. Sjursen: The US, Western Europe and the Polish Crisis, 32, 134-144.

326 Vgl. Sjursen: The US, Western Europe and the Polish Crisis, 69; Świder: Z perspektywy Bonn, 96.

327 Schließlich gab es nur wenige in der Gewerkschaft, die sich mit Außenpolitik beschäftigten, nicht zuletzt deshalb, weil dies von der Regierung als Vorwand genutzt werden konnte, gegen die „Solidarność“ vorzugehen. Vgl. dazu Garton-Ash: The Polish Revolution, 333f.

328 Vgl. Boll / Świder: The FRG, 179; Riechers: Hilfe für Solidarność, 69; Riechers: Spontane Reaktionen, 344.

329 Polenhilfe: „Eine echte Volksbewegung“. In: Spiegel 23/1982. In dem Artikel sprach zumindest die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte davon.

Appell, den Lech Wałęsa im November 1981 an die Öffentlichkeit brachte³³⁰: in diesem bat er die Regierungen Westeuropas indirekt³³¹ um humanitäre Hilfe für Polen, da die Versorgungslage im Land sehr schlecht war.³³² Daraufhin gründete der DGB den Verein „Solidarität für Polen“, welcher am 14.12. seine Arbeit aufnehmen konnte.³³³ Der DGB Bundesvorsitzende Vetter hatte sogar am 10.12. noch einen Brief an Wałęsa geschickt, in dem er ihn über seine Schritte informierte und fragte, ob die „Solidarność“ die Verteilung der Hilfsgüter übernehmen könne.³³⁴ Das erste Ziel des DGB, 500.000 DM für den Verein zu sammeln, wurde sehr schnell erreicht, allerdings war zunächst unklar wie die Güter in Polen verteilt werden könnten. Letztendlich griff der DGB für die Verteilung der Güter auf die katholische Kirche, und dort insbesondere die Caritas zurück, was zwar eine landesweite Verteilung der Güter ermöglichte, jedoch auch Kritik innerhalb des DGB hervorrief, da die Caritas Gewerkschaftsmitglieder nicht aufnahm, und unklar war, ob den Empfängern bewusst gemacht wurde, von wem die Güter stammten.³³⁵ Der Vorschlag zu dieser Lösung kam interessanterweise „[a]uf Anraten in der Bundesrepublik weilender Solidarność-Vertreter“³³⁶ zustande. Die Hilfe des DGB war eine der größten humanitären Hilfsaktionen aller westlichen Gewerkschaften – bis Juli 1983 wurden 2,3 Millionen und bis 1993 3,4 Millionen DM gesammelt.³³⁷ Fast die Hälfte der gespendeten Gesamtsumme für den Verein (1,6 Millionen) wurden dabei bis Ende März 1982

330 Text des Appells ist enthalten in: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 184f.

331 Er bat lediglich die Arbeiter Westeuropas, also die Gewerkschaften, darum, dass sie Druck auf ihre Regierungen für die Hilfe machen sollten. Dies lag natürlich daran, dass die „Solidarność“ als Gewerkschaft nur andere Gewerkschaften, nicht aber Regierungen ansprechen sollte. Allerdings wurde der Appell in den Medien teilweise so verzerrt, dass es so aussah, als ob Walesa die Gewerkschaften selbst um Hilfe gebeten habe, siehe dazu: Kristoffersen an Vetter bzgl. des Appells, 26.11.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 186f., hier 186.

332 Aus einem Rundschreiben des IBFG, geht hervor, dass dieser Appell mit dem IBFG und dem EGG abgesprochen war, man erhoffte sich somit eine Mäßigung der Situation. Siehe Rundschreiben der IBFG bzgl. des Appells an die Arbeiter Westeuropas, 23.11.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 183f.

333 Vgl. Boll / Świder: *The FRG*, 176. Zu dem Verein siehe auch den Bericht: Borsdorf: *Solidarität für Polen*.

334 Schriftliches Projekt von Vetter an Walesa, 10.12.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 195f.

335 Vgl. Boll / Świder: *The FRG*, 177f.

336 Borsdorf: *Solidarität für Polen*, 79.

337 Zahlen aus: Riechers: *Spontane Reaktionen*, 344.

erreicht.³³⁸ Am 8. Februar hob die Bundesregierung das Porto für Pakete, die nach Polen gesendet würden auf³³⁹, was bis Ende Juni galt und auf derart große Nachfrage stieß, dass das zuständige Postamt in Hannover mehr Personal und Räume organisieren musste, um den Paketstrom bewältigen zu können.³⁴⁰ Die Gesamtkosten der Aktion für die Bundesregierung betrug etwa 174 Millionen DM, die aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe bezahlt wurden.³⁴¹ Andrzej Chilecki schrieb in der *Kultura*, dass die Pakete aus der Bundesrepublik etwa 60% aller Pakete, die aus dem Ausland nach Polen kamen, ausmachten.³⁴²

In einem Appell, den die „Solidarność“-Delegation aus Gdańsk am 27.12. an die Öffentlichkeit richtete, bat sie sowohl um Spenden von Lebensmitteln und Medikamenten, als auch um Demonstrationen als moralische Unterstützung, denn „[j]ede Versammlung, jede Demonstration [werde] ein Meilenschritt sein, für die Erringung der Freiheit, welche das polnische Volk dem 13. Dezember 1981 hatte.“³⁴³ Wenn man berücksichtigt, dass die Bürger*innen in Polen, insbesondere die Internierten und Verhafteten, zu dieser Zeit noch vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten waren, was der Gruppe durchaus bewusst war, kann man fragen, wen diese Demonstrationen wirklich moralisch stärken sollten.

Es kann also konstatiert werden, dass die „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD politisch gesehen ziemlich isoliert waren. Ihren Protesten schlossen sich nur wenige an, da der Großteil der Deutschen diese für sinnlos hielt. Ihre Forderung nach Sanktionen stieß auf offene Ablehnung. Lediglich die humanitäre Hilfe war eines der Anliegen, für das sie eine starke Unterstützung fanden – allerdings war diese ja bereits ohne die „Solidarność“-Mitglieder in der BRD zustande gekommen.

338 Borsdorf: Solidarität für Polen, 79; vgl. auch Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 302.

339 Vgl. Frybes: Społeczne reakcje Zachodu, 545. Schweden und Italien unternahmen einen ähnlichen Schritt.

340 Dies schildert Riechers: Hilfe für Solidarność, 17-24 recht eindrucksvoll.

341 Siehe Riechers: Hilfe für Solidarność, 23.

342 *Kultura* 414 (3, 1982), 124.

343 AFSO, 02-088, 20: Appell der Bremer Gruppe vom 27.12.1981.

5. Transnationale Vernetzung und Erweiterung

Die Mitglieder der Delegation verbrachten die Weihnachtstage u.a. bei Wolfgang Klatt, einem SPD-Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft, der während der Ausrufung des Kriegszustands zusammen mit Wolfgang Erfurt (CDU) eine Hilfslieferung der Stadt Bremen nach Gdańsk gebracht hatte.³⁴⁴ Die Mitglieder der Delegation hatten in dieser Zeit immer noch nichts von ihren Familien gehört, was eine starke Belastung darstellte.³⁴⁵ Kurz vor Ende des Jahres scheinen sie außerdem erstmals über eigene Informationen aus Polen verfügt zu haben, wie aus einem Zeitungsbericht hervorgeht.³⁴⁶ Es ist unklar, wie sie an diese Information (dass auch zahlreiche Kollegen der Lenin-Werft interniert und verhaftet seien) gelangt waren. Nach einem Gespräch mit dem lokalen DPG Vorstand veröffentlichten sie erneut ihren Appell vom 27.12. und rieten deutschen Gewerkschaftern dazu, nach Polen zu fahren, um sich ein Bild von der Lage zu machen.³⁴⁷ Nach dem Jahreswechsel nahm eine Gruppe aus Hamburg Kontakt mit der Delegation auf. Dabei handelte es sich um das *nadzwyczajny komitet pomocy Polakom w Hamburgu* (Außerordentliche Hilfskomitee für Polen in Hamburg), eine Gruppe von Pol*innen, die sich nach der Ausrufung des Kriegsrechts an Protesten beteiligt hatten. Sie schickten am 4.1. einen Brief an die Gruppe mit der Bitte, diesen an den Bundesvorstand des DGB weiterzuleiten.³⁴⁸ In dem Schreiben berichtet die Gruppe von einem Protestmarsch, den 33 Pol*innen Ende Dezember von Hamburg nach Köln durchgeführt hatten.³⁴⁹ Das Komitee forderte den DGB ebenfalls zu Protestaktionen auf, bedankte sich aber auch für die bisher geleistete Hilfe. Es ist nicht klar, wie die Hamburger Gruppe zu dem Eindruck kam, dass die Delegation in Bremen Kontakt zum Bundesvorstand des DGB hätte. Denn ein direktes Treffen der Gewerkschafter

344 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 15:03-15:28; und Weser Kurier, 15.12.1981, 7.

345 Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 19:58-20:12.

346 Deutsche Gewerkschafter zu Reisen nach Polen angeregt. In: Verdener Nachrichten, 30.12.1981, 6.

347 Deutsche Gewerkschafter zu Reisen nach Polen angeregt. In: Verdener Nachrichten, 30.12.1981, 6.

348 AFSO, 02-088, 160 (Solidarität mit Solidarnosc Köln): Außerordentliches Hilfskomitee für Polen, 4.1.1982.

349 Der Marsch endete vor der polnischen Botschaft in Köln, wo die Gruppe ein Protestschreiben überreichte, das von den Botschaftsangehörigen nicht angenommen wurde.

mit DGB Bundesvorstandsmitgliedern hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht stattgefunden.

Am 8. und 9. Januar 1982 fand ein weiteres Treffen von im Westen befindlichen „Solidarność“-Aktivist*innen in Brüssel statt.³⁵⁰ Brüssel wurde deshalb ausgewählt, da sich dort die Zentralen der Internationalen Gewerkschaften (IBFG, EGB), welche die „Solidarność“ unterstützten, befanden.³⁵¹ Für die Delegation in Bremen haben dort Jagielski und Mikołajczuk teilgenommen.³⁵² Anders als noch bei dem Treffen in Zürich waren fast ausschließlich „Solidarność“-Mitglieder anwesend, unter ihnen auch viele, die im Laufe der nächsten Jahre aktiv wurden. Zunächst wurde die Situation in Polen bewertet: es war klar, dass es zunächst nicht zu einem Generalstreik kommen würde, da der letzte aktive Widerstand gegen die Regierung in der Piasten-Mine in Katowice am 27.12. aufgegeben worden war.³⁵³ Stattdessen erwartete man, dass diejenigen „Solidarność“-Aktivist*innen, die einer Verhaftung bisher entgangen waren, versuchen würden, im Untergrund Widerstand zu organisieren. Daher sei es nun die Aufgabe der „Solidarność“-Aktivist*innen, die sich im Westen befanden, den Schmuggel von Materialien, welche die „Solidarność“ im Untergrund benötigte (v.a. Druckmaschinen, Papier, Farbe, Literatur, Abhörgeräte, Radios), zu organisieren. Außerdem sollten sie humanitäre Hilfe, insbesondere für die Internierten und deren Angehörige, organisieren. Zu guter Letzt wollten sie Druck auf die Regierungen des Westens ausüben, damit diese die Warschauer Machthaber zum Einlenken bringen. Neben den üblichen Forderungen (Ende des Kriegszustands, Freilassung der Gefangenen und Wiederaufnahme des Dialogs) wurde die Forderung nach einem Wirtschaftsboykott der Sowjetunion laut, da diese für die Entwicklung in Polen verantwortlich sei.³⁵⁴ Im zweiten Teil des Treffens ging es eher um organisatorische Dinge: So sollten in allen Ländern des Westens Informationsbüros gegründet werden, welche die Aktivitäten für die Unterstützung der „Solidarność“ organisieren sollten. Darüber hinaus wurde jeder Gruppe ein Fragekatalog mitgegeben, anhand dessen die Bedingungen für

350 AFSO, 02-088, 293 (Konferenz Brüssel 8./9. Januar 1982); vgl. auch Frybes: Społeczne reakcje Zachodu, 541.

351 Siehe Goddeeris: Biuro Koordynacyjne, część 1, 318.

352 AFSO, 02-088, 293: Adressliste der Gruppen.

353 Vgl. Garton-Ash: The Polish Revolution, 267f.; Paczkowski: Revolution, 133-136.

354 AFSO, 02-088, 293: Ocena sytuacji, 8.1.1982.

diese Aktivitäten in dem jeweiligen Land bewertet werden sollten.³⁵⁵ So sollten die Delegierten ermitteln, wie sich die Gewerkschaften und Politiker im Land bisher verhalten hatten, ob es bei ihnen kommunistische Einflüsse gab und wie sie die „Solidarność“ bisher unterstützt hatten. Auch sollte die existierende *Po-
lonia* in den Ländern, wenn möglich, eingebunden werden.³⁵⁶ Als letztes wurde bei dem Treffen beschlossen, den 30. Januar zum internationalen Tag der Solidarität auszurufen, an dem es überall zu Demonstrationen und Kundgebungen kommen sollte.³⁵⁷

Das Treffen in Brüssel markiert den Zeitpunkt der Entstehung des transnationalen Netzwerkes der „Solidarność“-Aktivist*innen im Ausland, welches sich in der nachfolgenden Zeit dynamisch entwickelte, sich aber in seiner grundlegenden Zielsetzung nicht veränderte. Anders als bei dem Treffen in Zürich, konnte man nicht mehr mit einem schnellen Sieg der Opposition in Polen rechnen, was ein langfristiges Engagement der Gewerkschaft inner- und außerhalb von Polen erforderlich machte. Allerdings stellten die Gewerkschafter*innen in Brüssel klar, dass niemand von ihnen formal im Namen der „Solidarność“ sprechen oder auftreten könne, da sie dazu eine Ermächtigung aus Polen erhalten müssten.³⁵⁸ In einem internen Bericht des DGB über die „Solidarność“-Aktivist*innen im Ausland wird das Treffen in Brüssel insofern kritisiert, als dass die Diskussionen dort chaotisch verlaufen seien und keine Koordinierung der Tätigkeiten beschlossen wurde.³⁵⁹ Weiterhin wurde festgestellt, dass die „Solidarność“ Gruppe in der Schweiz (die bereits das Treffen am 18.12. organisiert hatte) de-facto die Führung übernehme, während die Gruppe in Paris die intellektuelle Führungsrolle innehabe.³⁶⁰

355 AFSO, 02-088, 293: Tagesordnung, 8./9.1.1982, 3-5.

356 AFSO, 02-088, 293: Tagesordnung, 8./9.1.1982., 5.

357 Vgl. Bégin: Kontakte zwischen Gewerkschaften, 311.

358 Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.12.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność
związkowa*, 223.

359 Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.12.1981. In: Świder (Hg.): *Solidarność
związkowa*, 223.

360 Vgl. Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.12.1981. In: Świder (Hg.): *Soli-
darność związkowa*, 223.

6. Zusammenfassung

Nach der Darlegung des unmittelbaren Kontextes und der Vorstellung der Mitglieder der Solidarnosc-Delegation aus Gdańsk ist in diesem Kapitel die Entstehung des Netzwerkes jener Gruppe, aus der später das Informationsbüro hervorging, beleuchtet worden. Die Entstehung des Netzwerkes muss dabei vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Reaktion auf die Ausrufung des Kriegszustandes sowie die Positionierung der verschiedenen Akteure in dieser Debatte gesehen werden. In den ersten Tagen verhielt sich die Gruppe noch sehr zurückhaltend und ihre Kontakte beschränkten sich im Wesentlichen auf die Arbeiterkammer und damit verbundene Akteure, sowie Bremer Lokalpolitiker. Nachdem ihr Ziel zunächst die schnellstmögliche Rückkehr in die Heimat war, veränderte sich dies in der Zeit bis Weihnachten, als sie beschlossen, zunächst in der BRD zu bleiben, und dort ihren Kolleg*innen in der Volksrepublik zu helfen. Durch die Bekanntheit, die sie durch Presse und Fernsehen von Anfang an erhielten, erreichten sie viele Anfragen von diversen Akteuren, unter anderem Komitees von „Solidarität mit „Solidarnosc““. Auffällig ist, dass die Gruppe sich auch dann noch eher passiv bzw. reaktiv verhielt, als sie bereits beschlossen hatten, in der BRD zu bleiben. Ihr Handlungsspielraum war anfangs sehr begrenzt, da sie weder verreisen konnten noch über Informationen aus der Heimat verfügten. So war ihnen eine Teilnahme an einem ersten internationalen Vernetzungstreffen in Zürich verwehrt. Nach dem Ende des aktiven Widerstandes in Polen Ende des Jahres 1981 stellten sich die Aktivist*innen der Solidarnosc im Westen auf eine langfristige Tätigkeit ein, und beriefen zu diesem Zweck ein Treffen in Brüssel ein, bei dem das transnationale Netzwerk der Solidarnosc im Ausland entstand. Politisch gesehen waren die Solidarnosc-Aktivist*innen in der BRD in einer schwierigen Lage: Ihre Forderung nach Sanktionen gegen die PRL und die Sowjetunion, was de facto ein Ende der *Détente* bedeuten würde, stieß in der BRD auf offenen Widerspruch, da die Ostpolitik der Regierung hier von einem Großteil der Bevölkerung getragen wurde. Den Demonstrationen und Kundgebungen der Solidarnosc und ihrer Sympathisanten schlossen sich nur wenige an, weil diese Form von Hilfe von vielen als sinnlos erachtet wurde, und die Leute sich vielmehr auf humanitäre Hilfe konzentrierten. Die politisch vollkommen unerfahrene Delegation aus Gdansk hatte einige Schwierigkeiten, sich an diese Umgebung anzupassen, wie sich im weiteren Verlauf zeigen wird.

V. Erweiterung und Konsolidierung – vom 9. Januar bis 14. März

Bereits kurz vor dem Treffen in Brüssel wurde der Delegation aus Gdańsk vorübergehend ein Büro zur Verfügung gestellt – und zwar von den Bremer Grünen.³⁶¹ So sollte es ihnen ermöglicht werden, Kontakte mit anderen „Solidarność“-Aktivist*innen herzustellen. Problematisch war jedoch, dass sie in dem Büro kein Telefon hatten und einen weiten Weg in die Innenstadt hatten.³⁶² Obwohl die Arbeiterkammer versicherte, dass sie sich um ein Büro und einem dauerhaften Wohnsitz für die Gruppe bemühte, entbrannte in den folgenden Tagen ein Streit in der Bremer Öffentlichkeit über diese Frage. Dieser wurde insofern verstärkt, als dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden war, dass der „Solidarność“ und ihren Aktivist*innen in der BRD nicht genug geholfen werde, insbesondere von Seiten des DGB.

1. Die politische Auseinandersetzung um die Delegation

So wurden in einem Leserbrief im Weser-Kurier die vermeintlichen Unannehmlichkeiten, welche die Gruppe ertragen müsse, angeprangert und unterstellt, dass eine mangelnde materielle Unterstützung politische Absicht sei.³⁶³ Etwas direkter wurde der DGB von einigen Mitgliedern des Betriebsrats der Bremer Vulkan Werft, die sich mit der Delegation getroffen hatten, angegriffen: Sie wiesen darauf hin, dass es im Haus des Bremer DGB zwei leere Büroräume gäbe, und dass die Gruppe ein Büro benötige.³⁶⁴ Auch die politischen Parteien mischten sich in diesen Streit ein: Der Landesvorsitzende der FDP Bremen, Horst-Jürgen Lahmann, stellte ein Ultimatum an den DGB und den Bremer Senat, dass der Gruppe so schnell wie möglich ein Büro und angemessene

361 Ende der Isolation nicht absehbar. In: Weser Kurier, 6.1.1982, 13.

362 Siehe Ende der Isolation nicht absehbar. In: Weser Kurier, 6.1.1982, 13.

363 Ingeborg Tholen: Gastfreundschaft. In: Weser Kurier, 9./10.1.1982, 9.

364 Aufregung um die polnische Delegation. In: Weser Kurier, 12.1.1982, 16.

Unterkunft zur Verfügung gestellt werden sollten.³⁶⁵ Die Bremer Grünen, die der Delegation bisher Räume zur Verfügung gestellt hatten, beantragten eine aktuelle Stunde in der Bremer Bürgerschaft, um das Thema zu debattieren und kritisierten die öffentliche Zurückhaltung der SPD und des DGB scharf.³⁶⁶ Auch das Bremer Gerken Komitee wunderte sich in einem offenen Brief an die SPD und den DGB, der zwischen dem 8. und 12. Januar datiert ist, dass sie sich wunderten, warum es in Bremen immer noch nicht zu einer Massenkundgebung gekommen sei und merkten an, dass das Argument des Rückkehrwillens der Gruppe durch deren Appelle gegen den Kriegszustand hinfällig sei.³⁶⁷

Die SPD und der DGB reagierten nicht öffentlich auf diese Vorwürfe. Lediglich der Vorsitzende der DPG Bremen und Sprecher des Senats, Manfred von Scheven (SPD), wies darauf hin, dass eine Diskussion wie die aktuelle der Delegation nur schaden könne.³⁶⁸ Walter Franke wies außerdem die Anschuldigungen gegen die Arbeiterkammer zurück, die in dem eingangs erwähnten Leserbrief erhoben wurden.³⁶⁹ Die Delegation selbst schaltete sich nicht in diese Debatte ein, was verschiedene Gründe hat. Zum einen absolvierten die Gruppenmitglieder in dieser Zeit das ursprünglich angesetzte Programm.³⁷⁰ Zum anderen verstand sie die Debatte möglicherweise gar nicht, da nur die Übersetzerin Deutsch konnte und diese sich teilweise von der Gruppe distanzierte.³⁷¹ Ein anderer Grund könnte sein, dass sie die Beziehungen zum DGB, mit dem sie in dieser Zeit erstmals in direkten Kontakt kamen, nicht belasten wollten. Denn bei dem Treffen in Brüssel war hervorgehoben worden, dass die Hilfe für die „Solidarność“-Aktivist*innen im Westen hauptsächlich von Gewerkschaften kommen sollte, da die „Solidarność“ ja in erster Linie eine Gewerkschaft war.

365 Siehe Weser Kurier, 14.1.1982, 13. Lahmann sagte: „Die bisher unterbliebene Hilfeleistung widerspricht in eklatanter Weise dem Geist des Rahmenabkommens Bremen-Danzig“

366 Streit um Unterbringung der Polen. In: Weser Kurier, 15.1.1982, 16.

367 AFSO, 02-088, 90 (Gerken Komitee): Offener Brief an SPD und DGB. Auf dem Schriftstück ist kein Datum enthalten, die Abgrenzung erfolgte durch inhaltliche Eingrenzung.

368 „Diskussion kann Delegation aus Polen auch schaden“. In: Weser Kurier, 20.1.1982, 17.

369 Walter Franke: Zurückgewiesen. In: Weser Kurier, 18.1.1982, 9.

370 Schreiben der AK Bremen bzgl. der Tätigkeiten der Delegation, 11.1.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 200.

371 Darauf wies auch Manfred von Scheven hin: „Diskussion“. In: Weser Kurier, 20.1.1982, 17.

Der DGB-Bundesvorsitzende Vetter selbst hatte signalisiert, dass er bereit sei, die „Solidarność“ in der BRD zu unterstützen, betonte allerdings, dass nur Gewerkschafter unterstützt würden, und nicht jeder Pole, der in der BRD vom Kriegerrecht überrascht wurde, sei „ein Freiheitskämpfer, den wir [=der DGB, S.M.] finanzieren müssen“³⁷². Damit sprach er ein Problem an, das viele regionale Sektionen des DGB in dieser Zeit beschäftigte: Viele Pol*innen, die behaupteten, sie seien Mitglieder der „Solidarność“, scheinen sich in dieser Zeit an den DGB mit Bitte um Hilfe gewandt zu haben.³⁷³ Für den DGB war es unmöglich, diese Angaben zu überprüfen. Aus diesem Grund entstand vermutlich der Wunsch, die „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD bei der Organisation zu unterstützen.

Die von den Grünen beantragte Plenardebatte in der Bremer Bürgerschaft fand am 20. Januar statt, die Delegation war dort anwesend.³⁷⁴ Der Antragsteller, der BGL Abgeordnete Adamietz, forderte eine politische Unterstützung der „Solidarność“-Delegation, die über die derzeitige humanitäre Hilfe hinausgehen solle.³⁷⁵ Er ging außerdem intensiv auf die Beschlüsse des Treffens in Brüssel ein, in denen die Freilassung der Internierten gefordert und das Regime Jaruzelskis verurteilt wurde.³⁷⁶ Der FDP Abgeordnete Lahmann appellierte an die Versammlung, dass es neben der humanitären Hilfe für Polen auch direkte Hilfe für die Delegation geben müsse, und kritisierte das bisherige Zögern der Stadt Bremen in dieser Hinsicht.³⁷⁷ Der CDU Abgeordnete Neumann ging auf die Resolution des Bundestages vom 18.12. ein und äußerte sein Bedauern über die teils polemisch geführte Debatte in diesem Haus.³⁷⁸ Der SPD-Abgeordnete Wedemeier deutete auf den von der Gruppe geäußerten Wunsch nach Rückkehr hin, und betonte, dass eine öffentliche Debatte nur Schaden würde. Außerdem

372 Der DGB hilft polnischen Gewerkschaftern. In: FAZ, 13.1.1982, 3.

373 Siehe dazu z.B. Brief von W. Musa (DGB Nordmark) an die Internationale Abteilung des DGB, 8.3.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 212f.

374 Bremische Bürgerschaft, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4077-4089.

375 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4078.

376 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4078f.

377 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4080.

378 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4081f. Gemeint ist die Bundestagsdebatte am 14.1., siehe Bundestag, Plenarprotokoll 9/76, Sitzung vom 14.1.1982 (18.3.2019). Vgl. dazu auch Schmidt beschwört die Einheit des Westens – Kohl: Das Bündnis zerstritten und hilflos. In: FAZ, 15.1.1982, 2.

verglich er die Lage in Polen mit der in der Türkei und Chile.³⁷⁹ Anschließend schaltete sich der Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) in die Debatte ein: Er machte Ausführungen über die neue Ostpolitik und die Entstehung und Entwicklung der Partnerschaft zwischen Bremen und Gdańsk, an welcher er selbst maßgeblichen Anteil gehabt hatte. Dabei erwähnte die Bedeutung, die der Grundsatz der Nichteinmischung in diesem Prozess gespielt hatte und auch er betonte, dass die Mitglieder der „Solidarność“-Delegation den Wunsch geäußert hatten, zurückzukehren.³⁸⁰ Dann sagte er, dass staatliche Zuwendungen an die „Solidarność“ jenen in die Hände spielen würden, die behaupten, dass die Gewerkschaft „nichts weiter als ein Produkt westlicher Infiltrationspolitik“³⁸¹ sei. An nächster Stelle kündigt er an, dass die Stadt Bremen sich um die materielle Absicherung der Gruppenmitglieder kümmere – ohne darüber in der Öffentlichkeit zu berichten. Dies kann so interpretiert werden, dass die Stadt nur Sozialhilfe und ähnliche Ausgaben, nicht aber die Einrichtung eines Büros finanziell unterstützen würde. Im Anschluss an diese Rede kam es durch Einwürfe von Herrn Adamietz zu einer heftigen Auseinandersetzung, die teils von persönlichen Erklärungen geprägt war.³⁸² Im Anschluss der Debatte ging die Delegation vor die Presse und erklärte, dass sie „bei allen Gesprächen [...] stets den Eindruck [haben], Objekte, nicht aber Subjekte zu sein“³⁸³. So sei ihnen etwa neu, dass sie am folgenden Tag eine Wohnung besichtigen sollten, wie in der Debatte von Koschnick angekündigt.³⁸⁴ In der gesamten Debatte um die Einrichtung eines Büros für die „Solidarność“-Gruppe in Bremen fällt auf, dass nur die Grünen explizit auf die Beschlüsse der „Solidarność“-Aktivist*innen, welche diese in Brüssel gefasst hatten, eingingen, was vermutlich daran lag, dass sie die einzigen waren, die diese vorliegen hatten³⁸⁵, da die Delegation ja bei ihnen ihr Büro hatte. Denn in der Öffentlichkeits- und Pressearbeit waren die „Soli-

379 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4082f.

380 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4084.

381 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4085.

382 Vgl. „Rückkehr der Polen freihalten“. In: Weser Kurier, 21.1.1982, 13.

383 Koschnick klärte Polen über Mißverständnis auf. In: Weser Kurier, 21.1.1982, 13.

384 Vgl. Koschnick klärte Polen über Mißverständnis auf. In: Weser Kurier, 21.1.1982, 13.

385 In keiner deutschen Zeitung, die der Autor durchsucht hat, taucht auch nur eine Erwähnung des Brüsseler Treffens auf, obwohl die dort Anwesenden sich an die Öffentlichkeit mit einem Appel wandten.

darność“-Aktivist*innen, die sich im Ausland befanden, mit wenigen Ausnahmen, vollkommen unerfahren.³⁸⁶ Die Debatte in der Bürgerschaft zeigte allerdings auch, dass die Grünen den Solidarnosc-Aktivist*innen politisch gesehen am nächsten waren, von der Forderung nach Sanktionen abgesehen. Dies kann allerdings auch daran liegen, dass die Partei sich in dieser Zeit noch in Fundamentalopposition befand, und daher weniger Rücksicht auf die nationalen Interessen nehmen musste.

Der Streit um ein Büro wurde nach der Debatte schnell gelöst: Der Leiter des Bezirksamts Mitte organisierte eine Wohnung mit Büro in einem Haus in der Eduard-Grunow Straße, das seit längerem leer stand, für den Unterhalt der Wohnung kam die Stadt auf, die Möblierung solle durch Spenden ermöglicht werden und der DGB solle die Miete für das Büro und die Telefonkosten tragen.³⁸⁷ So wurde es der Gruppe ermöglicht, am 1. Februar in das neue Gebäude einzuziehen. Wegen dieser Maßnahme der Stadt kam es allerdings noch zum Konflikt mit türkischen Exil-Gewerkschaftern, welche die Bevorzugung der polnischen Gewerkschafter kritisierten. Ihnen war ursprünglich das Gebäude versprochen worden.³⁸⁸ Dieser Konflikt scheint allerdings vom Bürgermeister Koschnick entschärft worden zu sein.³⁸⁹

386 Vgl. dazu auch den Bericht über die „Solidarność“-Vertreter. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 221. Die einzigen „Solidarność“-Aktivisten mit Erfahrung in Presse- und Öffentlichkeitsarbeit waren Seweryn Blumsztajn, der Redakteur des Bulletins der Presseagentur der „Solidarność“ gewesen war, und sich derzeit in Paris aufhielt (siehe: Eintrag zu Seweryn Blumsztajn in der „Encyklopedia Solidarności“ (16.3.2019) und Stefan Trzcinski, ehem. Stv. Pressesprecher der „Solidarność“ Mazowsze, der sich in Stockholm aufhielt, und dort das Informationsbüro leitete, siehe AFSO, 02-088, 187: *Biuletyn Informacyjny, Biura Informacyjnego Solidarnosci we Szwecji* Nr. 1 (12.1.1982), 1.

387 Polen haben endlich Wohnung gefunden. In *Weser Kurier*, 26.1.1982, 13.

388 „DGB hätte Kopelew reden lassen sollen“. In: *Weser Kurier*, 4.2.1982, 14; vgl. außerdem Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 52.

389 Aus einem Schreiben Koschnicks an die Gruppe: AFSO, 02-088, 70 (Korrespondenz mit DGB und IG Metall, Solidarität mit Solidarnosc, Kassel und Moneta) vom 22.2.1982 geht hervor, dass es noch weitere Gespräche zwischen den Gruppen, der Arbeiterkammer und der Stadt geben würde. Da anschließend keine Beschwerden mehr aufkamen, kann man davon ausgehen, dass der Konflikt vorerst beseitigt wurde.

2. „Tag der Solidarität“ und Ausbau der Beziehungen zum DGB

Am Vortag der Plenardebatte in der Bremer Bürgerschaft reisten das älteste Mitglied der Delegation Raczek und die Übersetzerin Fryder nach Polen zurück.³⁹⁰ Die beiden haben sich von dem Rest der Delegation abgesetzt, als diese begannen, in der Öffentlichkeit die polnische Regierung zu kritisieren, da sie bei ihrer Rückkehr Repressalien fürchteten. Bei Fryder ist dies umso nachvollziehbarer, wenn man bedenkt, dass sie kein Mitglied der „Solidarność“ war. Dies hinderte die Behörden der DDR jedoch nicht, sie auf dem Heimweg für einige Zeit festzuhalten.³⁹¹

Ab Mitte Januar begann die Bremer Gruppe damit, Kontakte zu anderen „Solidarność“-Gruppen in der BRD aufzunehmen. Die erste Gruppe von diesen war das *Komitet Obrony Solidarności* (KOS, Komitee zur Verteidigung der „Solidarność“), welches sich als polnische Untergruppierung des „Komitees für die Verteidigung von freien und unabhängigen Gewerkschaften“ im Dezember als Reaktion auf die Ausrufung des Kriegszustandes gegründet hatte.³⁹² Es setzte sich gemischt aus Polen und Deutschen zusammen, und die meisten Mitglieder der Gruppe waren keine Mitglieder der „Solidarność“. In der ersten achtseitigen Ausgabe des *Biuletyn Informacyjny*, aus dem später *Pogląd* wurde, beschrieben sie ihre bisherigen Aktionen und kritisierten den DGB für dessen Zurückhaltung und die deutsche Berichterstattung über Polen im Allgemeinen.³⁹³ Jagielski kündigte in einem Schreiben vom 15.1. an, dass zwei Mitglieder des Büros am 23.1. nach West-Berlin kommen würden, um mit dem Komitee Möglichkeiten für die Unterstützung der „Solidarność“ zu besprechen.³⁹⁴ Tatsächlich fuhren Kunikowski und Felski am 21. bereits nach West-Berlin, wo sie in einer Pressekonferenz am 22.1. den DGB für die mangelnde öffentliche Unterstützung und fehlende Finanzierung der „Solidarność“-Gruppen in der BRD kritisierten.³⁹⁵

390 Koschnick klärte Polen über Mißverständnis auf. In: *Weser Kurier*, 21.1.1982, 13.

391 Auf der Rückreise nach Polen in DDR verhaftet. In: *Weser Kurier*, 23.1.1982, 13f.

392 Vgl. *Pogląd*, Nr. 1, 17.1.1982, 1.

393 Vgl. *Pogląd*, Nr. 1, 17.1.1982, 5 und 7.

394 AFSO, 02-088, 170 (Komitet Obrony Wolnych i niezależnych związków zawodowych w Berlinie Zachodnim, Edward Klimczak): Brief von Jagielski an das Gewerkschaftskomitee Berlin, 15.1.1982.

395 Vgl. *Pogląd*, Nr. 2, 30.1.1982, 14.

Dies ist umso brisanter, wenn man bedenkt, dass am folgenden Tag eine Veranstaltung mit dem DGB in West-Berlin geplant war³⁹⁶, und dieser außerdem bereits seine Aktionen für den Tag der Solidarität angekündigt hatte.³⁹⁷ Am 23. kam es dann auch zu einer Kundgebung in West-Berlin, an der etwa 150 Leute teilnahmen³⁹⁸: Kunikowski kritisierte auch dort den DGB, indem er Erwin Kristoffersen indirekt an sein Hilfs-Versprechen erinnerte, das er auf dem „Solidarność“ Landeskongress im September 1981 gegeben hatte.³⁹⁹

Eine weitere Gruppe, welche die „Solidarność“ unterstützte, war die *Grupa Polska w Kolonii* (polnische Gruppe in Köln), aus der später die *Grupa Robocza „Solidarność“* (Arbeitsgruppe „Solidarność“⁴⁰⁰) in Köln hervorging. Auch diese setzte sich nicht nur aus „Solidarność“-Mitgliedern zusammen, sondern aus Pol*innen, die schon länger in der BRD lebten.⁴⁰¹ Dieser Gruppe kam eine besondere Bedeutung zu, weil die Botschaft der PRL sich in Köln befand, sodass die Gruppe oft an der Organisation von Demonstrationen vor dieser maßgeblich verantwortlich war.⁴⁰² So lud diese Gruppe auch die Mitglieder der Bremer Delegation nach Köln ein, zu einer Demonstration, die am 30.1., also am Tag der Solidarität, stattfinden würde.⁴⁰³ Vermutlich beabsichtigte die Gruppe eine Demonstration getrennt vom DGB zu veranstalten, da dieser in dem Schreiben nicht erwähnt wurde.⁴⁰⁴ Einige Tage vor der Demonstration erreichte die Gruppe ein Brief von Anna Walendzik, die in dem Komitee „Solidarität mit „Solidarność““ in Köln aktiv war. In diesem wurden der Ablauf der Demonst-

396 Siehe Schreiben der AK Bremen. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 200.

397 DGB: Ein „Tag der Solidarität“ mit Solidarität. In FAZ, 18.1.1982, 2. Außerdem wurde in der Debatte am 20. Januar in Bremen auf diesen Aktionstag aufmerksam gemacht, was im allgemeinen Trubel vielleicht untergegangen ist, siehe: BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4082 und 4087.

398 In AFSO, 02-088, 170: Schreiben des Gewerkschaftskomitees an den Berliner DGB, 25.1.1982 wurde über diese Kundgebung berichtet und außerdem einige Forderungen an den DGB gestellt.

399 Vgl. Pogląd, Nr. 2, 30.1.1982, 15.

400 Im Folgenden werden die *Grupy Robocze* im Fließtext als Arbeitsgruppen „Solidarność“ bezeichnet.

401 Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 322.

402 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 329; Zając: *Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen*, 236.

403 AFSO, 02-088, 160 (Solidarität mit Solidarnosc Köln): Einladung der *Grupa Polska*, ohne Datum.

404 AFSO, 02-088, 160: Einladung der *Grupa Polska*. Unter anderem wurde die Forderung nach dem Stopp von Krediten für das polnische Regime geäußert.

ration und die Personen, die dort sprechen würden, vorgestellt.⁴⁰⁵ Vor der Demonstration würde von einer nicht näher definierten polnischen Gruppe aus Dortmund⁴⁰⁶ unter der Leitung von Marek Swiecki eine Messe auf Polnisch und Deutsch stattfinden. Die Sprecher auf der Demonstration seien: Rudolf Bahro⁴⁰⁷ (DDR Dissident, aktiv für „Solidarität mit „Solidarność““), Petra Kelly⁴⁰⁸ (Grüne, Friedensbewegung), Ingo Lehmann (IG DruPa), Wili Piecyk⁴⁰⁹ (Bundesvorsitzender der Jusos) und ggf. Jiří Pelikan aus dem Europaparlament.⁴¹⁰ Leider lässt sich aus den Quellen nicht rekonstruieren, ob Mitglieder der Bremer Delegation an dieser Demonstration teilgenommen haben, doch kann davon ausgegangen werden, da sie ja schon länger mehr Demonstrationen forderten und dem DGB immer noch kritisch gegenüber standen. Bei einer Veranstaltung an der Universität Bremen kurz vor dem 30.1. wurde erneut deutlich, dass die Positionen der „Solidarność“-Aktivist*innen auf keinen besonders großen Rückhalt stießen: Ihre Forderung nach Sanktionen gegen den Ostblock stieß „[a]uf zurückhaltende Resonanz“⁴¹¹.

Die Resonanz der Demonstrationen am 30. Januar war weltweit nicht besonders hoch.⁴¹² Auch wenn der DGB in der BRD in über 100 Städten zu Aktionen und Veranstaltungen eingeladen hatte, nahmen an diesen nur etwa 40.000 Menschen teil.⁴¹³ Bei der zentralen Kundgebung in Mühlheim an der Ruhr waren mit Vetter, Willy Brandt und Norbert Blüm zwar prominente Redner aktiv⁴¹⁴, doch täuschte dies nicht darüber hinweg, dass es dem DGB nicht gelungen

405 AFSO, 02-088, 160: Brief von Anna Walendzik, lt. Stempel 25.1.1982.

406 Es könnte sich dabei um die *Polskie Stowarzyszenie Kulturalne* (Polnischer Kulturverein e.V.) handeln, ein Verein mit Sitz in Dortmund, der sich 1969 nach Streit mit der „Zgoda“ (siehe [Kapitel III.3.4.](#)) gegründet hatte und etwa 960 Mitglieder hatte. Siehe dazu: Górski / Tymochowicz: *Polska emigracja i Polonia*, 74.

407 Einer der Gründungsmitglieder der Initiative, er lebte in Bremen und kam daher früh mit der Delegation aus Gdańsk in Kontakt.

408 Bundesvorsitzende der Grünen und eine der prominentesten Friedensaktivist*innen, die sich für die „Solidarność“ einsetzten, vgl. dazu: Brier: *Poland's Solidarity as a contested symbol*, 93f.

409 Diesen hatte die Gruppe bereits bei einer Veranstaltung in Bremen am 18.12. kennengelernt.

410 Siehe AFSO, 02-088, 160: Brief von Anna Walendzik.

411 „Verhältnis zur UdSSR überprüfen“. In: *Weser Kurier*, 30/31.1.1982, 15.

412 Weltweit schwache Proteste. In: *FAZ*, 1.2.1982, 1f.

413 Weltweit schwache Proteste. In: *FAZ*, 1.2.1982. 2. Vgl. auch Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 324.

414 Vgl. Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 10-14, dort sind Bilder der Veranstaltung.

war, seine Basis zu mobilisieren. Inhaltlich wurden kaum neue Punkte genannt, so wurden nur die Forderungen laut, die bereits seit mehr als einem Monat gestellt wurden. Die Konzentration lag vielmehr auf der humanitären Hilfe, die mittlerweile ins Rollen kam.⁴¹⁵ So startete am Wochenende der Demonstrationen der erste Hilfstransport des DGB nach Polen.⁴¹⁶ Bei der Demonstration in Bremen nahmen etwa 600 Leute teil, Redner waren Erwin Schmidt vom DGB Bremen und Kunikowski von der Delegation.⁴¹⁷ Während Schmidt die üblichen Forderungen äußerte und auch Kritik an der polnischen Regierung übte, ging Kunikowski in seiner Rede darauf ein, dass die Niederschlagung der „Solidarność“ auch ein Schlag gegen die Hoffnung auf Frieden sei. Mit der Kritik an Geheimabsprachen unter Politikern in den verschiedenen Militärblöcken⁴¹⁸ griff er ein Thema der Friedensbewegung auf. Dies deutet darauf hin, dass die Gruppe in Kontakt mit Friedensaktivist*innen gekommen zu sein schien – wann genau, ist jedoch nicht klar. Am Rande der Veranstaltung kam es schließlich zum Konflikt: der Sozialsenator Henning Scherf (SPD) bestand darauf, dass der anwesende sowjetische Dissident Lew Kopelew ebenfalls eine Rede halten solle: Dies wurde jedoch von Erwin Schmidt zurückgewiesen, der darauf hinwies, dass es nicht gut für die Delegation sei, wenn sie an der Seite von sowjetischen Dissidenten in der Öffentlichkeit auftreten würden.⁴¹⁹ Die Delegation selbst ging einige Tage nach der Veranstaltung an die Presse und kritisierte diese Entscheidung.⁴²⁰ Schmidt begründete seine Entscheidung mit der Verhaftung Fryders, von der in dieser Zeit noch jedes Lebenszeichen fehlte.⁴²¹ In Anbetracht der vielfachen öffentlichen Auftritte der Delegationsmitglieder, die von der polnischen Regierung als kritisch eingestuft werden konnten, könnte man vermuten, dass es Schmidt eher darum ging, dass der DGB selbst nicht mit sowjetischen Dissidenten in Verbindung gebracht werden wollte.

Die Beziehungen zwischen der Gruppe und dem DGB kann also in dieser Phase als angespannt bezeichnet werden. Dies geht auch aus einem Schreiben

415 Vgl. Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 323f.

416 Weltweit schwache Proteste. In: FAZ, 1.2.1982, 2. Vorausgegangen waren Gespräche des DGB mit der katholischen Kirche siehe [Kapitel IV.4](#).

417 Solidarität: laßt uns nicht im Stich. In: *Weser Kurier*, 1.2.1982, 11.

418 Solidarität: laßt uns nicht im Stich. In: *Weser Kurier*, 1.2.1982, 11.

419 Solidarität: laßt uns nicht im Stich. In: *Weser Kurier*, 1.2.1982, 12.

420 „DGB hätte Kopelew reden lassen sollen“. In: *Weser Kurier*, 4.2.1982, 14.

421 Sie scheint erst Mitte Februar zurück in Gdańsk angekommen zu sein, siehe Erstes Lebenszeichen von Irena Fryder. In: *Weser Kurier*, 18.2.1982, 15.

Schmidts an den Bundesvorsitzenden Vetter nach dem Tag der Solidarität hervor.⁴²² Dabei ging er auf die Mietkosten ein, die der Bundesvorstand versprochen zu haben schien. Er merkte an, dass die Gruppe sich in letzter Zeit anders äußere, als sie das noch Mitte Januar getan habe - dies kann als Kritik an den öffentlichen Äußerungen von Gruppenmitgliedern am 30.1. und danach verstanden werden – außerdem würden die Medien die Gruppe so darstellen, als ob sie vom DGB anerkannt sei. Da die Einladung der Arbeiterkammer jedoch nicht mit dem DGB abgesprochen gewesen sei, solle diese sich zunächst um deren Unterhalt kümmern, bis der Bundesvorstand entschieden habe, welche Rolle der „Solidarność“-Delegation aus Gdańsk zukommen werde.⁴²³ In Anbetracht der Tatsache, dass der Bundesvorstand des DGB sich eigentlich bereits Mitte Januar öffentlich geäußert hatte, die „Solidarność“ bei der Organisation in der BRD zu helfen (siehe S. 58), erscheint es verwunderlich, dass die Rolle der Delegation in Bremen noch nicht festgelegt worden war, erst recht, wenn man bedenkt, dass sich der Bundesvorstand bereits mit der Gruppe getroffen hatte.⁴²⁴ In diesem ersten Gespräch fungierte der Historiker Hans Henning Hahn, der die Opposition in Polen schon länger unterstützte, als Dolmetscher.⁴²⁵ Dabei beschrieb er die Unterschiede zwischen den Akteuren:

„spontane Impulsivität der polnischen Gewerkschafter einerseits und die mehr formale, reflexive Argumentation politisch erfahrener deutscher Gewerkschaftsfunktionäre andererseits“⁴²⁶

Was genau in diesem ersten Gespräch besprochen wurde, lässt sich aus den vorliegenden Quellen nicht rekonstruieren. Jedoch kann man vermuten, dass dabei die Hilfsaktion des DGB ein wichtiges Thema war. Denn der DGB musste eine Möglichkeit finden, die Hilfsgüter in Polen zu verteilen. Auf diese Weise scheint der Vorschlag der „Solidarność“-Aktivisten eingebracht worden zu sein, die Katholische Kirche einzubinden. Wenn über die Finanzierung und Organisation

422 Schmidt an Vetter, 4.2.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 201.

423 Vgl. Schmidt an Vetter, 4.2.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 201.

424 BHB, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4088. Erwin Schmidt teilte in der Plenarsitzung mit, dass sich der Bundesvorstand am 13.1. mit zwei Mitgliedern der Gruppe getroffen habe, und sich danach kurzfristig entscheiden werde. Bis zum 21.1. sollte diese Entscheidung eigentlich schon gefällt worden sein.

425 Siehe Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 63.

426 Zitiert nach Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 63.

von „Solidarność“-Arbeitsgruppen in der BRD gesprochen wurde, so scheint es wegen unterschiedlicher Ansichten zu keiner Übereinkunft gekommen zu sein. Die Priorität des DGB schien zunächst die politisch unproblematische humanitäre Hilfe, während eine direkte Unterstützung der „Solidarność“ durch Finanzierung von Arbeitsgruppen aufgrund möglicher politischer Folgen zunächst nicht beschlossen wurde. Im Bereich der humanitären Hilfe war die Gruppe ebenfalls selbst aktiv, wie aus einem Dankeschreiben vom 11.2. hervorgeht.⁴²⁷ Das erste Gespräch der Delegation mit dem DGB-Bundesvorstand hat gezeigt, dass zwar die Ziele der Solidarnosc-Aktivist*innen und des DGB weitgehend übereinstimmten, es jedoch Divergenzen in Bezug auf die Methoden und die Prioritäten und nicht zuletzt auch der Arbeitsweisen gab.

Anfang Februar wurde die Kooperation zwischen der Bremer Gruppe und dem DGB nach einem erneuten Gespräch am 8.2. konkretisiert.⁴²⁸ In diesem wurde zunächst die aktuelle Lage der Gruppe auch in Hinsicht des neuen Büros besprochen. Für eine gute Zusammenarbeit sei Vertrauen auf beiden Seiten notwendig. Konkret vereinbart wurde, dass die Gruppe für die Hilfsaktion des DGB beratend tätig sein sollte (wie sie es ja bereits waren). Im Gegenzug würde der DGB Reisekosten sowie Bürokosten in Höhe von monatlich 1.000 DM tragen. Langfristig sei außerdem geplant, dass die Gruppe in Büro in der Zentrale des DGB Landesverbandes Bremen erhalten sollte.⁴²⁹ Es war jedoch offenkundig, dass die Gruppe mit der Organisation eines Büros etwas überfordert war: In einem Schreiben an Zimmermann vom DGB Bremen schrieb Kunikowski, dass man der Bitte nach Auflistung von Bürobedarf insofern nicht nachkommen könne, als dass die Gruppe in dieser Frage keine Erfahrung habe.⁴³⁰

In dem Anhang zu diesem Brief wurden die Zielvorstellungen der Gruppe aufgelistet, die einige Bestimmungen enthält, die wahrscheinlich bereits im Gespräch so festgelegt wurden: So würde sich die Tätigkeit der Gruppe in Zukunft

427 AFSO, 02-088, 380 (Hilfslieferungen): Schreiben von Christa Hase vom DRK an die Arbeiterkammer Bremen 11.2.1982.

428 Internationale Abt., Aufzeichnung eines Gesprächs Veters mit der Gruppe, 11.2.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 204f.

429 Vgl. Gespräch Veters mit der Gruppe, 11.2.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 205. Es ist nicht klar, warum die Gruppe nicht schon zu diesem Zeitpunkt ein Büro dort erhalten hat, wo doch zwei Räume in der Zentrale leer standen.

430 AFSO, 02-088, 70: Schreiben an Zimmermann, 11.2.1982.

nur im Rahmen des DGB und dessen Einzelgewerkschaften bewegen. Konzentrieren würde sich die Gruppe auf die gezielte humanitäre Hilfe für internierte bzw. verhaftete Kolleg*innen in Polen und auf Referententätigkeiten im Rahmen des DGB. Dann heißt es:

„Darüber hinaus streben wir eine koordinierte Betreuungsarbeit für unsere in der BRD versprengten Kolleginnen und Kollegen an. [...] Schließlich versichern wir, daß wir uns bemühen werden, keinesfalls dem DGB in seinen außenpolitischen Beziehungen in Schwierigkeiten zu bringen.“⁴³¹

Es kann davon ausgegangen werden, dass einige dieser Bestimmungen auf Wunsch des DGB aufgenommen wurden, um die Probleme der Vergangenheit nicht zu wiederholen.⁴³² Allerdings stand die Versicherung, dass man nicht gegen die außenpolitische Linie des DGB agieren würde, im Widerspruch zu dem bisherigen Standpunkt der Gruppe, deren Forderungen um einiges radikaler als die des DGB waren. Somit waren Konflikte vorprogrammiert. Die Gruppe bat außerdem darum, dass der DGB eine*n Dolmetscher*in organisieren sollte, da Irena Fryder schon länger abgereist war.

Die Kooperation mit dem DGB nur in geringem Maße Auswirkungen auf die Beziehungen zu der Initiative „Solidarität mit „Solidarność““ bzw. der GEW-Initiative, die dem DGB in Hinblick auf die Unterstützung der „Solidarność“ kritisch gegenüberstand. So ließ die Gruppe dem GEW Landesverband Bremen, mit dem die „Solidarność“-Gruppe vorher schon kooperiert hatte, am 15.2. durch die Arbeiterkammer ausrichten, dass sie an einer vorgeschlagenen Diskussionsveranstaltung nicht teilnehmen könnten, da sie nur über die „Solidarność“ und humanitäre Hilfe reden konnten: „an politischen Streitgesprächen allerdings besteht kein Interesse.“⁴³³ Diese Haltung der Gruppe wurde jedoch nicht konsequent angewandt, denn die Kontakte zu den Solidaritätskomitees rissen nie ab, auch wenn der DGB sich dies vielleicht gewünscht hätte. In den Unterlagen des Büros lassen sich darüber hinaus nur wenige Referentenanfragen von DGB Untersektionen an die Bremer Gruppe

431 AFSO, 02-088, 70: Schreiben an Zimmermann, 11.2.1982, Anhang des Briefes.

432 Siehe Świder: Z perspektywy Bonn, 104.

433 AFSO, 02-088, 210 (GEW Landesverband Bremen): Brief der Arbeiterkammer an GEW, 15.2.1982.

finden.⁴³⁴ Das mangelnde Interesse der DGB Sektionen kann jedoch auch auf die Priorität anderer gewerkschaftlicher Themen zurückzuführen sein, da die wirtschaftliche Lage in dieser Zeit schwierig war.

3. Weitere Vernetzung und der Kongress in Düsseldorf

Einige Tage nach dem Gespräch der Gruppe mit dem DGB Bundesvorstand wurde sie auf eine Initiative von Johannes Rau (SPD), dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, aufmerksam gemacht. Dieser wollte „ein Zeichen zu setzen, das sich von der Haltung der Bonner SPD zum Kriegszustand in Polen unterscheidet“⁴³⁵. So wird erkennbar, dass es innerhalb der SPD auch kritische Stimmen gegenüber dem zurückhaltenden Kurs von Bundeskanzler Schmidt gab. Rau lud eine Gruppe von sechs „Solidarność“-Mitgliedern zu sich in die Staatskanzlei ein, um über Möglichkeiten der Unterstützung zu reden. In dem Gespräch fungierte Hahn erneut als Dolmetscher.⁴³⁶ Mehrere Mitglieder der Bremer Gruppe nahmen an dem Gespräch teil, der Wortführer der sechs war jedoch Blażej Wyszowski, ein „Solidarność“-Mitglied, das sich derzeit in Hamburg aufhielt und später führend in der Arbeitsgruppe „Solidarność“ in Hamburg war.⁴³⁷ Die Gruppe war sich einig darin, dass sie eine Versammlung möglichst vieler „Solidarność“-Mitglieder in der Bundesrepublik durchführen wollte⁴³⁸, damit die Tätigkeiten koordiniert werden könnten und die Gewerkschafter sich besser kennenlernen könnten. Bis diese Konferenz stattfinden konnte, verging allerdings noch einige Zeit.

Vom 22. bis 24.2.1982 fand ein Treffen von sich im westlichen Ausland befindlichen „Solidarność“-Aktivist*innen in Paris statt, allerdings nur von solchen, die auch beim „Solidarność“-Kongress im Herbst 1981 Delegierte gewesen waren. Henryk Jagielski und Marek Mikołajczuk wurden ebenfalls in die

434 Für die erste Jahreshälfte 1982 sind es nur zwei: eine aus dem Kreis Schwäbisch Hall (AFSO, 02-088, 97 (DGB Zentrale und Hohenlohekreis): Anfrage vom 30.1.1982) und eine aus Göttingen (AFSO, 02-088, PB: DGB Kreis Göttingen 8.5.1982).

435 Zitiert nach Riechers: Hilfe für Solidarność, 63.

436 Vgl. Riechers: Hilfe für Solidarność, 63.

437 Aus einem Schreiben in AFSO, 02-088, PB vom 2.11.1982 an Blażej Wyszowski geht hervor, dass dieser bereits in Polen engagierter Gewerkschafter war, und es nun auch noch sei.

438 Vgl. Riechers: Hilfe für Solidarność, 63.

„Grupa Delegatów Krajowego Zjazdu NSZZ „Solidarność“ za Granicą” (Gruppe der Delegierten zum Landeskongress der „Solidarność“ im Ausland) aufgenommen, obwohl sie in Polen nur an dem Regionalkongress von Gdańsk Delegierte gewesen waren.⁴³⁹ Dies spricht dafür, dass der Gruppe in Bremen zu diesem Zeitpunkt eine bedeutende Rolle in dem transnationalen Netzwerk der „Solidarność“ zugesprochen wurde. Die konstituierte Gruppe verstand sich als einzig legitime Vertretung des Landeskongresses der „Solidarność“ im Ausland⁴⁴⁰, der ja das höchste Gremium der „Solidarność“ war.⁴⁴¹ Die Aufgabe des Gremiums sollte eine vorübergehend leitende und koordinierende sein, die verschiedenen „Solidarność“-Arbeitsgruppen, Informationsbüros und Komitees sollten regelmäßig Berichte über ihre Aktivitäten verfassen. Zu diesem Zweck sollte ein Sekretariat mit Sitz in Brüssel eingerichtet werden.⁴⁴² Die Gruppe bezog sich auch auf das *Ogólnopolski Komitet Oporu* (OKO, Gesamtpolnischen Widerstandskomitee) unter der Leitung von „Mieszko“, das sich am 13.1.82 gegründet hatte, mit dem Zweck, den Widerstand in Polen zu organisieren.⁴⁴³ Neben Veröffentlichungen des OKO⁴⁴⁴ richtete die Gruppe auch selbst einen Appell an die westliche Öffentlichkeit.⁴⁴⁵ In diesem ging es im Wesentlichen darum, den Westen über die Verschärfung der Repression in Polen zu informieren, in einer Sprache, der es nicht an Radikalität mangelt: So ist von Terror und Konzentrationslagern die Rede, die Regierung wird als „dyktatura wojskowa“⁴⁴⁶ (Armeediktatur) bezeichnet. Außerdem wurde versichert, dass die „Solidarność“ auch im Untergrund weiter bestehe. Die Gruppe in Paris hatte noch

439 AFSO, 02-088, 295 (Treffen Paris 24.2.1982): Komunikat Nr. 1, 7 Seiten, 2. Für Jagielski lässt sich dies in der „Encyklopedia Solidarności“ nachweisen: siehe Eintrag zu Henryk Jagielski in der „Encyklopedia Solidarności“ (16.3.2019). Allerdings muss erwähnt werden, dass wahrscheinlich die gesamte Gruppe für die Versammlung in Gdańsk delegiert war, da sie ja Mitglieder des Präsidiums der Lenin-Werft waren.

440 AFSO, 02-088, 295: Komunikat Nr. 1, 1.

441 In dem Dokument wird der Kongress als „najwyższ[a] władz[a] Związku“ („höchste Autorität der Gewerkschaft“) bezeichnet, siehe AFSO, 02-088, 295: Komunikat Nr. 1, 1.

442 Siehe AFSO, 02-088, 295: Komunikat Nr. 1, 2.

443 Der erste Aufruf des OKO ist auch im Bestand des Büros enthalten: AFSO, 02-088, 294: Treffen 13.1.1982. Zur Rolle von OKO siehe u.a. Holzer / Leski: „Solidarność“ w podziemiu, 32f.

444 AFSO, 02-088, 295: Komunikat Nr. 1, 5, 6f.

445 AFSO, 02-088, 295: Komunikat Nr. 1, 4.

446 AFSO, 02-088, 295: Komunikat Nr. 1, 4.

nicht die Autorität, um eine offizielle Zentrale der „Solidarność“ im Ausland zu gründen, da es keine Ermächtigung einer legitimen Vertretung in Polen gab.⁴⁴⁷ Nichtsdestotrotz hatte das Treffen auch die Funktion, die Kontakte untereinander zu stärken, über Probleme und Erfahrungen zu reden. Die anderen Delegierten waren künftige Mitglieder des Koordinationsbüros in Brüssel (Milewski, Ruchniewicz, Nowakowska) oder Aktive in dem Pariser Komitee (Kowalewski, Chwała). Erstere sendeten außerdem Briefe zu allen Vorsitzenden der nationalen und internationalen Gewerkschaften, mit der Bitte, die Gruppe bei der Einrichtung des Sekretariates in Brüssel zu unterstützen.⁴⁴⁸ Am 1.3. nahm das Sekretariat seine Arbeit auf, wie aus dem Informationsbulletin dieser Organisation hervorgeht.⁴⁴⁹ In dem Bulletin wurden vor allem Informationen über die Vorgänge in der Volksrepublik veröffentlicht, es war beabsichtigt, dass diese von den verschiedenen Gruppen weitergeleitet würden.

Zwischen der Gruppe in Bremen und dem DGB scheint es bereits zu diesem Zeitpunkt erneut zu Missverständnissen gekommen zu sein. So monierte der DGB Vorsitzende in Bremen, Schmidt, dass die Gruppe keine falschen Informationen über die zukünftige Ausstattung des Büros in der Öffentlichkeit verbreiten sollte, wie es am 26.2. in den Bremer Nachrichten der geschehen war.⁴⁵⁰ Schmidt sagte weiter: „Ich stelle *wiederholt* fest, daß sich die Delegation nicht an zwischen uns getroffene Absprachen hält“⁴⁵¹. Es schien nicht das erste Mal, dass die Gruppe sich in den Augen des DGB fehlverhalten hatte, allerdings lässt sich aus den Quellen nicht rekonstruieren, welche konkreten Vorfälle es noch gab.

Dass das Verhältnis zwischen der Bremer Gruppe und dem DGB nicht ohne Spannungen war, scheint auch bei dem Treffen in Paris angesprochen worden zu sein. Zumindest sendete Seweryn Blumsztajn⁴⁵² vom Koordinationskomitee

447 Siehe Goddeeris: Biuro Koordynacyjne, część 1, 316.

448 AFSSO, 02-088, 295. Identische Briefe wurden an folgende Personen gesendet: Heinz-Oskar Vetter, DGB (BRD), an Lane Kirkland, AFL-CIO (USA), Edmond Maire, CFDT (Frankreich), Mitsuo Tomizuka, SOHYO (Japan), Jan Kułakowski, Generalsekretär der Welt-Arbeits-Konföderation, Wim Kok, EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), Otto Kersten IBFG und die Vorsitzenden der CGIL, CISL und UIL (Italien)

449 AFSSO-02-088: Bulletin Brüssel, Nr. 1, 6.4.1982, 1.

450 AFSSO, 02-088, 70: Schreiben von Schmidt an die Gruppe 26.2.1982.

451 AFSSO, 02-088, 70: Schmidt an die Gruppe 26.2.1982, Hervorhebung im Original.

452 Blumsztajn hat zwar nicht selber offiziell an dem Treffen teilgenommen, hat aber wahrscheinlich von seinen Kollegen erfahren, was bei dem Treffen besprochen wurde.

in Paris ein Schreiben an den DGB, dessen Inhalt sich nur aus der Antwort, die Kristoffersen am 4.3. verfasst hat⁴⁵³, ermitteln lässt. Blumsztajn scheint das problematische Verhältnis zwischen den „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD und dem DGB angesprochen zu haben und dem DGB vorgeschlagen zu haben, dass dieser direkte Kontakte mit dem Komitee in Paris aufbauen sollte. Er scheint auch das Sekretariat in Brüssel angesprochen zu haben – dieses wurde jedoch von Kristoffersen nicht als offiziell anerkannt.⁴⁵⁴ Außerdem riet Kristoffersen dem Pariser Komitee davon ab, direkte Kontakte oder Aktivitäten in anderen Ländern anzustreben. Dies solle nur mit Absprache der nationalen Gewerkschaften geschehen – er würde aber eine Koordinierungsinstanz für die „Solidarność“ im Ausland unterstützen.⁴⁵⁵ Dies kann als Versuch gesehen werden, die Kontrolle über die Aktivitäten der „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD zu behalten. Er gestand ein, dass es gewisse Schwierigkeiten mit diesen in der BRD gäbe, versicherte aber, dass man derzeit an einer Lösung arbeite und man beschlossen habe, das Bremer Büro materiell zu unterstützen.⁴⁵⁶ Bezüglich dieser materiellen Unterstützung schrieb Koschnick zu diesem Zeitpunkt einen Brief an Vetter⁴⁵⁷, in dem er ihn darum bat, die Reise- und Telefonkosten der Gruppe zu übernehmen, denn der DGB Bremen könnte sich dies nicht leisten und die Stadt dürfe es nicht zahlen, da die Gruppe politisch aktiv war. In seiner Begründung heißt es außerdem, dass eine solche Finanzierung der Bremer Gruppe durch den DGB die Debatte um die geringe Hilfe des DGB für die „Solidarność“ beruhigen könnte.⁴⁵⁸ Der DGB hatte sich bisher nämlich geweigert, den „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD irgendeine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, mit der Begründung, dass sie keine offiziellen

453 Kristoffersen an das Koordinationskomitee der Solidarnosc in Paris, 4.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 208f.

454 Kristoffersen an das Koordinationskomitee der Solidarnosc in Paris, 4.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 208.

455 Siehe Kristoffersen an das Koordinationskomitee der Solidarnosc in Paris, 4.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 209.

456 Siehe Kristoffersen an das Koordinationskomitee der Solidarnosc in Paris, 4.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 208.

457 Koschnick an Vetter, 4.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 210f.

458 Koschnick an Vetter, 4.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 211. Die Debatte um die geringe Hilfe des DGB für die „Solidarność“ ist auch durch einen Artikel im Spiegel verschärft worden, siehe DGB: Sparsame Hilfe. In: Spiegel 2/1982, 16f.

Gewerkschaftsvertreter seien, Ausnahme sei nur die Gruppe in Bremen.⁴⁵⁹ Die Problematik wurde in dieser Zeit scheinbar etwas akuter, vor allem aufgrund von Aktivitäten einiger vermeintlicher „Solidarność“-Mitglieder in Hamburg.⁴⁶⁰ Auch hatte Kristoffersen in seinem Mitte Februar verfassten Bericht bereits Kritik an den „Solidarność“-Aktivist*innen geäußert: so stellte er heraus, dass nur wenige von ihnen wirklich gewerkschaftliche Erfahrung hätten, und äußerte das Bedauern darüber, dass die meisten Leute nur an öffentlichen Auftritten interessiert seien und nicht an sinnvoller Tätigkeit, wie etwa das Sammeln von Spenden.⁴⁶¹ Das Insistieren des DGB auf Formalitäten stand im diametralen Gegensatz zu der Arbeitsweise der „Solidarnosc“, die mehr als eine Gewerkschaft gewesen war, und darüber hinaus nicht viel Zeit gehabt hatte, professionelle Strukturen aufzubauen, und im Zuge des Kriegszustandes nicht in der Lage war, ihre Mitglieder im Ausland offiziell zu ermächtigen.

Um die Probleme der Legitimation der „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD und die materielle Hilfe für die Gruppen eindeutig zu klären, wurde die Versammlung in Düsseldorf am 13. und 14. März abgehalten. An dem Kongress haben insgesamt 36 Personen teilgenommen, von denen 28 stimmberechtigte „Solidarność“-Mitglieder waren.⁴⁶² In dem Bericht, den Kristoffersen über das Treffen verfasste, bemerkte er, dass die Bremer Gruppe bei den Einladungen nicht alle Orte bedachte habe, in denen sich „Solidarność“-Aktivist*innen aufhielten.⁴⁶³ So fehlten etwa die „Solidarność“-Mitglieder, die sich in München aufhielten. Trotzdem behandelte der DGB die Leute, die auf der Liste standen, ab diesem Zeitpunkt als die einzigen authentischen Vertreter der „Solidarność“

459 Siehe auch den Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.2.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 220.

460 Siehe dazu: Brief von W. Musa an die Internationale Abteilung 8.3.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 212f. Das Schreiben enthält zwei Anhänge: Dort geht es unter anderem um das „Nadzwyczajny Komitet Pomocy dla Polski i Solidarnosci“, in dem nicht nur Gewerkschafter aktiv waren, und um die zweifelhafte Rolle von Olgierd Bagniewski, der auf eigene Faust versuchte, Medikamententransporte nach Polen zu organisieren.

461 Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.2.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 223.

462 AFSO, 02-088, 300 (I Zjazd Działaczy NSZZ Solidarnosc Düsseldorf 13./14.3.1982): Teilnehmerliste.

463 Bericht über das Treffen in Düsseldorf am 13./14.3.1982, Internationale Abteilung, 17.3.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 225-229, hier 225.

in der BRD.⁴⁶⁴ Dies ist insofern problematisch, als dass nicht alle „Solidarność“-Mitglieder, die in der BRD aktiv waren, sich auf der Liste befanden. Beispielsweise waren nur zwei Mitglieder der Arbeitsgruppe „Solidarność“ aus West-Berlin anwesend (Krzysztof Kasprzyk und Barbara Nowakowska-Drozdek), obwohl insgesamt fünf „Solidarność“-Mitglieder dort aktiv waren.⁴⁶⁵ Da die Anreise aus West-Berlin nur mit dem Flugzeug möglich war⁴⁶⁶, scheint das Geld nicht ausgereicht zu haben. Als Gäste auf dem Kongress waren der SPD Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Hombach, der eine gute Zusammenarbeit in Aussicht stellte⁴⁶⁷, Erwin Kristoffersen, der versicherte, dass der DGB eine Zusammenarbeit mit der „Solidarność“ durch die enge Zusammenarbeit mit dem Bremer Büro erfolgen werde⁴⁶⁸, und auch Lew Kopelew, der in einem Grußwort seine Bewunderung für die „Solidarność“ und seine Überzeugung, dass die Geschichte durch sie für immer verändert sei, ausdrückte.⁴⁶⁹ Auch Władysław Sulecki, ehemaliger Redakteur des „Robotnik“ war bei dem Treffen anwesend. Błażej Wyszowski schilderte den Anwesenden die Schwierigkeiten seiner Hamburger Gruppe und auch, dass man versucht habe mit dem DGB Kontakt aufzunehmen, was scheinbar nicht gut geklappt hatte.⁴⁷⁰ Andrzej Kaczmarczyk von der Arbeitsgruppe „Solidarność“ in Köln betonte, dass seine Gruppe aus Polen, die schon länger in der BRD lebten, als auch aus „Solidarność“-Mitgliedern bestand, und dass sie engen Kontakt mit dem lokalen „Solidarität mit „Solidarność““ Komitee stünden. Vom DGB gäbe es keine Hilfe.⁴⁷¹ Aus Köln war auch Ewa Baranowska anwesend, eine Kostümologin, die durch eine Ehe mit einem Deutschen auch die deutsche Staatsbürgerschaft

464 Bericht über das Treffen in Düsseldorf, 17.3.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 225.

465 AFSO, 02-088, 300: Brief von Krzysztof Kasprzyk an die Gruppe in Bremen, 24.2.1982, 2 Seiten, 1. Es fehlten so Krzysztof Wcisło (Redakteur von *Przekazy*), Marian Stefanowska und Waldemar Kozłowski.

466 Schließlich hatten die „Solidarność“-Mitglieder zurecht die Befürchtung, von der DDR Grenzpolizei verhaftet zu werden.

467 AFSO, 02-088, 300: Protokoll der Versammlung, 13.3.1982, 5 Seiten, 1.

468 AFSO, 02-088, 300: Protokoll 13.3.1982, 1.

469 AFSO, 02-088, 300: Protokoll 13.3.1982, 2.

470 AFSO, 02-088, 300: Protokoll 13.3.1982, 2.

471 AFSO, 02-088, 300: Protokoll 13.3.1982, 2.

besaß, und nur alleine arbeiten wolle, vor allem im Bereich Presse.⁴⁷² Als nächstes schilderte Krzysztof Kasprzyk, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Solidarność“ West-Berlin die Lage seiner Gruppe, die einen Antrag auf Eintragung ins Vereinsregister gestellt hatte. Er berichtete auch über die verschiedenen Tätigkeiten der Gruppe, die unter anderem Przekazy herausgab, bei der Integration von Pol*innen in West-Berlin aktiv war, und diverse kulturelle Tätigkeiten unternahm. Auch seine Gruppe arbeite nicht mit dem DGB zusammen, und er kritisierte die Berliner Verwaltung.⁴⁷³ Dass Kasprzyk nicht zufrieden war mit der Situation in West-Berlin, lässt sich aus einem Brief, den er nach Erhalt der Einladung zum Kongress an die Bremer Gruppe gesendet hat, schließen.⁴⁷⁴ Henryk Czarski, der in Saarbrücken aktiv war, berichtete ebenfalls von einer mangelnden Verständigung mit dem DGB und betonte, dass auch seine Gruppe mit dem lokalen Komitee der „Solidarität mit „Solidarność““ in Kontakt stehe.⁴⁷⁵ Andrzej Wirga, der zu diesem Zeitpunkt noch in Bad Oeyenhausen war, erwähnte nur, dass die Zusammenarbeit mit dem DGB gut sei – allerdings ist im Protokoll nichts genaueres dazu aufgeschrieben worden. Nachdem dann die Bremer Gruppe sich vorgestellt hatte, berichtete Kristoffersen über die Unterstützung der „Solidarność“ durch den DGB seit den Auguststreiks – erneut versicherte er, dass der DGB diese Hilfe fortsetzen würde, indem das Bremer Büro unterstützt würde.⁴⁷⁶ In dieser Hinsicht vertrat er die Position des Bundesvorstands, nur mit dem Bremer Büro zusammenzuarbeiten – und dies obwohl Kristoffersen gerade eben erst gehört hatte, dass kaum eine Gruppe der „Soli-

472 Im Protokoll heißt es, dass einige Unklarheiten über sie bestünden, so ist sie nicht bei den Leuten mit Stimmrecht aufgeführt. Die Informationen über sie stammen aus: Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.2.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 218. In dem Bericht heißt es, sie sei in der „Solidarność“ aktiv gewesen.

473 AFSO, 02-088, 300: Protokoll, 13.3.1982, 2f.

474 AFSO, 02-088, 300: Brief von Krzysztof Kasprzyk an die Gruppe in Bremen, 24.2.1982. Dort heißt es unter anderem: „W ogóle panuje dalej burdel, żadnych dobrych kontaktów ze wszystkimi a my jeszcze tutaj w RFN jesteśmy udupieni i nie możemy wyjeżdżać poza jego granice.“ („Im Allgemeinen herrscht hier Chaos, keine guten Kontakte mit irgendjemandem, und wir in der BRD werden immer noch verarscht und können nicht über seine Grenzen hinweg reisen.“) „Z kurewską biurokracją walczymy dalej twardo“ („mit der scheiß Bürokratie kämpfen wir weiterhin schwer“) und auch die lokalen Politiker „pierdolą za uszami“ („reden Scheiße hinter unserem Rücken“). Der DGB wird in dem Brief nicht erwähnt.

475 AFSO, 02-088, 300: Protokoll, 13.3.1982, 3.

476 AFSO, 02-088, 300: Protokoll, 13.3.1982, 3.

darność“ derzeit mit den lokalen Sektionen des DGB zusammenarbeite, sondern sich die Aktivist*innen eher auf die Komitees der „Solidarität mit „Solidarność““ einließen. Im Anschluss ging es um die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für die Arbeitsgruppen in der BRD. So wurde entschieden, dass die Gruppe in Bremen diese Koordinierungsfunktion übernehmen sollte, weil sie die einzige war, die vom DGB Unterstützung erhielt. Die Aufgaben des Büros sollten, neben der Koordinierung der Tätigkeiten unter anderem die Herausgabe eines Bulletins auf Polnisch und Deutsch, Kontakt mit dem DGB Bundesvorstand und anderen Organisationen auf nationaler Ebene sowie die Einrichtung eines Fonds.⁴⁷⁷ Nach einigen weiteren Deklarationen wurde der erste Teil der Versammlung beendet.

Am zweiten Tag ging es der Versammlung darum, viele Appelle an die Öffentlichkeit zu verfassen und außerdem einige Spezifika bzgl. der humanitären Hilfe zu besprechen. Der erste Teil war in einigen Fällen von kontroversen Diskussionen geprägt. Eine Dauerkontroverse war das Thema Sanktionen gegen den Ostblock, bei dem jedoch keine Klarheit geschaffen wurde.⁴⁷⁸ Von der Hamburger Arbeitsgruppe scheint jemand ganz besonders die Wirtschaftshilfe des Westens (Kredite etc.) für Polen kritisiert zu haben. Dies wurde jedoch in keine der Erklärungen der Versammlung aufgenommen, denn „wydawanie oświadczeń podważających politykę Rządu NRF oraz DGB jest sprzeczne z interesem działającej tu „S[olidarnośći]“.“⁴⁷⁹ Die Berichte über diese Kontroversen wurden nur in dem polnischen Bulletin der Bremer Gruppe veröffentlicht, nicht aber in die deutsche Version oder in dem Protokoll niedergeschrieben. Nichtsdestotrotz wurde Kristoffersen über diese Diskussionen informiert.⁴⁸⁰ In einem Appell an die deutsche Bevölkerung⁴⁸¹ wurde darum gebeten, die Lebensmittelhilfe

477 AFSO, 02-088, 300: Vereinbarung zu den Tätigkeiten des Informationsbüros Bremen.

478 Das Thema Sanktionen ist zwar nicht im Protokoll der Versammlung zu finden, doch geht aus einem Schreiben der Arbeitsgruppe Hamburg vom 1.4.82 hervor, dass das Thema besprochen wurde, siehe AFSO, 02-088, PB: AGS Hamburg an das Bremer Büro, 1.4.1982.

479 Fakty i komentarze, Nr. 2, 20.3.1982, 4. „Das Herausgeben von Erklärungen, welche die Politik der Regierung der BRD sowie des DGB untergraben, ist dem Interesse der hier tätigen „Solidarność“ entgegengesetzt.“

480 Dies geht aus dem Schreiben: Kristoffersen an Schmidt, 4.6.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 244ff., hier 245 hervor. Über diese Informationen reagierte er „verwundert“.

481 AFSO, 02-088, 300: Appell an die deutsche Bevölkerung.

aufrecht zu erhalten, außerdem wurde über die jüngsten Entwicklungen in Polen informiert. Neu unter den Forderungen ist der Boykott von Lebensmitteln, die aus Polen stammen. An die deutschen Gewerkschaften wurde ein Schreiben gesandt, das über die Beschlüsse der Düsseldorfer Versammlung informierte.⁴⁸² Darüber hinaus wurde ein Brief an Papst Johannes Paul II.⁴⁸³ und an die Pol*innen in der Heimat verfasst.⁴⁸⁴

Die Versammlung in Düsseldorf war das einzige nationale Treffen von „Solidarność“-Aktivist*innen, die sich in der Bundesrepublik aufhielten. Der Beschluss über die Einrichtung eines Koordinierungsbüros sollte dafür sorgen, dass die Arbeitsgruppen effektiver zusammenarbeiten, z.B. was Hilfstransporte angeht. Allerdings muss es als problematisch angesehen werden, dass es viele Gruppen in der BRD gab, die dieselben Tätigkeiten wie die nun offiziellen Arbeitsgruppen ausübten, aber nicht an dem Treffen in Düsseldorf teilnehmen konnten oder nicht eingeladen wurden. Und obwohl der DGB nach dem Treffen intern davon sprach, auch die Arbeitsgruppen durch die regionalen Sektionen zu unterstützen⁴⁸⁵, fand diese Zusammenarbeit nur in seltenen Fällen tatsächlich statt: Durch die zu diesem Zeitpunkt schon angespannten Beziehungen zwischen dem DGB und den „Solidarność“-Mitgliedern in der BRD schien das gegenseitige Vertrauen nicht besonders hoch. Der Bundesvorsitzende Vetter unterrichtete die anderen Mitglieder des Bundesvorstands, sowie die Vorsitzenden der regionalen Sektionen über den bisherigen Verlauf der Ereignisse und über das Treffen in Düsseldorf, das Klarheit geschaffen habe.⁴⁸⁶ Trotzdem käme es immer wieder zu Zwischenfällen, die durch das unkonventionelle Auftreten und die manchmal radikalen Forderungen der Aktivist*innen verursacht würden.⁴⁸⁷ Das Bremer Büro verdankte seine zentrale Rolle in der BRD der Tatsache, dass es sich um die einzige vom DGB offiziell unterstützte Gruppe handelte

482 AFSO, 02-088, 300: Erklärung an die deutschen Gewerkschaften, 2 Seiten.

483 Die deutsche Version ist enthalten in Fakten und Kommentare Nr. 2, 12.4.1982, 7, die polnische in AFSO, 02-088, PB: List do Jana Pawła II., 14.3.1982.

484 AFSO, 02-088, 300: Oświadczenie Polakom w Kraju, 14.III.1982r.

485 Internationale Abteilung, 18.3.: Vorschläge bzgl. der Situation in Polen und den Solidarność-Mitgliedern in der BRD. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 227ff., hier 229.

486 Schreiben von Vetter an die Bundesvorstands-Mitglieder sowie Vorsitzende der regionalen Abteilungen, 19.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 230-233.

487 Vetter an den Bundesvorstand, 19.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 231f.

und sie bereits im Kontakt mit dem Bundesvorstand getreten war. Ob sie für die ihr angedachte Rolle überhaupt fähig war, schien von Seiten des DGB eher nebensächlich gewesen zu sein. Aus einem Schreiben, das Kristoffersen zwei Wochen nach dem Treffen in Düsseldorf an Musa vom DGB-Nordmark schickte⁴⁸⁸, urteilt er recht nüchtern, dass man sich zwar auf einen gemeinsamen Weg geeinigt habe, allerdings habe der Bundesvorstand die Bremer Gruppe auch nicht „geheiratet“⁴⁸⁹.

4. Zusammenfassung

Nachdem in Brüssel Anfang Januar beschlossen worden war, in den verschiedenen Staaten Informationsbüros zu gründen, begannen in Bremen Bemühungen, eine geeignete Lokalität für die „Solidarność“-Gruppe zu finden. In diesem Prozess, der von politischen Konflikten geprägt war, wurde die Gruppe teilweise instrumentalisiert. Außerdem trat die Gruppe erstmals im Januar in Kontakt zu anderen „Solidarność“-Gruppen in der BRD, und führte teilweise Aktionen gemeinsam durch. Ein weiterer wichtiger neuer Akteur in dem Ego-Netzwerk der Bremer „Solidarność“-Gruppe war der DGB, der sich bereit erklärte, das Informationsbüro zu unterstützen. Obwohl ab Anfang Februar eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bremer Gruppe und dem DGB beschlossen wurde, waren diese Beziehungen nie frei von Spannungen, womöglich auch deshalb, weil fast sämtliche „Solidarność“-Gruppen in der BRD dem DGB wegen dessen Zurückhaltung kritisch gegenüberstanden und meist in engem Kontakt mit den Komitees der Initiative „Solidarität mit „Solidarność““ waren, die den DGB ebenfalls kritisierten. Auch mit einigen Vertretern der Friedensbewegung und Dissidenten nahm die Gruppe Kontakt auf. Durch die Aufnahme in der höchsten Vertretung der „Solidarność“ im Ausland bei dem Treffen in Paris wird deutlich, dass dem Bremer Informationsbüro eine wichtige Rolle in dem „Solidarność“-Netzwerk zugeordnet war. Bei der Versammlung in Düsseldorf Mitte März wurde diese zentrale Rolle für die Gruppe in der BRD festgelegt. In der Zeit nach dem Kongress sollte sich zeigen, wie sie diese Rolle ausfüllte.

488 Kristoffersen an W. Musa, 29.3.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 236.

489 Kristoffersen an W. Musa, 29.3.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 236.

VI. „unheimlich viel Arbeit“ – Institutionalisierung & Konflikte

Das folgende Kapitel wird die Zeit zwischen der Versammlung in Düsseldorf und dem 12. DGB-Kongress, der vom 16.-22. Mai in West-Berlin stattfand, behandeln. Diese Zeit war geprägt von „unheimlich viel Arbeit“⁴⁹⁰, der Eröffnung des Büros in Bremen und zunehmenden Konflikten, welche die Beziehungen zwischen der „Solidarność“-Gruppe und dem DGB nachhaltig belasteten.

1. Ein hoffnungsvoller Start – die Zeit bis zur Eröffnung des Büros

Die Gruppe in Bremen nahm bald nach dem Kongress ihre neuen Aufgaben wahr. So versandte sie ein Schreiben an sämtliche ihr bekannten „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD, in dem spezifiziert wurde, was bei der Gründung einer Arbeitsgruppe, wie sie ja häufig schon bestanden, beachtet werden müsse.⁴⁹¹ Mit der Arbeitsgruppe in Hamburg hielt das Bremer Büro Ende März ein Treffen ab, bei dem die weitere Kooperation besprochen wurde.⁴⁹² Ebenfalls nahm eine Gruppe von Pol*innen in Hannover, die den *Polski Klub Informacyjny* Hannover gegründet hatten, Kontakt mit dem Bremer Büro auf.⁴⁹³ In dem Schreiben an die Arbeitsgruppe Hamburg wird ein Konflikt angesprochen, der die Gruppe auch in Zukunft noch belasten würde: So hatte Andrzej Chilecki, der BRD-Korrespondent der *Kultura* in der Ausgabe von März 1982 geschrieben, dass die Bremer Gruppe, (noch in ihrer Funktion als Delegation in Bremen), nichts mit Juden und Intellektuellen zu tun haben wolle.⁴⁹⁴ Im Text bleibt

490 AFSO, 02-088, PB: Schreiben der Gruppe an Peter Bertelheimer, 6.5.1982.

491 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an die „Solidarność“-Aktivisten in der BRD, 25.3.1982. Dort wurden unter anderem formale Voraussetzungen für die Registrierung der Gruppen beschrieben, die Erkenntnisse stützen sich wahrscheinlich auf die Erfahrungen der Arbeitsgruppe in West-Berlin.

492 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an die Arbeitsgruppe Hamburg, 1.4.1982.

493 AFSO, 02-088, 140 (Solidarität mit Solidarnosc Hannover, und Polski Klub Informacyjny Hannover): Schreiben des PKI Hannover, 1.4.1982.

494 Wörtlich heißt es: „Grupa działaczy gdańskiej Solidarności“ znajdują się w Bremie nie chcę mieć nic wspólnego z „inteligentami i Żydami...“ („Die Gruppe von Aktivisten

vollkommen unklar, in welchem Zusammenhang sich eine solche Äußerung ereignet hat. Nur aus den Aussagen von TW „Konrad“ lässt sich rekonstruieren, woher diese Aussage stammen könnte: So hätten nach der Aussage des Informanten Jagielski und Mikołajczuk bei dem Treffen in Paris die Aussage getroffen, dass sich zu viele Juden unter die „Solidarność“ mischten, was von den dort Anwesenden sehr negativ aufgenommen wurde.⁴⁹⁵ Dieser Vorfall ist umso brisanter, wenn man bedenkt, dass dies die allererste Erwähnung der Delegation aus Gdańsk in der Kultura war. Jagielski hat im Namen der Gruppe Protest bei der Redaktion eingelegt, und gefordert, dass diese aufhören solle, Unwahrheiten zu verbreiten.⁴⁹⁶ Chilecki wurde nahegelegt, er solle eher für den Trybuna Ludu schreiben⁴⁹⁷, was als heftiger Angriff gewertet werden kann. Die Gegendarstellung ist nirgendwo veröffentlicht worden, sodass bei denjenigen, die nur die Kultura gelesen hatten, möglicherweise der Eindruck entstand, dass die Mitglieder des Bremer Informationsbüros antisemitische Tendenzen hätten. Die Beziehungen der Bremer Gruppe zu der Redaktion der sehr weit verbreiteten Emigrantenzeitschrift waren somit von Beginn an belastet.

Das Büro in Bremen hatte bereits kurz vor der Versammlung Düsseldorf die erste Ausgabe ihres Informationsbulletins mit dem Titel Fakty i komentarze (Fakten und Kommentare) herausgegeben, am 10.3. die polnische und am 11./12.3. die deutsche Version. Die Bewertung, in diesem würden Materialien, die schon längst in anderen Zeitschriften veröffentlicht wurden, erscheinen - von Chilecki in der Kultura geäußert⁴⁹⁸ - kann als zutreffend bezeichnet werden. Auch die Gruppe war sich ihrer eingeschränkten journalistischen Fähigkeiten bewusst, wie aus dem Einleitungstext der ersten Ausgabe⁴⁹⁹ und auch einem

der Gdańsker „Solidarność“ will nichts zu tun haben mit „Intelligenten und Juden“), Kultura 414 (3, 1982), 127.

495 Siehe Dokument 72. In: Pleskot (Hg.): Solidarność, Zachód i węże, 184.

496 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben der Gruppe an die Redaktion der Kultura, 1.4.1982.

497 Siehe AFSSO, 02-088, PB: Gruppe an Redaktion der Kultura, 1.4.1982.

498 „Biuro rozpoczęło wydawanie biuletynu w językach polskim i niemieckim (na razie kompilacja dokumentów już dawno wydanych przez grupy działaczy Solidarności w Sztokholmie, Paryżu i Nowym Jorku)“, „Das Büro hat begonnen, ein Bulletin auf deutscher und polnischer Sprache herauszugeben (zunächst ist es eine Ansammlung von Dokumenten, die schon längst durch die „Solidarność“ Gruppen in Stockholm, Paris und New York herausgegeben wurden“, Kultura 415 (5, 1982), 129.

499 Fakty i komentarze, Nr. 1, 10.3.1982, 1.

Schreiben von eines Gruppenmitglieds an Chilecki hervorgeht.⁵⁰⁰ Auf eigene Kommentare oder Texte verzichtete die Gruppe mit wenigen Ausnahmen. Die Auflage des Bulletins war nie besonders hoch und die deutsche Version erschien in unregelmäßigen Abständen, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Übersetzerin, die in dieser Zeit für die Gruppe tätig war, viele Aufgaben hatte, da sie die Gruppenmitglieder oft auf Veranstaltungen begleitete und die tägliche Korrespondenz übersetzen musste.

Bei der Übersetzerin handelte es sich um Urszula Wildner, die in Wrocław Hochschullehrerin für Germanistik gewesen war, und nach der Ausrufung des Kriegsrechts in die BRD gekommen war.⁵⁰¹ Zwar war sie „Solidarność“-Mitglied⁵⁰², doch geben die Umstände ihrer Reise in die BRD einige Rätsel auf. In dem Bericht von TW „Konrad“ wird sie jedenfalls verdächtigt, für den SB aktiv gewesen zu sein.⁵⁰³ Allerdings konnte dieser keine konkreten Tätigkeiten oder Ereignisse als Beweis dafür nennen. Anscheinend strebte sie an, eine Doktorarbeit über die „Solidarność“ zu schreiben, und trat diesbezüglich in Kontakt mit dem DGB, der sie einerseits an die Hans-Böckler-Stiftung verwies, die für Stipendien zuständig war⁵⁰⁴, andererseits auch skeptisch war, ob sie die Zeit dafür finden würde, da die Gruppe sehr auf sie angewiesen war.

Ein weiteres neues Mitglied des Büros war Jerzy Gąsior, der wahrscheinlich auch aus Gdańsk stammte. Über ihn ist allerdings nichts bekannt. Er scheint die Gruppe vor dem Januar 1983 wieder verlassen zu haben.⁵⁰⁵

Dass Wildner in der Lage war, auszureisen, deutete auf eine gewisse Entspannung der Lage in Polen hin. Auch erreichten einige Briefe aus Gdańsk die Gruppe. Diese ersten Anzeichen der Normalisierung wurden jedoch begleitet

500 AFSO, 02-088, PB: Schreiben der Gruppe an Andrzej Chilecki, 10.5.1982. Dort ist von „naszym amatorstwem w redagowaniu biuletynu“ („unsere Amateurhaftigkeit bei der Redaktion des Bulletins“) die Rede (Chilecki hatte die Gruppe darauf hingewiesen, dass sie es versäumt hatte, unter eine Zeichnung eine Quelle anzugeben).

501 Grabe: Arbeiter aus Danzig, 33:06-38:41.

502 Dies geht auch aus der Teilnehmenden Liste der Versammlung in Düsseldorf hervor, siehe AFSO, 02-088, 40: Lista uczestników Zjazd Działaczy Solidarnosc w Düsseldorfie.

503 Siehe Dokument 72. In: Pleskot (Hg.): Solidarność, Zachód i węże, 187.

504 Siehe Schmidt an Kristoffersen, 3.5.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 241ff., hier 243 und Kristoffersen an Schmidt, 4.6.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 244ff., hier 245.

505 AFSO, 02-088, PB: Schreiben der Gruppe an Kristoffersen, 21.1.1983: dort wurde eine Liste der Mitglieder des Büros geschickt, in der Gąsior nicht mehr auftaucht.

vom Beginn der Prozesse gegen verhaftete „Solidarność“-Aktivist*innen und weiteren Repressionen im Zuge der Proteste, die sich ab Februar immer zahlreicher ereigneten. Als im Februar 1982 der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Herbert Wehner als Privatperson nach Polen reiste, um unter anderem mit Jaruzelski zu sprechen, löste dies heftige Kritik der Opposition⁵⁰⁶ und auch der „Solidarność“-Aktivist*innen aus.⁵⁰⁷ Insgesamt reihten sich die „Solidarność“-Aktivist*innen in das Lager der Kritiker der Bonner Ostpolitik ein, was oftmals zu Kontakten der Aktivist*innen zu den eher kritischen Gruppen resultierte. So nahm das Komitee „Solidarität mit dem polnischen Volk“, das sich Anfang Februar als Zusammenschluss von über 30 politisch eher konservativ gerichteten Organisationen gegründet hatte, Mitte April Kontakt mit dem Bremer Büro auf, um über die Initiative zu informieren und auf eine Demonstration in Bonn am 9.5. hinzuweisen.⁵⁰⁸ Besonders enge Verbindungen hat die Bremer Gruppe zu solchen Akteuren jedoch nicht aufgebaut. Ein „Solidarność“-Aktivist aus Łódź, der für seine Nähe zur Union und eher rechten Verbänden bekannt war, war Ryszard Bartory, der sich in Frankfurt aufhielt.⁵⁰⁹ Er war nicht beim Treffen in Düsseldorf anwesend, oder in einer Arbeitsgruppe aktiv. Trotzdem wurde er von der regime-treuen Presse in Warschau gerne herausgegriffen, um die „Solidarność“ im Ausland zu diskreditieren. Dies geschah unter anderem in einem Artikel, der vermutlich aus der Trybuna Ludu stammte, der das Treffen in Düsseldorf kommentierte.⁵¹⁰ Unter dem Titel „Za obce pieniądze“ (für fremdes Geld) wurde kritisiert, dass der DGB Geld in die Hand nehme, um sogenannte Pseudogewerkschafter zu finanzieren, damit diese

506 Union kritisiert Polen-Reise Wehners. In: FAZ, 17.2.1982, 4.

507 Pogląd, Nr. 4, 7.3.1982, 12f. Vgl. zu dem Besuch und der Kritik: Gawrich: Deutscher Gewerkschaftsbund, 337; Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 230; Świder: Z perspektywy Bonn, 116ff. Laut Świder war der Besuch auch innerhalb der SPD nicht unkontrovers, weil es bisher kaum Zeichen der Entspannung aus Polen gegeben hatte.

508 AFSSO, 02-088, 194 (Komitee Solidarität mit dem polnischen Volk Bonn): Schreiben von Johannes Weberling an die Gruppe in Bremen, 15.4.1982. Folgende Gruppen wurden in dem Schreiben genannt: Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Junge Liberale (JuLis), Katholische Arbeiterbewegung (KAB), Christlich Demokratischer Arbeitnehmerverband (CDA), Junge Union (JU), Bonner Friedensforum, Schlesische Jugend und 34 andere.

509 Bericht über die „Solidarność“-Vertreter, 14.2.1992. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 219.

510 Fakty i komentarze, Nr. 4, 22.4.1982, ohne Seitenangabe und auch in Przekazy 4 (04/1982), 19.

gegen ihr eigenes Land agitieren könnten und gleichzeitig ein einfaches Leben hätten.⁵¹¹ In ihrer Stellungnahme zu diesem Diskreditierungsversuch erinnerte die Bremer Gruppe daran, dass sie eine offizielle Delegation der „Solidarność“ gewesen sei, die gegen die Regierung der PRL agitiere, nicht aber gegen das eigene Land. Sie seien nicht von Vertriebenenverbänden finanziert, sondern müssten von Sozialhilfe leben. In der Antwort spiegelt sich auch etwas Frustration wider: ihr Los seien finanzielle Probleme, die Feindschaft vieler Organisationen und Versuche, die Arbeit der Gruppe zu instrumentalisieren.⁵¹² So scheint etwa die wiederholt vorgetragene Forderung nach Sanktionen dazu geführt zu haben, dass gewisse Akteure, z.B. der Friedensbewegung in der BRD die Solidarność-Gruppe heftig kritisierten.

Unter anderem um die finanzielle Situation zu verbessern und somit mehr Handlungsraum (nicht nur für sich selbst) zu gewinnen, vereinbarte das Bremer Büro Ende März eine weitreichende Kooperation mit dem DGB. Bei der Organisation von Büros für die Arbeitsgruppen, Einrichtung eines „Solidarność“-Fonds solle der DGB helfen, außerdem sollten regelmäßige Treffen der „Solidarność“-Aktivist*innen stattfinden; die regionalen Sektionen des DGB sollten den Pol*innen, die kürzlich in die BRD gekommen sind, bei der Integration helfen; und das Büro in Bremen werde zusammen mit dem DGB auch gesellschaftlich-kulturelle Aktionen durchführen, die zu einer Annäherung zwischen Polen und Deutschen beitragen sollten.⁵¹³ Der DGB trug die Kosten für die Unterhaltung des Büros in Höhe von 2.000 DM monatlich. Der DGB Bremen sollte die Übersicht über die finanziellen Angelegenheiten haben.⁵¹⁴ Von dieser Maßnahme erhoffte sich Kristoffersen eine Verbesserung der Arbeitsatmosphäre.⁵¹⁵ Außerdem sollte Ulrich Borsdorf, der sich von der publizistischen Seite des DGB mit den „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD beschäftigte, die Gruppe treffen⁵¹⁶ – wahrscheinlich, um einen Bericht über das Büro zu schreiben, der bereits in der Polen-Spezialausgabe der Gewerkschaftlichen Monatshefte

511 Fakty i komentarze, Nr. 4, 22.4.1982; Przekazy 4 (04/1982), 19.

512 Fakty i komentarze, Nr. 4, 22.4.1982; Przekazy 4 (04/1982), 19.

513 Schreiben von Jagielski an die Internationale Abteilung, 25.3.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 234f., hier 235. Auch: Kristoffersen an Schmidt, 2.4.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 238ff., hier 239f.

514 Zimmermann an Schmidt, 1.4.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 237.

515 Kristoffersen an Schmidt, 2.4.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 238.

516 Kristoffersen an Schmidt, 2.4.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 238.

angekündigt worden war.⁵¹⁷ Die Vereinbarung war sehr ambitioniert und hatte eine Menge Potential, die Beziehungen zwischen dem DGB und der Solidarnosc in der BRD zu verbessern – allerdings nur, wenn sich beide Seiten daran halten würden.

2. Die Eröffnung des Büros

Im April 1982 waren das Büro und die Wohnungen in der Eduard-Grunow-Straße 2 soweit hergerichtet, dass es offiziell eröffnet werden konnte. Aus der Liste der eingeladenen Personen⁵¹⁸ lässt sich ein Abbild der Partner und Kontakte der Gruppe ermitteln. Neben Vertretern der Bremer Politik (Franke, Koschnick, Vertreter aller im Senat vertretenen Parteien und Adamietz von der BGL), Johannes Rau, MdB Graf Huyn (CSU), Vertreter des DGB (Schmidt, Kristoffersen, Borsdorf und Vetter), Wissenschaftler*innen (Helga Hirsch⁵¹⁹ und Prof. Geiss⁵²⁰) dem Priester Abramczyk, Betriebsratsvertretern von lokalen Unternehmen und anderen Personen, die nicht zuzuordnen sind, waren auch Aktivisten der Komitees „Solidarität mit „Solidarność““ (Brandt, Moneta) und Lew Kopelew eingeladen.⁵²¹ Natürlich waren viele Journalist*innen anwesend.⁵²² Es ist schwer zu ermitteln, wer von den eingeladenen Gästen tatsächlich bei der Eröffnung anwesend war, doch kann davon ausgegangen werden, dass zumindest die eingeladenen aus Bremen und Umgebung erschienen sind. Im Weser Kurier hieß es, dass sich die verschiedenen Vertreter*innen im Büro drängten.⁵²³ Kunikowski schrieb einige Tage nach der Eröffnung an *Radio Free*

517 Borsdorf: Solidarität für Polen, 80. Ein solcher Bericht ist allerdings nie veröffentlicht worden, womöglich aufgrund der anschließenden Konflikte.

518 AFSSO, 02-088, 30 (Eröffnung des Büros am 19.4.1982): Liste der eingeladenen Personen.

519 Helga Hirsch forschte zu der Opposition in Polen und unterstützte die „Solidarność“ auch in der BRD. Ihr Buch über die Opposition in Polen ist 1985 erschienen: Hirsch: Bewegungen für Demokratie. Vgl. Riechers: Hilfe für Solidarność, 60.

520 Prof. Immanuel Geiss war Historiker, der im Wintersemester 1980/1 an der Universität in Gdańsk lehrte, und somit in Kontakt mit der „Solidarność“ gekommen war. Siehe dazu: Riechel: Begegnungen, 76-79.

521 AFSSO, 02-088, 30: Liste der eingeladenen Personen.

522 Dies ist in der Originalszene in Grabe: Arbeiter aus Danzig, 49:39-55:11 gut ersichtlich.

523 „Solidarität“ jetzt mit einem eigenen Büro. In: Weser Kurier, 20.4.1982, 16.

Europe in München, von dem kein Vertreter gekommen war, und informierte über die Veranstaltung, bei der ca. 70 Personen anwesend gewesen sein sollen.⁵²⁴ Nicht anwesend waren allerdings Kristoffersen und Vetter. Erwin Schmidt vom DGB Bremen konnte nur mit Verspätung der Veranstaltung beiwohnen, denn die Einladungen zur Eröffnung wären nach Aussage des DGB erst zwei Tage vor dem Termin eingegangen.⁵²⁵ Er empörte sich im Anschluss darüber, dass ihm nicht die Möglichkeit gegeben wurde, ein Grußwort zu halten.⁵²⁶

In seiner Eröffnungsrede⁵²⁷ ging Kunikowski darauf ein, dass die Gruppe als die einzige offizielle Delegation der „Solidarność“ in der BRD viel unternommen habe, um ein Ende des Kriegszustands zu erreichen. Das wichtigste Ziel der Gruppe bestehe in der humanitären Hilfe für die vom Kriegsrecht betroffenen Kolleg*innen und deren Angehörige in Polen. Er erwähnte, dass zwei Mitglieder der Gruppe im Sekretariat in Brüssel Mitglieder seien. Neben den weiteren Protesten gegen den Kriegszustand kündigte er an, dass man versuchen werde, Patenschaften für die Familien von Internierten und Verhafteten einzurichten, außerdem würde am 13. Tag jedes Monats ein Hilfstransport für Polen vom Büro aus gestartet werden.⁵²⁸ Er bedankte sich insbesondere bei Franke, Koschnick und Kristoffersen, sowie bei den Kollegen der Vulcan-Werft, wobei bei letzteren unklar ist, welchen Beitrag sie für die Einrichtung des Büros geleistet hatten. Bei der Eröffnung war außerdem eine Ausstellung des polnischen Malers Andrzej Piwarski zu besichtigen: Dieser war ein „Solidarność“ Mitglied und hatte von 1976-1980 in Münster als Gastdozent gearbeitet.⁵²⁹

Schmidt schrieb in seinem Brief an Kristoffersen, dass er sich über einige Gäste sehr gewundert habe⁵³⁰: Wahrscheinlich sind damit vor allem Brandt und Moneta gemeint, denn im Anschluss kritisierte er, dass die Gruppe nicht nur engen Kontakt mit der alternativen Linken und den Grünen habe, sondern auch

524 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben an RFE in München 23.4.1982.

525 Schmidt an Kristoffersen, 3.5.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 241ff., hier 241.

526 Schmidt an Kristoffersen, 3.5.1982, 241.

527 AFSSO, 02-088, 30: Przemówienie w dniu otwarcia Biura Informacyjno-Koordinacyjnego „Solidarnosc” we Bremen dn. 19.4.1982r., 2 Seiten.

528 AFSSO, 02-088, 30: Przemówienie, 19.4.1982, 2.

529 AFSSO, 02-088, 30: Przemówienie, 19.4.1982, 2. Er war außerdem auch bei der Versammlung in Düsseldorf anwesend, AFSSO, 02-088, 40: Liste der Teilnehmer.

530 Schmidt an Kristoffersen, 3.5.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 241.

Veranstaltungen mit diesen durchführe.⁵³¹ Er habe versucht ihnen zu verdeutlichen, dass diese zwar Gewerkschafter seien, aber nicht eng mit ihrer Gewerkschaft verbunden wären. Dass der DGB bei der Eröffnung eines Büros, das er selbst wesentlich mitfinanzierte, sich derart vor den Kopf gestoßen fühlte, schädigte die Beziehung nachhaltig.

Weil die Eröffnung des Büros von vielen Journalist*innen dokumentiert und verbreitet wurde, zog die „Solidarność“-Gruppe in Bremen viel Aufmerksamkeit auf sich. Dies sorgte einerseits dafür, dass erheblich mehr Anfragen an das Büro gerichtet wurden, als noch vor der Eröffnung, andererseits wurde das Büro Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zwischen den Partnerstädten Bremen und Gdańsk.⁵³² Wenn die Behörden in Gdańsk auf das Büro aufmerksam geworden sind und es offen kritisierten, so kann davon ausgegangen werden, dass auch die polnischen Sicherheitsbehörden begannen, sich für das Büro zu interessieren, nachdem die anfänglichen Hoffnungen, dass die Aktivitäten der Auslandsgruppen einerseits die „Solidarność“ im Lande vollkommen diskreditieren würde, und sich andererseits die Gruppen im Ausland nicht lange halten würden, sich nicht bewahrheitet hatten.⁵³³

Wie schon angedeutet, hielt die Gruppe weiter engen Kontakt mit der Initiative „Solidarität mit „Solidarność““, mit denen weiterhin Veranstaltungen durchgeführt wurden.⁵³⁴ Referentenanfragen⁵³⁵, Spendenschreiben⁵³⁶, oder

531 Schmidt an Kristoffersen, 3.5.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 242.

532 Siehe u.a. Kritik aus Warschau am Solidaritätsbüro. In: *Weser Kurier*, 26.4.1982, 18. Vgl. Bobrowski: *Solidarność kaszubska*, 28; Riechel: *Begegnungen*, 21; Riechers: *Hilfe für Solidarność*, 56. Kritik aus Gdańsk gab es auch an der im Mai 1982 erfolgten Einrichtung des Instituts für unabhängige Literatur in Osteuropa an der Universität Bremen, welches heute die Forschungsstelle Osteuropa an der Uni Bremen ist.

533 Vgl. Pleskot: *Wstęp*, 17.

534 AFSO, 02-088, 130: Schreiben des Komitees Solidarität mit Solidarnosc Frankfurt an das Bremer Büro, 23.4.1982. AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an Peter Bertelheimer, 4.5.1982 und Schreiben an Komitee Solidarität mit Solidarnosc, 6.5.1982. Dabei ging es unter anderem um eine gemeinsame Kampagne für die Internierten in Polen sowie eine Veranstaltung in Neustadt anlässlich des 150-jährigen Jubiläums des Hambacher Festes.

535 In AFSO, 02-088, PB sind Referentenanfragen von folgenden Gruppen/Personen in diesem Zeitraum zu finden: JU Kreisverband Peins, 28.4.1982; Burschenschaft Schlägel & Eisen 29.4.1982; SPD Pfalz 28.4.1982; Wolfgang Roeb 29.4.1982; Asta Uni Göttingen 7.5.1982; Solidarität mit Solidarnosc Giessen 8.5.1982.

536 In AFSO, 02-088, PB sind Dankeschreiben an folgende Organisationen und Personen zu finden: Krankenhaus Findorff 4.5.1982; Maria Köller 6.5.1982.

Angebote der Mitarbeit⁵³⁷ kamen ab diesem Zeitpunkt in großer Zahl an die Gruppe, auch berichteten viele Organisationen über ihre Aktivitäten, die sie für die „Solidarność“ unternommen hatten.⁵³⁸ Der überwiegende Teil der so entstandenen Kontakte war einmaliger Natur, sodass die Verbindungen zwischen den Akteuren und dem Bremer Büro als sehr lose bezeichnet werden können. Eine Ausnahme davon stellt der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn (CSU) dar. Er war einer der stärksten Kritiker der Polenpolitik der Bundesregierung.⁵³⁹ Auch wenn nicht klar ist, wie der Kontakt zwischen der Gruppe und ihm zustande kam, wurde er bei der Eröffnung des Büros eingeladen⁵⁴⁰, und die Gruppe dankte ihm im Mai für seinen Einsatz gegen die Polen- und Afghanistanpolitik der sozialliberalen Koalition und gegen das Erdgasröhrengeschäft.⁵⁴¹

Auch waren es nicht nur Aktivist*innen der „Solidarność“, welche die Politik der deutschen Regierung kritisierten: In einem Appell, der Ende April veröffentlicht wurde⁵⁴², forderten einige bekannte polnische Intellektuelle, darunter Jerzy Giedroyc (Herausgeber der *Kultura*), Czeslaw Miłosz (Literaturnobelpreisträger) und Leszek Kołakowski (Philosoph), dass Kredite an Ostblockstaaten nur dann vergeben werden sollten, wenn die Bedingungen der Bundestagsresolution vom 18.12.1981 tatsächlich eingehalten würden, dass außerdem das Erdgas-Pipeline Projekt aufgegeben werden, und die humanitäre

537 In AFSO, 02-088, PB sind Angebote von Mitarbeit enthalten: Oetjen (Haus der Gewerkschaftsjugend in Bremen), 30.4.1982; Herbert Hanke 30.4.1982 (wollte Materialien nach Polen bringen); Andrzej Vincenz (Mitarbeit beim Bulletin) 3.5.1982; Andrzej Palka (wollte für die „Solidarność“ im Raum Bochum aktiv werden), 14.5.1982.

538 So z.B. Ludger Klus (Nidderau), 4.5.1982; Jürgen Daum (Landshut), 5.5.1982; VHS Bielefeld, 5.5.1982; Bürgerforum Schleswig-Holstein, 5.5.1982; Solidarität mit Solidarnosc Recklinghausen, 8.5.1982; Hans-Peter Krebs, 13.5.1982, alle in: AFSO, 02-088, PB. Oftmals handelte es sich um „Solidarność“-Flugblätter, die an das Büro gesendet werden, oder Veranstaltungen, die durchgeführt wurden.

539 Siehe z.B. seinen Artikel: Hans Graf Huyn: Auf dem diplomatischen Parkett liegt ein großer Scherbenhaufen. In: *Münchener Merkur*, 15.1.1982.

540 AFSO, 02-088, 30: Liste der eingeladenen Personen.

541 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an MdB Graf Huyn, 7.5.1982. Bei dem Erdgasröhrengeschäft handelte es sich um eine Erdgas-Pipeline aus der Sowjetunion nach Westeuropa, ein Projekt, das vor allem für Frankreich und die BRD sehr wichtig war, und von den USA und den „Solidarność“-Aktivist*innen kritisiert wurde, vgl. dazu: Maliszewski: *Opinie prasy*, 301; Sjursen: *The US, Western Europe and the Polish Crisis*, 77 und 81.

542 Siehe *Kultura* 417 (6, 1982), 85-87; *Pogląd*, Nr. 9, 16.5.1982, 41f.; *Przekazy* 5 (1982), 25f.; *Morgenpost*, 28.4.1982, 13.

Hilfe weiter fortgesetzt werden sollte. Diese Position entsprach derjenigen der meisten Solidarnosc-Aktivist*innen, auch der Mitglieder des Bremer Büros, standen jedoch (mit Ausnahme der humanitären Hilfe) im Widerspruch zur Bonner Regierungspolitik, und somit auch der SPD.⁵⁴³

Anfang Mai ging bei der Gruppe die Einladung zum 12. DGB Kongress ein.⁵⁴⁴ Die Gruppe bat den Bundesvorstand darum, dass auch Mitglieder der West-Berliner Arbeitsgruppe an dem Kongress teilnehmen sollten, da dieser in West-Berlin stattfinden würde.⁵⁴⁵ Dieser Bitte wurde stattgegeben, sodass Krzysztof Kasprzyk von der West-Berliner Gruppe zusammen mit Kunikowski, Jagielski und Wildner an dem Kongress teilnahm.⁵⁴⁶

Die Gruppe stand in Kontakt mit dem Priester Henryk Jankowski in Gdańsk, der für seine Nähe zur „Solidarność“ und Lech Wałęsa persönlich sehr bekannt war. Mit großer Wahrscheinlichkeit war er auch der Beichtvater der Gruppenmitglieder. Die Gruppe korrespondierte bezüglich der Spenden für bestimmte Kolleg*innen und Familien mit ihm⁵⁴⁷, und darüber hinaus schilderten sie ihm ihre persönliche emotionale Situation in einem Schreiben vom 5.5.1982.⁵⁴⁸ Sie seien nach ihrer Ankunft in Bremen überrascht und schockiert gewesen, und müssten nun auf einem unbekanntem Terrain aktiv sein. Vor allem seien sie aber sehr erschüttert über das, was in Polen über sie geschrieben würde – so schien es nicht nur in der regierungstreuen Presse, sondern auch in Untergrundpublikationen der „Solidarność“ negative Berichte über das Büro in Bremen gegeben zu haben, wobei letztere dem Anschein nach den persönlichen Lebensstil der Mitglieder angriffen.⁵⁴⁹ Diese Nachrichten:

543 Vgl. Maliszewski: *Opinie prasy*, 301.

544 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an den DGB Bundesvorstand, 4.5.1982.

545 AFSO, 02-088, PB: Büro an DGB-BuVo, 4.5.1982.

546 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an den DGB Bundesvorstand, 6.5.1982. In diesem Schreiben war außerdem eine Liste mit in Polen dringend benötigten Medikamenten für Ulrich Borsdorf beigefügt.

547 AFSO, 02-088, 180 (Arbeitsgruppe Saarbrücken, Henryk Czarski): Brief von ks. Henryk Jankowski, 20.5.1982; AFSO, 02-088, 380: Brief von Henryk Jankowski, 3.4.1982; AFSO, 02-088, PB: Schreiben an ks. Henryk Jankowski 23.6.1982.

548 AFSO, 02-088, PB: Brief der Gruppe an ks. Henryk Jankowski, 5.5.1982, 2 Seiten.

549 Leider ist es dem Verfasser nicht gelungen, diese Berichte ausfindig zu machen.

„są daleko krzywdzące i odbierające chęć do dalszej pracy. Chętnie zamienilibyśmy miejsce tutaj w polskim obozie lub w więzieniu, gdyż już ręce opadają, jeżeli w kraju mówi się o nas źle.”⁵⁵⁰

Sie täten alles was sie könnten, gaben zwar zu, dass sie keine „działaczami pierwszej linii“⁵⁵¹ (Aktivisten der ersten Linie) seien und beklagten, dass ihnen Türen verschlossen blieben und sie keine direkte Verbindung mit ihrer Heimat hätten, was ihnen die Arbeit sehr erschwere. Auch ihre materielle Situation (313 DM im Monat von der Sozialhilfe), die psychische Belastung (Trennung von Familien) und eine harte Verurteilung, sollten sie nach Polen zurückkehren, seien belastende Faktoren.⁵⁵² Der Brief ist von allen Mitgliedern der Gruppe, auch Wildner, unterzeichnet. Die Frustration und die psychische Belastung der Mitglieder des Büros, die auch bei anderen „Solidarność“-Aktivist*innen bzw. Emigrant*innen vorhanden war, muss im Hinterkopf behalten werden, wenn über deren Aktivitäten reflektiert wird. Über dieses weit verbreitete Problem wurde von Henryk Olesiak, einem polnischen Psychologen, der in Düsseldorf das 1984 gegründete Institut *Tradycja i współczesność*⁵⁵³ (Tradition und Gegenwartigkeit) leitete, 1987 ein Buch verfasst.⁵⁵⁴ Auch wenn das Buch eine eindeutige politische Stoßrichtung hat, werden einige wichtige Dinge dort angesprochen, so wie etwa das Problem, dass nur wenige Pol*innen, die nach Deutschland kämen, ihren alten Beruf wieder ergreifen konnten (wenn sie überhaupt Arbeit fanden)⁵⁵⁵ oder der weit verbreitete Alkoholismus.⁵⁵⁶ Ebenfalls wurde die Haltung polnischer Emigrant*innen zur deutschen Politik thematisiert, die überwiegend ablehnend sei.⁵⁵⁷

550 AFSSO, 02-088, PB: Gruppe an ks. H. Jankowski, 5.5.1982, 1, „[Diese Nachrichten] sind weiter benachteiligend und rauben uns den Willen für weitere Arbeit. Wir würden unseren Platz hier gerne für ein polnisches Lager oder einen Platz im Gefängnis eintauschen, weil es zum Mäuse melken ist, wenn in der Heimat schlecht über uns geredet wird.“

551 AFSSO, 02-088, PB: Gruppe an ks. H. Jankowski, 5.5.1982, 1.

552 AFSSO, 02-088, PB: Gruppe an ks. H. Jankowski, 5.5.1982, 1f.

553 Górski / Tymochowicz: Polska emigracja i Polonia, 31.

554 Olesiak: Polska emigracja.

555 Olesiak: Polska emigracja, 31f.

556 Olesiak: Polska emigracja, 73f.

557 Olesiak: Polska emigracja, 154-160.

3. Der DGB-Kongress

Ihrer Frustration über die Haltung des DGB und der Regierung hat die Gruppe auch in einem Brief an Eugen Loderer, der für die „Solidarność“ im Ausland einen PKW gespendet hatte, und innerhalb des DGB einer der stärksten Unterstützer der „Solidarność“ war, geäußert:

„Wir beklagen, daß sich in einem freien, demokratischen Staat wie der Bundesrepublik so wenig Gewerkschafter wie Du finden, die es für ihre Gewerkschaftliche Pflicht halten, öffentlich gegen die Mißachtung, der Menschen-rechte, die Zerschlagung gewerkschaftlicher Bewegungen und die Unterdrückung des Willen ganzer Völker ihre Stimme zu erheben und praktische Solidarität zu üben.“⁵⁵⁸

Der DGB-Kongress fand vom 16. bis 22. Mai in West-Berlin statt⁵⁵⁹: Hauptthemen waren die Wahl eines neuen Vorstands, die Neue Heimat-Affäre und Arbeitslosigkeit. Gäste waren neben den „Solidarność“-Aktivist*innen auch der Vorsitzende des AFL-CIO, Lane Kirkland, und einige Delegationen von offiziellen Gewerkschaften aus dem Ostblock, welche sich darüber beklagten, dass sie nicht zu Wort kamen und die Hilfe des DGB für die „Solidarność“ und die Rede von Kunikowski kritisierten.⁵⁶⁰ Von den politischen Gästen sprachen scheinbar nur die der Union „Solidarność“ an. Der scheidende Bundesvorsitzende Vetter warb weiter für den Verein „Solidarität mit Polen“ und verurteilte die Repressionen in Polen. In seiner Rede, die Kunikowski am 18.5. hielt, dankte er dem DGB für die humanitäre und auch moralische Hilfe, für welche die Aktionen am 30.1. und der Kongress in Düsseldorf gute Beispiele seien.⁵⁶¹ Die Zusammenarbeit des DGB mit dem Bremer Büro und den Arbeitsgruppen solle sich noch weiter intensivieren, auch wenn Kunikowski nicht verschwiegen, dass es gewisse Probleme gab. Der DGB hätte bereits Schritte unternommen, diese zu beheben.⁵⁶² Dann sprach er noch über die Genese der „Solidarność“ und die

558 AFSO, 02-088, PB: Schreiben der Gruppe an Eugen Loderer, 17.5.1982.

559 AFSO, 02-088, 310 (12. Kongress des DGB Berlin 16.-22. Mai 1982): Bericht des Büros über den Kongress, 3 Seiten.

560 AFSO, 02-088, 310: Bericht über den Kongress, 2.

561 AFSO, 02-088, 310: Przemówienie Kunikowskiego na XII. Zjazd DGB, 18.5.1982, 3 Seiten, hier 1.

562 AFSO, 02-088, 310: Rede Kunikowskis auf dem 12. DGB-Kongress, 18.5.1982, 2.

wertvolle Hilfe, die der DGB der Gewerkschaft hatte zukommen lassen.⁵⁶³ Zuletzt betonte er, dass die „Solidarność“ auch im Untergrund noch weiter kämpfe, wofür die Mai-Demonstrationen ein gutes Beispiel seien.⁵⁶⁴ Die Delegation übergab außerdem eine Sammlung von Plakaten des Grafikers Klaus Staeck an den neuen Bundesvorsitzenden Ernst Breit, der versicherte, dass der DGB die „Solidarność“ weiter unterstützen werde.⁵⁶⁵ Ob er dies tatsächlich mit derselben Energie wie sein Vorgänger tat, kann bezweifelt werden: Einen Monat nach dem Kongress schickte das Bremer Büro ein Schreiben an Breit, in dem sie ihn um ein Gespräch baten⁵⁶⁶, zu dem es wahrscheinlich nie gekommen ist. Am 20.5. trafen sich außerdem die Vertreter des Bremer Büros mit der Arbeitsgruppe und dem KOS in West-Berlin, um Probleme zu besprechen und weitere Tätigkeiten zu koordinieren, wobei scheinbar ideologische Differenzen zutage traten.⁵⁶⁷ Krzysztof Kasprzyk, der ebenfalls beim Kongress anwesend war, hat anschließend eine offizielle und inoffizielle Version eines Berichts über den Kongress verfasst.⁵⁶⁸ In der inoffiziellen Version schildert er seine eigene Perspektive auf den Kongress, der ohne die Affäre Neue Heimat und die Wahl eines neuen Vorstands wohl „szary i nudny“⁵⁶⁹ (grau und langweilig) gewesen wäre. Er kritisierte, dass das Wort „Solidarität“ phrasenartig von vielen Leuten verwendet wurde, ohne dass dabei konkrete Dinge mit verbunden wären. Die Rede Kunikowskis erschien ihm „ocenzurowane“⁵⁷⁰ (zensiert). Zwar gibt es keinen Nachweis über einen solchen Vorgang, doch geben gewissen Aussagen der Rede Aufschluss darüber, dass der DGB einen starken Einfluss auf den Inhalt genommen hat: So etwa, dass der DGB schon seit seiner Gründung immer denen geholfen habe, die Hilfe bedürfen; oder, dass die Probleme zwischen dem DGB und den Gruppen nicht konkretisiert werden (z.B., dass der DGB de facto die Arbeitsgruppen nicht unterstützt) und zuletzt auch, dass die „Solidarność“ während des legalen Bestehens von der Hilfe des DGB stark profitiert hat: Es ist nämlich höchst unwahrscheinlich, dass die Mitglieder des Büros je selber etwas

563 AFSO, 02-088, 310: Rede Kunikowskis auf dem 12. DGB-Kongress, 18.5.1982, 2.

564 AFSO, 02-088, 310: Rede Kunikowskis auf dem 12. DGB-Kongress, 18.5.1982, 3.

565 AFSO, 02-088, 310: Bericht des Büros über den Kongress, 2.

566 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an Ernst Breit, 22.6.1982.

567 AFSO, 02-088, 310: Bericht des Büros über den Kongress, 3.

568 Przekazy 6 (1982), 81f.

569 Przekazy 6 (1982), 81.

570 Przekazy 6 (1982), 82.

von dieser Hilfe erfahren haben, da der DGB nur mit der Region Mazowsze in engem Kontakt gestanden hatte. Zuletzt reflektiert Kasprzyk über die Situation der „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD, die „zaczyna niebezpiecznie ewoluować w kierunku ... zapomnienia“⁵⁷¹ („die beginnt, sich gefährlich in die Richtung des ... Vergessens zu entwickeln“). Denn bei den meisten Deutschen scheine sich der Eindruck zu bilden, dass sich die Lage in Polen normalisiere, die Massenmedien berichteten immer wenige über Polen und die Politiker hätten keinen konsequenten Standpunkt.⁵⁷² Diese Beobachtung ist nicht von der Hand zu weisen: So konstatiert Maliszewski, dass das Interesse der Medien an den Entwicklungen in Polen bereits ab März zu sinken begann.⁵⁷³

4. Zusammenfassung

Der Kongress in Düsseldorf und die Eröffnung des Büros bewirkten eine gewisse Vergrößerung des Netzwerkes des Bremer Informationsbüros. Jedoch war der Kontakt zu den verschiedenen „Solidarność“-Arbeitsgruppen stets unterschiedlich intensiv: So bestanden relativ enge Beziehungen zu der geografisch nächstgelegenen Gruppe in Hamburg, und auch zu den Berliner Gruppen hielt die Gruppe etwas Kontakt, auch wenn in dieser Zeit scheinbar ideologische Differenzen zutage traten, was die Beziehungen schwieriger gestaltete. Zu Aktivist*innen in Köln, Saarbrücken, Augsburg und anderen Orten waren die Kontakte, wenn überhaupt vorhanden, nur sporadisch. Zu regelmäßigen Treffen der Aktivist*innen ist es, entgegen Vereinbarungen, die mit dem DGB getroffen wurden, nie gekommen. Der DGB, der durch das Treffen in Düsseldorf etwas Klarheit gewonnen hatte, konkretisierte seine Unterstützung für das Bremer Büro. Trotzdem kam es immer wieder zu Konflikten, die sich auch an der weiterhin engen Verbindung, welche die „Solidarność“-Mitglieder mit der Initiative „Solidarität mit „Solidarność““ hatten, entzündeten und durch die gegensätzlichen politischen Ansichten und (in den Augen des DGB) ungeschicktes Verhalten der Gruppenmitglieder verschärft wurden. Durch die Eröffnung des eigenen Büros erhielt die Bremer Gruppe etwas mehr Handlungsspielraum und

571 Przekazy 6 (1982), 82.

572 Przekazy 6 (1982), 82.

573 Siehe Maliszewski: *Opinie prasy*, 297.

auch Aufmerksamkeit, die sich darin niederschlug, dass die Gruppe viele Anfragen erhielt. In den Quellen lässt sich nicht nachweisen, dass die meisten der so geknüpften Verbindungen von dauerhafter Natur waren, sodass es schwer ist, von neuen Akteuren im Ego-Netzwerk des Büros zu sprechen. Die Mitglieder sahen sich selbst bereits zu diesem Zeitpunkt etwas isoliert. Als Kasprzyk konstatierte, dass sich die Situation der „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD weiter verschlechterte, bezog er sich zwar auf die gesunkene Aufmerksamkeit für die „Solidarność“ in der BRD, doch muss dabei auch die innere Verfassung der Aktivist*innen berücksichtigt werden.

VII. Krisen und Distanzierung

Nachdem es während des DGB-Kongresses auch zu Gesprächen zwischen Mitgliedern des Bremer Büros und Erwin Kristoffersen gekommen war, die nicht gut verliefen, begann ein Prozess der weiteren Distanzierung. Auch wenn das Büro weiterhin als Kontaktpunkt für Akteure auf nationaler und internationaler Ebene fungierte, kam es im Sommer zu Ereignissen und Entwicklungen, die den endgültigen Niedergang des Bremer Informationsbüros besiegelten.

1. „Zgoda buduje, niezgoda rujnuje“⁵⁷⁴

Nach dem DGB-Kongress scheint selbst Kristoffersen die Geduld mit den Mitgliedern des Bremer Büros verloren zu haben. In einem Schreiben an Schmidt drückte er zwar seine Hoffnung aus, dass sie die Angelegenheiten bei einem Treffen des Büros mit DGB Vertretern verbessert werden könnten, doch stellte er fest, dass er sich die Zusammenarbeit anders vorgestellt hatte und beklagte, dass es nicht angehen könne, dass der DGB der Gruppe Geld zukommen lasse, und diese dann damit mache, was ihr bitterlich gefalle.⁵⁷⁵ Nicht hilfreich war wahrscheinlich, dass Mikołajczuk bei einer Veranstaltung der Grünen und des Frankfurter Komitees „Solidarität mit „Solidarność““ zum 150-jährigen Jubiläum des Hambacher Festes referierte.⁵⁷⁶ Aus einem Schreiben von Kunikowski an das Pariser Komitee geht zudem hervor, dass dieses „powazne zatrzezenia co do kierunku i metod nazej pracy na terenie RFN“⁵⁷⁷ (erhebliche Bedenken bezüglich der Richtung und Methoden unserer Arbeit auf dem Gebiet der BRD) geäußert habe. Er schlug ein Treffen vor, damit man diese Probleme aus der Welt räumen könne. Dieses hat jedoch nie stattgefunden. Auch scheint das Pariser Komitee nicht das einzige zu sein, das Kritik am Büro übte. In einem Brief

574 Fakty i komentarze, Nr. 9, 4.7.1982, 2-5, hier 5. „Einigkeit baut auf, Uneinigkeit ruiniert.“

575 Kristoffersen an Schmidt, 4.6.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 245.

576 AFSO, 02-088, 110: Bericht über die Veranstaltung in Neustadt, 30.5.1982.

577 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Kunikowski an das Comité de Coordination in Paris, 27.5. bzw. 9.6.1982.

von Ende Mai an Tadeusz Podgórski aus der Reaktion von Przemiany⁵⁷⁸ betont Kunikowski einerseits, dass die Gruppe sehr viel Arbeit habe und schreibt weiter: „Nasza grupa mimo wszystko co się od nas mówi jest jednolita i wszyscy są tej sami orientacji politycznej i związkowej co ułatwia nam prace w Biurze.“⁵⁷⁹ Auch wenn gewisse Uneinigkeiten zwischen den Gruppenmitgliedern nach außen hervorgetreten zu sein scheinen, so führten sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu einer Einstellung der Tätigkeit oder offenen Spaltung der Gruppe. Im selben Schreiben betont Kunikowski, dass alle Mitglieder der Gruppe die Rückkehr nach Polen anstrebten, und in der BRD alles tun würden, sofern es mit ihrem Gewissen und Überzeugungen übereinstimme.⁵⁸⁰ Ende Mai fiel darüber hinaus das Kopiergerät des Büros für längere Zeit aus, was zur Folge hatte, dass die Gruppe ihr Bulletin nicht mehr in derselben Quantität verbreiten konnte.⁵⁸¹ Die deutsche Version des Bulletins war jedoch sowieso schon aufgegeben worden – die letzte Ausgabe erschien am 9. Mai⁵⁸², eine sechste war zwar noch in Arbeit, wurde jedoch nicht fertiggestellt.⁵⁸³ Aus einem Schreiben, das Jagielski im Namen der Gruppen an MdB Otto Henning (SPD) verfasst hat⁵⁸⁴, kann man die kritische Haltung der Mitglieder der „Solidarność“ bezüglich der deutschen Ostpolitik erneut erkennen: Sie kritisierten die „sehr gemäßigte Politik mit dem Osten“⁵⁸⁵, die durch die „Angst vor dem mächtigen Gendarmen im Osten“ bedingt sei. Jagielski drückt das Bedauern aus, dass die SPD nicht den Freiheitskampf der Polen unterstütze, denn nur dieser würde auch Deutschland davor

578 Przemiany (Wandel) war die Zeitschrift der PPS in der BRD, mit Hauptsitz in München. Vgl. dazu Zajac: Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen, 233.

579 AFSO, 02-088, PB: Brief an Tadeusz Podgórski 24.5.1982. „Unsere Gruppe ist, trotz allem was über uns gesagt wird, einheitlich und alle sind der gleichen politischen und gewerkschaftlichen Ausrichtung, was uns die Arbeit im Büro erleichtert.“

580 AFSO, 02-088, PB: Brief an Tadeusz Podgórski 24.5.1982.

581 AFSO, 02-088, PB: Brief an den Club Voltaire 26.5.1982; Brief an das Komitee Solidarität mit Solidarnosc Wuppertal 27.5.1982; Brief an Günther Grass, 8.6.1982. Aus einem Brief an Prof. Kleßmann (Bielefeld) vom 1.7.1982 geht hervor, dass das Gerät auch im Juli immer noch nicht instandgesetzt war. Vermutlich wurde der Gruppe kein Geld für die Reparatur des Geräts zur Verfügung gestellt.

582 Fakten und Kommentare, Nr. 4/5, 9.5.1982.

583 Zumindest sind in dem Karton im AFSO einige Übersetzungen von Texten, die bereits in der polnischen Ausgabe erschienen sind, enthalten.

584 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Jagielski an Otto Henning, 25.5.1982.

585 Dieses und folgende Zitate sind aus: AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Jagielski an Otto Henning, 25.5.1982.

bewahren, dass es „über Nacht zu Afganistan“ werde. Diese harte Haltung gegenüber der Sowjetunion in Verbindung mit einer gewissen Heroisierung der Opposition in Polen war nicht unüblich für „Solidarność“-Aktivist*innen: Zur selben Zeit fand ein Protestmarsch von 50 Pol*innen von Hamburg nach Rom statt, welche die Öffentlichkeit u.a. davon überzeugen wollten, dass die UdSSR nach der Weltherrschaft strebe.⁵⁸⁶

Es erreichten weiterhin viele Anfragen und Spenden das Büro, sodass die Mitglieder zumindest Teile ihrer Aufgaben wahrnehmen konnten. Eine neue Gruppe von Leuten, die sich an das Bremer Büro wandte, bestand aus Pol*innen, die erst kürzlich emigriert waren, und teilweise vorher interniert gewesen waren.⁵⁸⁷ Sie boten in manchen Fällen ihre Mitarbeit an, meist wandten sie sich jedoch an das Büro in der Hoffnung, dass ihnen in sozialen Belangen geholfen werden würde. Außerdem scheint in dieser Zeit ein gewisser Zenon Szelest zu der Gruppe gestoßen zu sein. Er stammte aus Wrocław⁵⁸⁸ lebte aber in Hilden (in NRW).⁵⁸⁹ Über ihn ist nicht viel bekannt, er scheint jedoch über gewisse Deutschkenntnisse verfügt zu haben⁵⁹⁰ und verfasste einige Artikel in dem Bulletin der Gruppe⁵⁹¹, was darauf schließen lässt, dass er über eine höhere Bildung verfügte. Warum und in welchem Maße er mit der Bremer Gruppe zusammengearbeitet hat, lässt sich jedoch nicht ermitteln.

Was ab Ende Mai spürbar abnahm, ist die Korrespondenz mit den Arbeitsgruppen „Solidarność“ in der BRD. Zwar hatte die Bremer Gruppe noch Kontakt mit „Solidarność“-Gruppen und anderen Akteuren aus dem Ausland (darunter auch der US-Präsident Ronald Reagan, der die Bremer Gruppe in einem

586 Przekazy 6 (1982), 67.

587 AFSO, 02-088, PB: Brief von Mikołajczuk an Ryszard Babicz, 24.6.1982; Schreiben des Büros an Jerzy Studziński, 2.7.1982. Ein Teil dieser neuen Emigranten wurde von der polnischen Regierung unter Druck gesetzt, Polen zu verlassen. So erhoffte sich das Regime eine Schwächung der „Solidarność“. Vgl. dazu Przekazy 4 (1982), 43 und Pick: *Ponad żelazną kurtyną*, 103.

588 AFSO, 02-088, 118 (Materialien zur Frankfurter Buchmesse): Artikel aus den Ruhrnachrichten vom 4.10.1982.

589 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Mikołajczuk an Reinhold Mars, 13.9.1982. Dem Brief lässt sich entnehmen, dass Szelest in Hilden gemeldet war und auch dort aktiv war.

590 Kristoffersen an Schmidt, 5.5.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 270f., hier 270.

591 Z.B. die Texte *Prymas tysiąclecia*. In: *Fakty i komentarze*, Nr. 10, 18.7.1982, 1f. und *Jezdźcie wolny od bólu*, im selben Heft, 17.

Schreiben erwähnt zu haben scheint)⁵⁹², doch wurde die Koordination der Aktivitäten der „Solidarność“ in der BRD nicht weiterverfolgt. Dies gab der Gruppe Anlass, Anfang Juli einen Text über die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den „Solidarność“-Gruppen in der BRD in *Fakty i komentarze* zu veröffentlichen.⁵⁹³ In dem Text wird auf die Entstehung des Bremer Koordinationsbüros eingegangen und auch auf die Abmachung, die dieses mit dem DGB getroffen hatte. Im Hauptteil wird beklagt, dass die Arbeitsgruppen eigenständig tätig würden, ohne das Bremer Büro über ihre Tätigkeiten zu informieren. Es sei notwendig, die Gewerkschaftsdisziplin aufrecht zu erhalten, um nicht in das übliche Problem der alten und auch neuen Emigration zu verfallen, das mit dem Sprichwort „Gdzie trzech Polaków, tam pięć partii“⁵⁹⁴ („Wo es drei Polen gibt, dort gibt es fünf Parteien“) umschrieben wird. Dass sich viele Arbeitsgruppen über die ausgebliebene Unterstützung des DGB beschwerten, sei darauf zurückzuführen, dass der DGB die unorganisierte und unkoordinierte Arbeit der „Solidarność“ kritisiere.⁵⁹⁵ Daher appellierte das Büro an die Gruppen, engere Kontakte zu pflegen, und kritisierte auch einzelne „Solidarność“ Mitglieder, die ohne sich mit irgendetwem abzusprechen vorgäben, im Namen der Gewerkschaft zu sprechen. Eine koordinierte Arbeit sei notwendig, damit das gemeinsame Ziel, die Unterstützung der „Solidarność“ im Untergrund, erreicht werden könne.⁵⁹⁶ Der Text schließt mit den in der Überschrift dieses Abschnitts genutzten Worten. Es ist fraglich, ob dieser Text die Adressaten überhaupt erreicht hat. Da sich die Lage im Anschluss nicht verbesserte, kann davon ausgegangen werden, dass dies nicht der Fall war, oder dass der Appell des Büros nicht ernst genommen wurde.

592 AFSO, 02-088, 350: Schreiben der Solidarität Norge-Polen, 7.6.1982; AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Sekretariats Brüssel, 31.5.1982; Schreiben an die polnische Sektion des BBC London, 10.6.1982; Briefe des Büros an Ronald Reagan 24.6.1982 und 4.7.1982 (aus dem Anlass des Independence Day). Bobrowski: *Solidarność kaszubska*, 28 geht sogar so weit zu behaupten, dass die Gruppe wegen des Kontaktes mit Reagan im engen Kontakt mit dem CIA stand. Dafür lässt sich aber kein Beleg finden.

593 O Solidarnosci na Zachodzie – słów kilka. In: *Fakty i komentarze*, Nr. 9, 4.7.1982, 2-5.

594 O Solidarnosci na Zachodzie – słów kilka. In: *Fakty i komentarze*, Nr. 9, 4.7.1982, 4.

595 O Solidarnosci na Zachodzie – słów kilka. In: *Fakty i komentarze*, Nr. 9, 4.7.1982, 4.

596 O Solidarnosci na Zachodzie – słów kilka. In: *Fakty i komentarze*, Nr. 9, 4.7.1982, 5.

2. Diskreditierung und die Gründung des Brüsseler Koordinationsbüros

Im Juli war die letzte Korrespondenz der Gruppe mit MdB Graf Huyn, der die Gruppe um die Bestätigung einiger Informationen bat⁵⁹⁷, welche diese jedoch nicht leisten konnte.⁵⁹⁸ Die Zusammenarbeit im Spendenbereich mit der Arbeiterkammer⁵⁹⁹ und dem DGB⁶⁰⁰ schien weiter reibungslos verlaufen zu sein. Mit dem Frankfurter „Solidarität mit „Solidarność“-Komitee blieb die Gruppe weiterhin in Kontakt.⁶⁰¹ Doch die Angewiesenheit der Gruppe auf eine*n Übersetzer*in führte zu einem Vorfall, welcher dem Büro nachhaltig geschadet hat. Ludwig Gut, der in Polen für den Kurier Szczecinski gearbeitet hatte, war seit etwa Mitte Mai zeitweise als Übersetzer für die Gruppe tätig.⁶⁰² Er gab am 23.7. ein Interview im Saarländer Rundfunk in dem er behauptete, dass es in Südpolen 70.000 bewaffnete Kämpfer gäbe, die mit der „Solidarność“ in Verbindung stünden und von ehemaligen Offizieren der *Armia Krajowa* (Heimatarmee) geleitet würden. Sie seien bereit zu Terror- und Sabotageakten, um den nationalen Aufstand zu proben. Er gab sich als Sprecher des Bremer Büros aus, blieb aber selber anonym. Diese Meldung wurde von vielen Zeitungen aufgegriffen, darunter auch der Trybuna Ludu,⁶⁰³ und sorgte dafür, dass der DGB darüber nachdachte, seine Zahlungen an das Büro einzustellen, bis der Sachverhalt geklärt

597 AFSO, 02-088, 260 (CSU): Schreiben von MdB Graf Huyn an das Bremer Büro, 1.7.1982. Es ging ihm um einen Nachweis, dass in Polen 80.000 Soldaten der Roten Armee stationiert seien, und Details zu diesen.

598 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Jagielski an MdB Graf Huyn, 13.7.1982. Die Gruppe verwies an den seit August 81 in der BRD weilenden General a.D. Dubicki. Dieser war Huyn aber schon längst bekannt, wie aus seinem Text im Münchener Merkur vom 15.1.1982 hervorgeht.

599 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an die Arbeiterkammer Bremen, 24.6.1982.

600 AFSO, 02-088, PB: Schreiben Jagielskis an den DGB, 16.7.1982.

601 AFSO, 02-088, PB: Schreiben der Gruppe an das Frankfurter Komitee, 7.7.1982 und 9.7.1982, dabei ging es u.a. um die Organisation von Spenden.

602 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an die Arbeiterkammer Bremen, 13.5.1982. Dem Brief ist zu entnehmen, dass Gut Kunikowski auf der Tagung des Deutschen Journalisten Verbandes in Saarbrücken begleitet hat.

603 AFSO, 02-088, 60 (Presse über das Bremer Büro), enthält Auszüge aus der Neuen Osnabrücker Zeitung, der Rheinischen Post, und der Welt. Außerdem: 70000 Kämpfer für „Solidarität“? In: Weser Kurier, 24./25.7.1982, 1. Dies war übrigens das einzige Mal, dass das Bremer Büro es auf die erste Seite des Weser Kuriers geschafft hat. Siehe auch Trybuna Ludu, 24./25.7.1982.

sei.⁶⁰⁴ In dem Kommentar zu dieser Meldung ging der Bremer Journalist Hans-Günther Thiele lediglich auf den Inhalt der Nachricht ein, und erwog nicht einmal, dass es sich um gezielte Desinformation handeln könnte.⁶⁰⁵ Kunikowski schickte prompt ein Dementi an die Presse⁶⁰⁶, welches allerdings nicht von vielen Zeitungen berücksichtigt worden zu sein scheint.⁶⁰⁷ Diese Art von Meldung war ganz nach dem Geschmack der polnischen Behörden: Denn obwohl es durchaus einige wenige gewaltbereite, meist sehr junge Aktivist*innen in der „Solidarność“ gab, lehnte die Gewerkschaft Gewalt in jeder Form ab – der SB hatte außerdem selber versucht, Agenten in die „Solidarność“ Komitees einzuschleusen, die Gewalt vorschlagen sollten.⁶⁰⁸ Problematisch war, dass die Gruppe scheinbar nicht realisiert hatte, wer hinter der Meldung steckte, denn der Journalist aus Szczecin bestätigte seine Aussage auf Anfrage der Presse.⁶⁰⁹ Przekazy kommentierte, dass dies die „pierwszy etap ataków i prowokacji władz polskich“⁶¹⁰ („erste Etappe der Attacken und Provokationen der polnischen Behörden“) gegen die „Solidarność“-Aktivist*innen im Westen sei. Selbst wenn nachgewiesen würde, dass die Aussage falsch sei, so würde zumindest das Bremer Büro diskreditiert werden, da es falsche Informationen verbreitete.

Interessanterweise wurden Ende Juli einige Interviews mit Mitgliedern der Gruppe in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht.⁶¹¹ Ob dies auf die durch den Vorfall erzeugte Aufmerksamkeit zurückzuführen ist, kann nur vermutet werden. In allen Artikeln wird angesprochen, dass das öffentliche Interesse an dem Thema Polen und „Solidarność“ spürbar nachgelassen habe und von dem Falkland-Krieg und den Konflikten im Nahen Osten ersetzt wurde. Dies resultiere

604 DGB Bremen an den Bundesvorstand, 26.7.1982. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 247ff.; vgl. auch Świder: *Das Informationsbüro der Solidarnosc in Bremen*, 209.

605 Hans-Günther Thiele: *Teufel und Beelzebub*. In: *Weser Kurier*, 24./25.7.1982, 2.

606 *Keine Kampfgruppen in Südpolen?* In: *Weser Kurier*, 26.7.1982, 2.

607 *Przekazy* 8 (1982), 21f.

608 Vgl. Holzer/Leski: *„Solidarność“ w podziemiu*, 35.

609 *Keine Kampfgruppen in Südpolen?* In: *WK*, 26.7.1982, 2.

610 *Przekazy* 8 (1982), 22.

611 *„Die Bevölkerung hat leider an Mut verloren“*, Interview von Hans-Günther Thiele mit Kunikowski. In: *Weser Kurier*, 31.7./1.8.1982, 3; Stefan Dietrich: *Sieben Danziger in Bremen*. In: *FAZ*, 31.7.1982 (in der Beilage *„Ereignisse und Gestalten“*, diese wurde auch von der *Kultura* aufgegriffen: *Kultura* 421 (10, 1982), 122f.); Nicola van Bebbber: *„Wer den Magen voll hat, wird nie mit leeren Magen verstehen...“*. In: *Westphalen Blatt*, 31.7.1982. Letzteres ist ein Interview mit der Gruppe, auch Gut ist dabei.

auch in weniger Spenden. Im Artikel im Westphalen Blatt wird das Vergessenwerden explizit angesprochen und von der Autorin kritisiert.⁶¹² Stefan Dietrich (FAZ) fragte bei den Bremer Institutionen nach, welche Rolle man dem Büro in Zukunft zukommen lasse. Eine Antwort darauf war: „Können sie mich was einfacheres fragen?“⁶¹³ Kunikowski merkte in dem Interview im Weser Kurier an, dass er sich mehr Unterstützung für die Gewerkschaft selbst erhofft habe, vor allem machte er den offiziellen deutschen Stellen Vorwürfe.⁶¹⁴ Die Gruppe ging Ende des Monats mit diesem Vorwurf explizit an die Presse: Sie kritisierte die mangelnde Unterstützung des DGB für die „Solidarność“-Gruppen in der BRD bei einer Pressekonferenz, die vom RCDS in Bonn organisiert wurde.⁶¹⁵ Bei dieser rief Mikołajczuk im Namen der Gruppe zum Boykott des Polnischen Roten Kreuzes auf und riet vom Kauf polnischer Lebensmittel ab.⁶¹⁶ Der DGB wehrte sich gegen die Vorwürfe: Einerseits betonte er, dass er sich nur verpflichtet habe, das Bremer Büro zu finanzieren, und andererseits behauptete er, dass das Bremer Büro nicht alle Mittel abgreifen würde.⁶¹⁷ Diese öffentliche Austragung dieses Konflikts hat zu einer weiteren Distanzierung zwischen dem DGB und dem Bremer Büro geführt.

Der Boykottaufruf war mit dem neugeschaffenen Koordinationsbüro der „Solidarność“ im Ausland, das seinen Sitz in Brüssel hatte, abgesprochen.⁶¹⁸ Dieses wurde bei einem Treffen der „Solidarność“-Aktivist*innen in Oslo Ende Juli gegründet worden.⁶¹⁹ Ermächtigt war dieses Büro von der *Tymczasowa Komisja Koordynacyjna*⁶²⁰ (TKK, provisorische Koordinierungskommission),

612 van Bebber: „Wer den Magen voll hat“. In: Westphalen Blatt, 31.7.1982.

613 Dietrich: Sieben Danziger in Bremen. In: FAZ, 31.7.1982.

614 „Die Bevölkerung hat leider an Mut verloren. In: Weser Kurier, 31.7./1.8.1982, 3.

615 „Solidaritäts“-Gruppen in Deutschland klagen über mangelnde Unterstützung. In: FAZ, 29.7.1982, 4.

616 „Solidarität“ fordert zum Boykott auf. In: Welt, 29.7.1982; einen ähnlichen Bericht gibt es auch in der Süddeutschen Zeitung vom 28.7.1982. Die beiden Appelle, die bei der Konferenz verlesen wurden, sind in AFSO, 02-088, PB enthalten. Über die Aktion berichtete auch Andrzej Chilecki: *Kultura* 418, 419 (7,8, 1982), 105; *Kultura* 420 (9, 1982), 120.

617 *Kultura* 420 (9, 1982), 120.

618 „Solidarität“ fordert zum Boykott auf. In: Welt, 29.7.1982.

619 AFSO, 02-088, 320 (Solidarnosc Treffen 18./19.7.1982 Oslo): *Struktura Działania NSZZ Solidarność za Granicą*. Bei dem Treffen waren Kunikowski, Jagielski und Mikołajczuk anwesend.

620 Siehe dazu Goddeeris: *Biuro Koordynacyjne, część 1*, 316; Pleskot: *Wstęp*, 19.

welche seit April 1982 die Leitung der „Solidarność“ in Polen übernommen hatte. Dabei handelte es sich de facto um die offizielle Ermächtigung des bereits bestehenden Sekretariats, das nach dem Treffen in Paris entstanden war: Der Vorsitzende blieb Jerzy Milewski. Die Aufgabe des Koordinationsbüros war die Koordinierung und Kontrolle über die Tätigkeiten der „Solidarność“-Gruppen im Ausland, sowie die Vertretung der „Solidarność“ auf internationaler Ebene. Das Bremer Büro war, wie viele andere Informationsbüros, eine offizielle Untergruppe. Bei dem Treffen in Oslo wurde auch beschlossen, dass die Informationsbüros statt der Produktion eigener Bulletins nur noch die Übersetzung des Bulletins der Pariser Gruppe vornehmen sollten, da dieses qualitativ das hochwertigste war – unter anderem, weil die Pariser Gruppe die besten Kontakte in den Untergrund hatte.⁶²¹ So erschien dann auch die letzte Ausgabe von Fakty i komentarze am 14.8.1982⁶²²: Es handelte sich um eine Sonderausgabe über die Auguststreiks von 1980.

Zur Erinnerung an das Abkommen von Gdańsk organisierte das Bremer Büro gemeinsam mit der Arbeitsgruppe in Köln eine Demonstration in Köln am 31.8.1982.⁶²³ Zwei Wochen vor der Demonstration wurden alle „Solidarność“-Gruppen in der BRD darum gebeten, einen Vertreter zu dieser Veranstaltung zu senden⁶²⁴, wahrscheinlich auch, damit Probleme besprochen werden könnten. Es ist unwahrscheinlich, dass die „Solidarność“-Mitglieder in der BRD sich deshalb nach Köln begeben haben, zumal sie gar nicht die finanziellen Mittel dafür hatten. Zu der Teilnehmerzahl an der Demonstration gibt es widersprüchliche Angaben: In einem Bericht heißt es, es seien 300 gewesen⁶²⁵, ein Teilnehmer berichtet von 1.500⁶²⁶, ein anderer von 500⁶²⁷. Im internationalen Vergleich war diese Demonstration also, wie für die BRD üblich, eher klein.⁶²⁸

621 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an Pawel Szymianak, 24.8.1982. Vgl. auch Pick: Ludzie „Solidarności“, 332.

622 Fakty i komentarze, Nr. 11, 14.8.1982.

623 AFSO, 02-088, 160: Appell des Bremer Informationsbüros bei der Demo in Köln 31.8.1982; AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Mikołajczuk an das Polizeipräsidium Köln, 12.8.1982.

624 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an alle Solidarnosc-Gruppen, 16.8.1982.

625 AFSO, 02-088, 192: Rundbrief 14/15, September 1982.

626 Pogląd, Nr. 17, 5.9.1982, 29.

627 Pogląd, Nr. 18, 19.9.1982, 28ff.

628 Vgl. Pogląd, Nr. 18, 19.9.1982, 4.

3. Krisentreffen im Herbst und Inaktivität

Ab September begann ein Trend, der sich für das weitere Bestehen des Büros fortsetzte: Die Gruppe wurde zunehmend reaktiv, beschränkte sich eher auf Herausgabe von Adressen⁶²⁹ und Referententätigkeit bei Veranstaltungen, die immer seltener wurden.⁶³⁰ Obwohl sie zugesagt hatten, das Pariser Bulletin auf Deutsch herauszugeben, verzögerte sich dies bis Anfang des nächsten Jahres, aufgrund der Schwierigkeiten, einen Übersetzer dafür zu finden – erst im Oktober erklärte sich Jan Duda aus Hamburg dazu bereit.⁶³¹ Sie versuchten, diese Zeitschrift wenigstens auf Polnisch herauszugeben, fragten für die Kopien jedoch beim SPD Landesverband Nordrhein-Westfalen an,⁶³² woraus sich schließen lässt, dass die Gruppe in finanziellen Schwierigkeiten befand. Der DGB hatte bereits moniert, dass das Büro vollkommen überzogene Telefonrechnungen aufwies.⁶³³ Auch war es nicht das erste Mal, dass es zu finanziellen Unregelmäßigkeiten gekommen war.⁶³⁴ Kontakte mit anderen „Solidarność“-Arbeitsgruppen bestanden praktisch kaum noch – die Hamburger Gruppe hatte sich zwischenzeitig aufgelöst und gründete sich im Oktober neu.⁶³⁵ Als Helmut Kohl nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition Kanzler wurde, verfasste Kunikowski ein Gratulationsschreiben im Namen aller „Solidarność“-Mitglieder „przebywających na Zachodzie“⁶³⁶ (die sich im Westen aufhalten), wohl auch mit der Hoffnung, dass der neue Kanzler eine Ostpolitik, die näher an der Position der „Solidarność“ war, verfolgen würde. Diese Hoffnung wurde jedoch

629 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben an: Gewerkschaft für Schwierigkeiten Forschung GmbH, 3.9.1982; Cecylia Krywut (4.9.1982); JU Rheinland, 7.9.1982; ks. Franciszek Blachnicki, 25.9.1982; Andrzej Wirga, 1.10.1982; Dirk Schröter 25.10.1982.

630 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben an: Sozialausschuss CDA KV Kleve, 7.9.1982; Birgit Wick-Albert, 7.9.1982; Jusos Osthofen, 7.9.1982; DGB Darmstadt, 14.9.1982; JU Mühlheim 28.9.1982; diverse Einzelpersonen, 2.10.1982.

631 AFSSO, 02-088, PB: Ermächtigung an Jan Duda, 13.10.1982.

632 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben an Reinhold Mars, 27.9.1982.

633 AFSSO, 02-088, PB: Brief von Mikołajczuk an Schmidt, 16.9.1982.

634 Schmidt an Kristoffersen, 3.5.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 242; Kristoffersen an Schmidt, 4.6.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 245. Es ging dabei um eine unklare Zahlung an das Bonner Friedensforum.

635 AFSSO, 02-088, 165 (Solidarität mit Solidarnosc Hamburg): Einladung der Gruppe in Hamburg, 5.10.1982. Gründe für die Auflösung der ersten Gruppe waren finanzielle Schwierigkeiten und persönliche Konflikte zwischen den Mitgliedern.

636 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben von Kunikowski an Helmut Kohl, 4.10.1982.

eher enttäuscht, als sich herausstellte, dass Kohl die bisherige Ostpolitik mit nur leichten Modifikationen fortsetzte.⁶³⁷ Als die „Solidarność“ in Polen am 8.10. durch das neue Gesetz über die Gewerkschaften offiziell abgeschafft wurde, kam es in der Bundesrepublik, anders als in anderen Ländern, kaum zu Protesten.⁶³⁸ Zur gleichen Zeit traten zwei Mitglieder des Büros bei der Eröffnung einer „Solidarność“-Ausstellung im Konrad Adenauer Haus in Bonn auf⁶³⁹, die vom Trybuna Ludu kritisiert wurde.⁶⁴⁰

Am 23.10. fand ein Krisentreffen in Bremen statt, bei dem außer den Mitgliedern des Büros Ilse Brunis (GEW, Mitglied im Bundesvorstand), Hans Brauser (Generalsekretär DGB Bremen), Jerzy Milewski (Leiter des Brüsseler Koordinationsbüros), Marek Chlebowicz und Mirosław Chojecki (NOWA, Paris) teilnahmen.⁶⁴¹ Nachdem die Bremer Gruppe ihre weiteren Aufgaben sehr allgemein formuliert hatte, wurde von den Gästen die gesamten Beziehungen zwischen dem DGB und der Gruppe rekapituliert - so sei der DGB von Anfang an zur Zusammenarbeit bereit gewesen, doch die Gruppe habe nur sehr sporadisch mit dem DGB kommuniziert; die Bulletins, von denen es nur vier gegeben habe, seien nur auf Anfrage gesendet worden, und die gesamte Informationstätigkeit sei nicht mehr dem DGB abgesprochen gewesen.⁶⁴² Es wurde darauf hingedeutet, dass die Mittel des DGB nur bis Ende des Jahres gelten würden - de facto hatte man sich entschlossen, das Büro nicht weiter zu finanzieren, war aber zu diesem Zeitpunkt nicht dazu bereit, aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung.⁶⁴³ So scheint der DGB befürchtet zu haben, dass es Proteste gegen die Schließung des Bremer Büros geben werde, was den Ruf des DGB, der wegen seiner Zurückhaltung bereits in der Kritik stand, noch weiter verschlechtern würde. Beschlossen wurde bei dem Treffen, dass grundlegende Veränderungen

637 Vgl. Miszczak: Deklarationen und Realitäten, 235f.; Pick: Ponad żelazną kurtyną, 98.

638 Przekazy 11 (1982), 7-11.

639 Rheinische Post, 9.10.1982; General Anzeiger, 11.10.1982, 7; Kultura 423 (12, 1982), 110.

640 Trybuna Ludu, 9.10.1982; siehe auch Pogląd, Nr. 20, 17.10.1982, 18.

641 Bericht und Notiz von Mark Chlebowicz als Anhang zu Bericht von Kristoffersen über die Tätigkeit und Situation der Bremer Gruppe, 28.10.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 251-255.

642 Bericht von Mark Chlebowicz, 28.10.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 252f.

643 Bericht von Mark Chlebowicz, 28.10.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 254.

notwendig seien: So sollten die Mitglieder der Gruppe einen Sprachkurs besuchen und Chlebowicz sollte als Verbindungsperson zwischen dem Büro und dem DGB fungieren.⁶⁴⁴ Auch wurde von Chlebowicz eine grundlegend neue Informationspolitik des DGB über Polen und „Solidarność“ vorgeschlagen⁶⁴⁵, die jedoch nie zustande kam. Chlebowicz hatte sich bereits zehn Tage vor diesem Treffen mit der Gruppe getroffen und war zu der Meinung gelangt, dass die Gruppe sich teilweise an der Grenze des deutschen Rechts und der Loyalität zu den anderen „Solidarność“-Gruppen bewege, und dass ihre bestehenden Kontakte nicht genutzt werden könnten und ihre Kontakte nach Polen sehr zweifelhaft seien, und sogar ein Sicherheitsrisiko darstellen würden.⁶⁴⁶ Des weiteren berichtete Chlebowicz über ein Treffen, das er in Paris mit Seweryn Blumsztajn gehabt habe, welches erheblich fruchtbarere Ergebnisse gebracht hatte. Seine Schlussfolgerung daraus war, dass der DGB seine Zusammenarbeit mit dem Pariser Komitee und dem Koordinationsbüro Brüssel ausbauen solle.⁶⁴⁷

Im November war das Bremer Büro in einem ähnlichen Maße und ähnlicher Weise wie die Monate zuvor aktiv, sie organisierten scheinbar eine Demonstration zum zweiten Jahrestag der Registrierung der „Solidarność“ am 10.11. in Köln⁶⁴⁸, jedoch ist unklar, wie viele daran teilgenommen haben. Von den „Solidarność“ Gruppen scheint nur noch die Hamburger mit dem Bremer Büro kommuniziert zu haben.⁶⁴⁹ Referentenanfragen erreichten das Büro ebenfalls immer seltener, genauso wie Spenden. Auffällig ist auch, dass die Korrespondenz des Büros in dieser Zeit fast ausschließlich mit Pol*innen stattfand. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Urszula Wildner die Gruppe im November

644 Bericht von Mark Chlebowicz, 28.10.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 254. Beim Vorschlag des Sprachkurses befand sich die Randnotiz: „Wollen die Polen das?“

645 Bericht von Mark Chlebowicz, 28.10.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 255.

646 Notizen von Chlebowicz: Notizen zu Treffen in Bremen (13./14.10.) und Paris (15./16.10.), als 2. Anhang zu Bericht von Kristoffersen über die Tätigkeit und Situation der Bremer Gruppe, 28.10.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 255ff., hier 256.

647 Notizen von Chlebowicz, 28.10.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 256.

648 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an Ewa Herman-Szwed und Bożena Przybyłowska 7.11.1982.

649 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an W. Gajak 28.10.1982; Schreiben von Mikołajczuk an W. Gajak, 1.11.1982; Schreiben des Büros an den DGB-Bundesvorstand (über die Hamburger Solidarnosc-Gruppe), 15.11.1982.

unter dem Vorwand einer Krankheit endgültig verlassen hat, ohne die Gruppe darüber zu benachrichtigen.⁶⁵⁰

Für Dezember war ursprünglich eine Demonstration am 13.12. in Köln zur Erinnerung an die Ausrufung des Kriegszustandes geplant gewesen: Doch weil die TKK in Polen, die sich in Verhandlungen mit der Regierung befand, einen Stopp aller Protestaktionen zu diesem Jahrestag anordnete, sagte auch das Bremer Büro seine geplante Demonstration ab.⁶⁵¹ Aus einem Schreiben an eine Gruppe von Amnesty International geht außerdem hervor, dass Mitglieder der Gruppe Zweifel daran hatten, ob ihr Büro im kommenden Jahr überhaupt noch Bestand haben würde: So schrieb Mikołajczuk, dass man im Januar nicht nach Kassel fahren könne, und „mogą być poprostu obiektywne przyczyny, że niemożliwy byłoby być reprezentantami Biura Informacyjnego.“⁶⁵² Auch Erwin Schmidt vom DGB Bremen hatte selbst kurz vor Jahresende keine Klarheit darüber, ob der Bundesvorstand das Büro weiterhin finanzieren würde.⁶⁵³ Für die Gruppenmitglieder war ein Deutsch-Intensivkurs der Carl-Duisburg-Gesellschaft organisiert worden, der im Januar beginnen würde.⁶⁵⁴ Ebenfalls im Januar sollten die Familien von Kunikowski und Bobrowski nach Bremen kommen: Nach Verhandlungen mit den polnischen Behörden und der Intervention von Hans Koschnick beim Auswärtigen Amt wurde der Antrag auf Familienzusammenführung der beiden genehmigt.⁶⁵⁵ Die Tätigkeiten des Büros kamen im Dezember fast vollständig zum Erliegen. In dem Dokumentarfilm „Arbeiter aus Danzig“, der in diesem Monat im ZDF ausgestrahlt wurde, sind Aufnahmen der Gruppe aus dieser Zeit enthalten. Als die persönlichen Umstände angesprochen werden, zeigt sich, dass es Differenzen zwischen den Gruppenmitgliedern gab:

650 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben von Jagielski an den DGB Bundesvorstand, 22.2.1983.

651 AFSSO, 02-088, PB: Communiqué der Gruppe vom 2.12.1982 und Schreiben von Kunikowski in das Verwaltungsgericht Köln, 7.12.1982. In demselben Schreiben wird einem Polen, der sich an das Gericht gewandt hat, das Recht abgesprochen, die „Solidarność“ zu vertreten.

652 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben von Mikołajczuk an die Amnesty International Kontaktgruppe Konstanz. „Es könne einfach objektive Gründe dafür geben, dass wir nicht mehr Repräsentanten des Informationsbüros sein könnten.“

653 Schmidt an Internationale Abteilung, 21.12.1982. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 259.

654 AFSSO, 02-088, PB: Schreiben von Kunikowski an Ilse Brunis, 7.12.1982.

655 Vgl. Wessels: „Mit dem Herzen in Danzig“, 40:00-40:22; Bobrowski: Solidarność kaszubska, 28.

Während Kunikowski und Bobrowski froh darüber waren, ihre Familien nachholen zu können, äußerte Jagielski offen seinen Wunsch, sobald wie möglich nach Polen zurückzukehren, da er dort mehr gebraucht würde als in Deutschland.⁶⁵⁶ Die anderen Gruppenmitglieder sagten Ähnliches. Zum Schluss sprach Kunikowski seine Befürchtung aus, dass, sobald der Kriegszustand in Polen beendet würde, wofür sich in dieser Zeit die Anzeichen mehrten, bei den Deutschen der Eindruck entstünde, dass in Polen „alles in bester Ordnung“⁶⁵⁷ sei, und man daher nicht mehr die Notwendigkeit in einem Büro für die „Solidarność“ sehen würde.

Die Inaktivität kann also auf eine Reihe verschiedener Faktoren zurückgeführt werden: persönliche Differenzen zwischen den Gruppenmitgliedern, Unsicherheit über die Zukunft und Demoralisierung im Angesicht der festgefahrenen politischen Situation.

656 Grabe: Arbeiter aus Danzig, 55:12-59:50.

657 Grabe: Arbeiter aus Danzig, 55:12-59:50.

VIII. Epilog – Auflösung des Netzwerks

Im Vergleich zu Dezember stieg die Korrespondenz der Gruppe im Januar, zumindest quantitativ leicht an. Allerdings setzte sich die reaktive Tendenz der Vormonate fort – darüber hinaus wurde häufig nur auf andere Akteure verwiesen, so etwa das Komitee „Solidarität mit „Solidarność““ in Frankfurt⁶⁵⁸, die Vereinigung von NZS mit Sitz in München⁶⁵⁹ oder die Polen wurden dazu ermutigt, eine eigene Arbeitsgruppe zu bilden.⁶⁶⁰ Henryk Czarski, der Leiter der Arbeitsgruppe in Saarbrücken, informierte das Büro am 9.1.'83 über die Auflösung dieser Gruppe, nannte jedoch keine Gründe, die zu dieser Entscheidung führten.⁶⁶¹ Die Arbeiterkammer in Bremen, welche im vorigen Jahr noch betreuend für die Gruppe tätig war, schien sich ebenfalls entschlossen zu haben, die Gruppe finanziell nicht weiter zu unterstützen.⁶⁶² Henryk Jagielski besuchte Ende Januar ein Treffen in Brüssel⁶⁶³, bei dem sich ein neuer Rat des Koordinierungsbüros konstituierte, welcher anstrebte, Jerzy Milewski aus dem Büro auszuschließen, was auf einen Konflikt innerhalb des „Solidarność“-Netzwerkes hindeutet.⁶⁶⁴ Die Mitglieder des neuen Rates waren mit dem Kurs des bisherigen Leiters unzufrieden: So kritisierten sie seine Zentralisierungstendenzen, waren der TKK gegenüber kritischer eingestellt und wollten nicht, dass die „Solidarność“ mit eher linken chilenischen oder südafrikanischen Gewerkschaftern zusammenarbeitete.⁶⁶⁵ Milewski scheint es gelungen zu sein, einige der Kritik-

658 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an Herrn Schlacht-Gensler, 4.1.1983; Herrn H. Gieschen, 10.1.1983 (Verweis auf das Komitee in Bremen); Herrn D. Schwinn, 11.1.1983; M. Hunke, 14.1.1983.

659 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an Jacek Pietrzak, 17.1.1983; Tadeusz Zieba, 17.2.1983.

660 AFSO, 02-088, PB: Schreiben an Franz Mika, 11.1.1983; Pawel Skrzeczynski 17.2.1983; Jan Araszkiwicz, 17.2.1983.

661 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Henryk Czarski an das Büro, 9.1.1983.

662 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an die Arbeiterkammer Bremen, Januar 1983. Es ging in diesem Schreiben um die Reparatur des Kopiergeräts.

663 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Jagielski an das Generalkonsulat Belgiens in Hamburg, 25.1.1983. Dort bat er um eine möglichst schnelle Ausstellung eines Reisevisums, weil das Treffen „außerordentlich wichtig für uns“ sei.

664 Siehe Goddeeris: Biuro Koordynacyjne, część 1, 322. Zu den neuen Mitgliedern des Rates zählte auch „Henryk Jasielski“. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um einen Schreibfehler.

665 Vgl. Goddeeris: Biuro Koordynacyjne, część 1, 321.

punkte zu klären, und er blieb Vorsitzender des Büros, jedoch mit geänderter Zusammensetzung.⁶⁶⁶ Jagielski hat in diesem Rat wahrscheinlich eine eher nebensächliche Rolle gespielt, doch offenbarte seine Teilnahme an dem Treffen, dass er die Führung des Bremer Büros durch Kunikowski offen angriff.

Die Vorgänge in der Gruppe wurden für den DGB zunehmend undurchsichtig. So war weder dem Bundesvorstand noch der Bremer Sektion bekannt, dass Wildner die Gruppe verlassen hatte; man hatte gehört, dass Felski und Dębowski in das Ruhrgebiet ziehen wollten⁶⁶⁷; es ging sogar das Gerücht um, dass die Mitglieder der Gruppe weiter emigrieren oder nach Polen zurückkehren wollen; auch hat der DGB erfahren, dass die Gruppe vermeintlich beabsichtige, den Sitz des Büros zu verlegen.⁶⁶⁸ In seiner Antwort einen Monat nach dem Schreiben von Kristoffersen, erklärte Jagielski die Situation der Gruppe und verneinte sämtliche Gerüchte, die in dem Brief aufgeworfen wurden.⁶⁶⁹ Er betonte außerdem, dass alle in ihrer Freizeit weiter für das Büro weiter tätig sein wollten.⁶⁷⁰ Obwohl der DGB beschlossen hatte, die Ausgaben für das Büro in reduziertem Maße weiter zu tragen⁶⁷¹, mussten die Offerten von Seweryn Blumsztajn aus Paris⁶⁷², der sich seit einem Jahr darum bemühte, direkte Kontakte mit dem DGB aufzubauen, in dieser Zeit attraktiver als vorher erscheinen.

Anfang Februar nahm ein Teil der Mitglieder des Büros an einer Konferenz der Komitees „Solidarität mit „Solidarność““ in Frankfurt teil.⁶⁷³ Diese beschlossen, ihre Arbeit fortzusetzen, stellten jedoch auch fest, dass der Untergrund in Polen recht schwach war. Der Vertreter des Bremer Büros, von dem nicht bekannt ist, wer genau dort war, hielt wahrscheinlich ein inhaltliches Referat über die Situation in Polen, da der Rest des Treffens eher organisatorischer Natur war.⁶⁷⁴

666 Vgl. Goddeeris: Biuro Koordynacyjne, część 1, 322.

667 Dies scheint zumindest nicht auszuschließen zu sein, wie aus AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Kunikowski an die IG Metall, 21.1.1983 hervorgeht.

668 Kristoffersen an Jagielski, 21.1.1983. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 264f.

669 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Jagielski an Kristoffersen, 22.2.1983.

670 AFSO, 02-088, PB: Schreiben von Jagielski an Kristoffersen, 22.2.1983.

671 Kristoffersen an Schmidt, 18.1.1983. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 262.

672 Blumsztajn an Kristoffersen, ohne Datum, wahrscheinlich Ende Februar 83. In: Świder (Hg.): Solidarność związkowa, 268.

673 AFSO, 02-088, PB: Schreiben des Büros an das Solidaritäts-Komitee Frankfurt, 20.1.1983; AFSO, 02-088, 325 (5./6.2.1983 Treffen der Komitees Solidarität mit Solidarnosc): Protokoll des Treffens.

674 Siehe AFSO, 02-088, PB: Protokoll 20.1.1983.

Der Sprachkurs der Gruppe war ursprünglich auf drei Monate angesetzt gewesen, jedoch wurde er auf Wunsch der Gruppenmitglieder verlängert.⁶⁷⁵ Die Hoffnung des DGB, dass die Gruppe dadurch nicht mehr auf eine*n Übersetzer*in angewiesen sein würde, erfüllte sich jedoch nicht.⁶⁷⁶ Die Tätigkeiten der Gruppe kamen in dieser Zeit vollständig zum Erliegen. Am 6.5. berichtete der Weser Kurier über die internen Streitigkeiten des Büros⁶⁷⁷: So gelangte erstmals an die Öffentlichkeit, dass es einen offenen Konflikt zwischen Kunikowski und Jagielski gab, was einerseits damit zusammenhing, dass letzterer mehr Zurückhaltung bei politischen Aktivitäten üben wollte, um sich die Rückkehr nach Polen nicht zu verbauen. Zwischen den Mitgliedern der Gruppe bestand also ein Zielkonflikt, der ein gemeinsames Arbeiten unmöglich machte. Andererseits wurden Vorwürfe geäußert, dass einige der Mitglieder „in fremden Auftrag“⁶⁷⁸ (i.e. SB) arbeiten würden – dieser Vorwurf wurde auch von anderen „Solidarność“-Gruppen geäußert, nicht zuletzt wegen des „70.000-Kämpfer“-Vorfalls, der dazu geführt hatte, dass einige Gruppen den Kontakt zu dem Bremer Büro abbrachen.⁶⁷⁹ Der DGB indes sicherte an dieser Stelle öffentlich seine weitere Unterstützung für das Büro zu.⁶⁸⁰ Doch aus einem internen Schreiben aus dem gleichen Zeitraum geht hervor, dass der DGB der Gruppe nur noch 500 DM im Monat zukommen lassen wollte, und ein kleineres Lokal bevorzugte, das schnell gekündigt werden könne.⁶⁸¹ Einen Monat später wurde von Kristoffersen die Erwartung geäußert, dass sich das Büro bald selbst auflösen werde.⁶⁸² Versuche, andere „Solidarność“-Mitglieder aus der BRD oder anderswoher für die Arbeit in dem Büro zu gewinnen, tat Kristoffersen als absurd ab, weil der Ruf der Gruppe durch die Konflikte und Vorwürfe nachhaltig geschädigt war.⁶⁸³

675 AFSO, 02-088, PB: Jagielski an Kristoffersen, 7.3.1983.

676 Kristoffersen an Schmidt, 5.5.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 270f., hier 270.

677 „Solidarität“: Streit um Führung. In: *Weser Kurier*, 6.5.1983, 9f.

678 „Solidarität“: Streit um Führung. In: *Weser Kurier*, 6.5.1983, 9.

679 Vgl. Goddeeris: *Biuro Koordynacyjne, część 1*, 323.

680 „Solidarität“: Streit um Führung. In: *Weser Kurier*, 6.5.1983, 9.

681 Kristoffersen an Schmidt, 5.5.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 271.

682 Kristoffersen an Schmidt, 20.6.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 274f., hier 274.

683 Kristoffersen an Schmidt, 20.6.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 274.

Kunikowski hat im Juni versucht, eine eher ungewöhnliche Aktion mit dem DGB Bayern durchzuführen: In einem Brief⁶⁸⁴ an den dortigen Vorsitzenden schlug er vor, dass die Mitglieder des Bremer Büros in einen Austausch mit bayrischen Gewerkschaftern treten sollten, um sich über Streikmethoden, mit denen die „Solidarność“-Mitglieder viel Erfahrung hatten, auszutauschen. Dies könne in der Form von Schulungen oder schriftlichen Instruktionen geschehen.⁶⁸⁵ Dass sein Vorschlag vom DGB nicht ernsthaft in Betracht gezogen wurde, bedarf keiner weiteren Erklärung.

Im Juli wurde der Beschluss im Bundesvorstand getroffen, die Finanzierung des Büros einzustellen. Währenddessen konnte Milewski, mit dem der DGB bezüglich des Büros schon öfter in Kontakt getreten war, den DGB davon überzeugen, die finanzielle Unterstützung für die „Solidarność“ durch die Unterstützung des Brüsseler Koordinationsbüros zu leisten.⁶⁸⁶ So spendete der DGB einmalig 25.000 DM an das Brüsseler Koordinationsbüro. Milewski hatte sich danach noch beklagt, dass die „Solidarność“ Gruppen in der BRD kaum mit seinem Koordinationsbüro zusammenarbeiteten würden, weshalb er über die Hilfe des DGB froh sei.⁶⁸⁷ Die Ankündigung von Kunikowski im September 1983, dass er das Bremer Büro zusammen mit einigen anderen Leuten reorganisiert habe, und außerdem Jagielski und Mikołajczuk aufgrund ihrer vermeintlichen Verantwortung für die finanziellen Unregelmäßigkeiten ausgeschlossen habe, und nach zweieinhalb-monatiger Pause die Tätigkeit wieder aufnehmen wolle⁶⁸⁸, überraschte den DGB⁶⁸⁹, konnte diesen jedoch nicht mehr von seinem beschlossenen Weg abhalten. Mit der Einstellung der Finanzierung löste sich das Büro im Oktober 1983 auf.

684 Kunikowski an J. Deffner, DGB Bayern, 16.6.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 272f.

685 Kunikowski an Deffner, 16.6.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 272.

686 Kristoffersen an Milewski, 20.7.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 276f.

687 Milewski an Kristoffersen, 29.8.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 278f.

688 Schreiben des Bremer Büros an den DGB, 6.9.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 280f.

689 Kristoffersen an Schmidt 9.9.1983. In: Świder (Hg.): *Solidarność związkowa*, 282.

IX. Ausblick, Fazit, Reflexion

Nach der Auflösung des Informationsbüros begaben sich Jagielski, Felski, Dębowski und Mikołajczuk zu der polnischen Botschaft in Köln, um von ihrer Tätigkeit Abstand zu nehmen, damit sie nach Polen zurückkehren konnten.⁶⁹⁰ Interessanterweise hat sich schließlich nur Jagielski entschlossen, nach Gdańsk zurückzukehren, während die anderen in der BRD blieben und dort arbeiteten. Kunikowski hat scheinbar noch versucht, in Bremen weiterhin aktiv zu sein, wenn auch in geringerem Maße: so scheint er eine Arbeitsgruppe „Solidarność“ in Bremen gegründet zu haben, die sich mit eher sozialen Fragen beschäftigte, aber auch in geringem Maße die „Solidarność“ unterstützte.⁶⁹¹ Bis wann diese Gruppe Bestand hatte, und welche Aktivitäten sie konkret entfaltete, ist jedoch unklar.

Da der DGB sich entschlossen hatte, statt des Bremer Informationsbüros nur noch das Brüsseler Koordinationsbüro zu finanzieren, waren die anderen „Solidarność“-Gruppen auf sich allein gestellt. Die inoffizielle Führung der „Solidarność“-Gruppen in der BRD übernahm die Arbeitsgruppe Mainz, die von Andrzej Wirga gegründet und geleitet wurde.⁶⁹² Sie gab das Pariser Informationsbulletin in deutscher Sprache heraus, was dadurch erleichtert wurde, dass in der Gruppe relativ viele Deutsche aktiv waren.⁶⁹³ Andere aktive Gruppen waren die „Solidarność“ Arbeitsgruppe Eschweiler Aachen, die auch in Köln aktiv war⁶⁹⁴; das KOS, das sich 1984 mit der Arbeitsgruppe „Solidarność“ in West-Berlin zu der *Towarzystwo* „Solidarność“ zusammenschloss⁶⁹⁵ oder auch die „Solidarność“-Gruppe in München, die von den engen Verbindungen zu dem dort ansässigen RFE profitierte.⁶⁹⁶

690 Siehe *Kultura* 435 (12, 1983), 119.

691 Siehe Górski / Tymochowicz: *Polska emigracja i Polonia*, 24.

692 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 332; Zajac: *Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen*, 237.

693 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 331.

694 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 335.

695 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 340; Górski / Tymochowicz: *Polska emigracja i Polonia*, 104-107; Zajac: *Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen*, 235.

696 Vgl. Pick: *Ludzie „Solidarności“*, 329; Zajac: *Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen*, 235f.

Im Laufe dieser Arbeit sollte deutlich geworden sein, dass das Bremer Informationsbüro kein besonders einflussreicher Akteur gewesen ist. Anstatt jedoch diesen Mangel an Einfluss zu erklären, zielte die Untersuchung darauf ab, die Entwicklung des Netzwerks des Bremer Informationsbüros nachzuzeichnen, um Rückschlüsse auf die Wirkungen von Netzwerkdynamiken zu ermöglichen, sowie das soziale Verhalten dieses Akteurs nachvollziehbar zu machen. Entscheidend dafür ist die Berücksichtigung der Entstehungsbedingungen des Netzwerks sowie die Beleuchtung der Interessen und Ansichten der verschiedenen Akteure.

Die Entstehungsbedingungen für ein Netzwerk von „Solidarność“-Aktivist*innen waren in der BRD ambivalent: Die Ostpolitik, die von einer breiten Mehrheit der politischen Akteure und der Gesellschaft unterstützt und vorangetrieben worden war, war nicht dafür konzipiert, dass es zu schnellen Veränderungen im Ostblock kam, sondern nur zu einer langsamen Transformation, die maßgeblich von den Machthabern gestaltet werden sollte. „Solidarność“ gefährdete die mühsam aufgebauten offiziellen Beziehungen, und, durch die internationalen Komplikationen, die ihr Kampf für Reformen in Polen hervorrief, auch den Frieden in Europa. Dies sorgte dafür, dass die in der Bundesrepublik besonders starke Friedensbewegung meist keine große Sympathie für die „Solidarność“ hegte, nur wenige Friedensaktivist*innen (wie etwa Petra Kelly) unterstützten die polnischen Gewerkschafter*innen. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts waren „Solidarność“-Aktivist*innen politisch mit ihren Forderungen, die mit dem Kurs Ronald Reagans weitgehend übereinstimmten, in der BRD vollkommen isoliert. Eine damals aktive Aktivistin bezeichnete Kanzler Schmidt gar als „wróg numer jeden“⁶⁹⁷ (Feind Nummer eins) der „Solidarność“ in der BRD. Unterstützung hielten sie jedoch in der humanitären Hilfe, die in dieser Zeit trotz Wirtschaftskrise ein großes Ausmaß annahm. So wurden die Mitglieder des Bremer Informationsbüros sowohl von der Stadt Bremen als auch der Bremer Arbeiterkammer zumindest in grundlegenden materiellen Belangen unterstützt. So bestanden zwischen deutschen Akteuren und den polnischen Gewerkschafter*innen oftmals nicht nur Differenzen in den Methoden, sondern auch in den Zielen. Dies wirkte erschwerend auf einen Zusammenschluss zu einem Netzwerk.

697 Aussage von Barbara Nowakowska-Drozdek, Mitbegründerin der Arbeitsgruppe „Solidarność“ in West-Berlin. In: Pleskot (Hg.): *Za naszą i waszą „Solidarność“*, 708.

Es gab eine Reihe von Akteuren, welche die „Solidarność“ unterstützten, sowohl vor als auch nach der Ausrufung des Kriegszustands in Polen. Zu den wichtigsten gehörte der DGB, der in der Zeit des legalen Bestehens der polnischen Gewerkschaft auf diskretem Wege einige Unterstützung zukommen ließ. Nach dem 13.12. war die deutsche Zentralgewerkschaft sehr aktiv in der humanitären Hilfe für Polen, jedoch recht zögerlich, was die öffentlich-politische Unterstützung der „Solidarność“ anging. Zu den Aktivist*innen der polnischen Gewerkschaft, die sich in der BRD befanden, wurden die Kontakte ebenfalls zögerlich aufgebaut. Zwar entschloss der DGB sich zu der Finanzierung des Bremer Informations- und Koordinationsbüros, doch kam es zwischen dem DGB und der Bremer Gruppe wiederholt zu Konflikten, welche sich nicht zuletzt an den unterschiedlichen politischen Vorstellungen und methodischen Herangehensweisen entzündeten. Die Zurückhaltung des DGB war auch darin begründet, dass enge Verbindungen zu der SPD bestanden, die zwar keine einheitliche Meinung zur „Solidarność“ hatte, jedoch insgesamt auf einen zurückhaltenden Kurs pochte, um die Beziehungen zum Ostblock nicht zu gefährden.

Eine Hauptquelle der Konflikte des DGB mit der „Solidarność“ entzündete sich an den engen Beziehungen deren Aktivist*innen zu der Initiative „Solidarität mit „Solidarność““. Deren Mitglieder waren zwar in der Regel Gewerkschafter*innen, doch waren sie eher im links-alternativen Milieu angesiedelt und kritisierten den DGB für dessen Zurückhaltung. Sie waren die ersten, die direkt nach der Ausrufung des Kriegszustands aktiv wurden bei der Organisation von Protesten und Hilfe für die Aktivist*innen in der BRD mitwirkten. Ein Hauptgrund dafür war, dass sie in der „Solidarność“ eine Inspirationsquelle für ihr eigenes politisches Programm sahen, was bei dem DGB weniger der Fall war. Die starken Gemeinsamkeiten zwischen den Solidarnosc-Aktivist*innen und vielen Linksalternativen sowohl in politischer als auch in strategischer Hinsicht machte eine Kooperation sinnvoll, auch wenn dies dafür sorgte, dass die Beziehungen zu anderen Akteuren belastet wurden.

Die Beziehungen des Bremer Büros zu anderen „Solidarność“-Gruppen in der BRD waren nur in wenigen Fällen eng, was insbesondere deshalb problematisch war, da die Bremer Gruppe ab März koordinierend für diese Gruppen tätig sein sollte. Diese formal hohe Stellung kam dem Bremer Büro nur deshalb zu, weil es die einzige vom DGB anerkannte Vertretung der „Solidarność“ in der

BRD war, und somit als einzige über die Mittel verfügte, Koordinationsaufgaben wahrzunehmen. Auch gab es ideologische Differenzen zwischen den „Solidarność“-Aktivist*innen in der BRD, aber auch auf internationaler Ebene.

Zu anderen Gruppen der „Solidarność“ im Ausland waren die Beziehungen des Bremer Büros nie eng und teilweise von Konflikten geprägt. Zwar profitierten sie von den Informationen, die in dem Netzwerk ausgetauscht wurden, doch war insbesondere die Pariser Gruppe, welche in dem Netzwerk eine zentrale Position einnahm, von Anfang an skeptisch gegenüber den Mitgliedern des Bremer Informationsbüros. Hinzu kam, dass im Juli beschlossen wurde, dass die Aktivitäten der „Solidarność“ im Ausland von einer Zentrale in Brüssel koordiniert werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt war das Bremer Büro zunehmend isoliert, was auch daran lag, dass der SB mit einigem Erfolg in das Netzwerk interveniert war und durch Falschinformationen Misstrauen gesät hatte.

Auch die Kontakte zu *Polonia*-Gruppen in Deutschland waren nicht besonders eng. Dies lag u.a. daran, dass nur wenige Pol*innen in der BRD dazu bereit waren, sich politisch zu engagieren, da sie vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen emigriert waren. Kontakte bestanden eher zu den neuen Organisationen, die sich vor allem aus kürzlich emigrierten Pol*innen zusammensetzten, meist konzentrierten sich diese aber auf soziale und kulturelle Angelegenheiten. Eine Sonderrolle nahmen hier diejenigen „Solidarność“-Aktivist*innen ein, die interniert gewesen waren und vom Regime unter Druck gesetzt wurden, zu emigrieren, da sie über die Zustände in der Volksrepublik persönlich berichten konnten.

Faktoren, die einen Einfluss auf die Dynamik des gesamten Netzwerkes hatten, und somit auch das Ego-Netzwerk des Bremer Büro betrafen, sind das sinkende Interesse für die Ereignisse in Polen, das sich bereits im Frühjahr 1982 bemerkbar machte und spätestens mit dem offiziellen Ende des Kriegszustandes in Polen am 22.7.1983 auf einen Tiefpunkt sank. Je mehr sich im Westen der Eindruck bildete, dass die „Solidarność“ nicht mehr bestünde, desto weniger Notwendigkeit wurde gesehen, diese zu unterstützen. Darüber hinaus versuchte der SB, gegen sämtliche Gruppen im Ausland vorzugehen, und war dort in einigen Fällen erfolgreich. Die psychologische Belastung der Aktivist*innen hat sicherlich auch eine Rolle gespielt, wobei jede*r unterschiedlich damit umging. Auch waren die Pol*innen im Ausland von den Sprachbarrieren betroffen, die sich in ihrer Tätigkeit ergaben: bei dem Bremer Büro kam die Schwierigkeit

hinzu, dass die Angewiesenheit der Mitglieder auf eine*n Dolmetscher*in ihre Handlungsfähigkeit einschränkte und sogar eine Angriffsmöglichkeit bot.

Die Mitglieder des Bremer Büros waren zunehmend frustriert durch ihre Lage, die durch viele Faktoren belastet war. Ihr teilweise eher unprofessionelles Auftreten und die bewusste Sabotage durch den SB sorgten dafür, dass die Gruppe einen zunehmend schlechten Ruf hatte, was den Kooperationswillen anderer Gruppen zunehmend verminderte. Dies ist besonders problematisch, wenn man sich vor Augen führt, dass viele der Aktivitäten der Gruppe auf die Kooperation mit anderen Akteuren in ihrem Netzwerk angewiesen waren, etwa die Organisation von Demonstrationen, die Verbreitung von Informationen aus dem polnischen Untergrund, oder die humanitäre Hilfe. Zwar gab es anfangs eine große Spenden- und Hilfsbereitschaft anderer Akteure für die Gruppe, doch diese ließ mit der Zeit nach, auch weil das Interesse an der Opposition in Polen nachließ. Während der DGB zwar ab März für eine bessere materielle Basis sorgte, war diese an Bedingungen geknüpft, welche im Widerspruch zu den bis dato geleisteten Tätigkeiten der Gruppe standen. Dass es deshalb zum Konflikt zwischen den Akteuren kam, war vorhersehbar. Individuelle Faktoren, wie etwa wenig Erfahrung der Mitglieder in Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, psychologische Belastung und schließlich der Zielkonflikt zwischen einzelnen Gruppenmitgliedern sorgten dafür, dass die Gruppe Anfang 1983 vollkommen handlungsunfähig wurde.

Auch wenn es sich bei dem untersuchten Netzwerk um ein transnationales handelt, ist deutlich geworden, dass nationale Faktoren und Akteure ausschlaggebend für die Entwicklung des Bremer Informationsbüros waren. Dies liegt vor allem darin begründet, dass Gewerkschaften und individuelle Gewerkschafter*innen die Hauptpartner der „Solidarność“ waren, und diese hauptsächlich im nationalen Rahmen agierten.

Die Untersuchung des Bremer Informationsbüros als Teil bzw. zentraler Knotenpunkt eines Netzwerks stellt ein Novum in der Forschung dar. Der Netzwerkansatz wurde in dieser Arbeit an die vorliegenden Quellen angepasst, sodass, statt wie in der Netzwerkforschung üblich, mehr auf einzelne Akteure und ihre subjektiven Wahrnehmungen eingegangen wurde. Die Netzwerkebene in das Zentrum der Untersuchung zu stellen, erbrachte die Erkenntnis, dass die Handlungsräume und die Entwicklung des Bremer Informationsbüros maßgeblich von der dynamischen Entwicklung dieses Netzwerks abhängig waren.

Allerdings ist auch deutlich geworden, dass sowohl individuelle Faktoren und einzelne Akteure als auch Faktoren der Makro-Ebene in eine solche Untersuchung einfließen müssen, wenn die Entwicklung eines Netzwerks nachvollziehbar gemacht werden soll. Die Erforschung des „Solidarność“-Netzwerkes im Ausland als Gesamtheit könnte auf Grundlage der Analyse solcher Ego-Netzwerke auf eine umfangreichere Basis gestützt werden, als es durch den bloßen Vergleich der unterschiedlichen Akteure in dem Netzwerk bisher geschehen ist.

X. Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| AFL-CIO | American Federation of Labour – Congress of Industrial Organizations |
| AFSO | Archiv der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen |
| BDV | Bund der Vertriebenenverbände |
| BGL | Bremer Grüne Liste |
| BHB | Bremische Bürgerschaft |
| BRD | Bundesrepublik Deutschland |
| CDA | Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft |
| CDU | Christlich Demokratische Union |
| CFDT | Confédération française démocratique du travail |
| CGIL | Confederazione Generale Italiano del Lavoro |
| CGT | Confédération Générale du travail |
| ChSWN | Chrześcijańska Służba Wyzwolenia Narodów |
| CIA | Central Intelligence Agency |
| CISL | Confederazione Italiana Sindicati Lavarotori |
| CRZZ | Centralna Rada Związek Zawodowych |
| CSU | Christlich Soziale Union |
| DDR | Deutsch Demokratische Republik |
| DGB | Deutscher Gewerkschaftsbund |
| DJU | Deutsche Journalisten Union |
| DM | Deutsche Mark |
| DPG | Deutsch-Polnische Gesellschaft |
| EGB | Europäischer Gewerkschaftsbund |
| FAZ | Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FDP | Freie Demokratische Partei |
| FSO | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen |
| GEW | Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft |
| HBV | Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen |
| IBFG | Internationaler Bund freier Gewerkschaften |
| IG DruPa | Industriegewerkschaft Druck und Papier |
| IGM | Industriegewerkschaft Metall |

| | |
|----------|--|
| ILO | International Labour Organisation |
| JU | Junge Union |
| JuLis | Junge Liberale |
| KAB | Katholischer Arbeitnehmer Bewegung |
| KOR | Komitet Obrony Robotników |
| KOS | Komitet Oporu Społecznego |
| KSS | Komitet Samoobrony Społecznej |
| KSZE | Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| LO | Landsorganisationen i Sverige |
| MdB | Mitglied des Bundestages |
| MdL | Mitglied des Landtages |
| NATO | North Atlantic Treaty Organisation |
| NOWA | Niezależna Oficyna Wydawnicza |
| NRF | Niemiecka Rzeczpospolita Federalna |
| NRW | Nordrhein-Westphalen |
| NSZZ "S" | Niezależna Samorządna Związek Zawodowy „Solidarność” |
| NZS | Niezależna Związek Studentów |
| OKO | Ogólnopolski Komitet Oporu |
| ÖGB | Österreichischer Gewerkschaftsbund |
| ÖTV | Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr |
| PB | Privatbestand Bobrowski |
| PPS | Polska Partia Socjalistyczna |
| PRL | Polska Rzeczpospolita Ludowa |
| PZPR | Polska Zjednoczona Partia Robotników |
| RCDS | Ring Christlich-Demokratischer Studenten |
| RFE | Radio Free Europe |
| RFFU | Gewerkschaft Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien |
| RFN | Rzeczpospolita Federalna Niemiecka |
| SB | Służba Bezpieczeństwa |
| SOHYO | Nihon Rōdōkumiai Sōhyōgikai (Allgemeiner Gewerkschaftsrat Japans) |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| TKK | Tymczasowa Komisja Koordynacyjna |
| TW | Tajny Współpracownik |

| | |
|-------|--|
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken |
| UIL | Unione Italiano del Lavoro |
| UNO | United Nations Organisation |
| VHS | Volkshochschule |
| WK | Weser Kurier |
| WRON | Wojskowa Rada Ocalenia Narodowej |
| WZZ | Wolny Związek Zawodowy |
| ZDF | Zweites Deutsches Fernsehen |
| ZPU | Związek Polskich Uchodźów |
| ZPwN | Związek Polaków w Niemczech |

XI. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Archiv der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (AFSO):
Bestand 02-088: Informations- und Koordinationsbüro der „Solidarność“
in Bremen

2. Gedruckte Quellen

Bender, Peter: Da wird Nachdenken zur politischen Pflicht. In: Böll / Duve /
Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, 27-42.

Böll, Heinrich / Duve, Freimut / Staeck, Klaus (Hg.): Verantwortlich für Po-
len? Hamburg 1982.

Böll, Heinrich / Duve, Freimut / Staeck, Klaus: Vorwort. In: Böll / Duve /
Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, 7f.

Böll, Heinrich: Ein neues Vokabularium finden. Protokoll einer Pressekonfe-
renz, 22.12.81 in Bonn, mit Efim Etkind und Juliusz Stroynowski, gekürzte
Fassung. In: Böll / Duve / Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, 9-17.

Borsdorf, Ulrich: Solidarität für Polen. Die Hilfsaktion des DGB. In: Gewerk-
schaftliche Monatshefte (1982), H. 33, 78-80.

Bremische Bürgerschaft, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung am 20.1.1982, 4077-
4089. In: Bremische Bürgerschaft (Landtag), 10. Wahlperiode. Plenarpro-
tokolle, Band 5 (53.-64. Sitzung).

Bundestag, Plenarprotokoll 9/74, Sitzung vom 18.12.1981, unter [http://dipbt.
bundestag.de/dip21/btp/09/09074.pdf](http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/09/09074.pdf) (18.3.2019).

Bundestag, Plenarprotokoll 9/76, Sitzung vom 14.1.1982, unter [http://dipbt.
bundestag.de/dip21/btp/09/09076.pdf](http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/09/09076.pdf) (18.3.2019).

Bussiek, Hendrik: Wut und Protest sind am Platz, doch auf Dauer ohnmäch-
tig. Überlegungen eines journalistischen Pendlers zwischen den deutschen
Welten. In: Böll / Duve / Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, 52-65.

- Kristoffersen, Erwin: Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen. In: Plum, Werner (Hg.): Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen. Bonn 1984, 75-80.
- Majchrzak, Grzegorz / Owsinski, Jan Mariusz (Hg.): I Krajowy Zjazd Delegatów NSZZ "Solidarność". Stenogramy, I tura. Warschau 2011.
- Pleskot, Patryk (Hg.): Solidarność, Zachód i węże. Służba Bezpieczeństwa wobec emigracyjnych struktur Solidarności. Warschau 2011.
- Rede Erwin Kristoffersens beim „Solidarność“-Kongress. In: Majchrzak / Owsinski (Hg.): I Krajowy Zjazd, 279f.
- Świder, Małgorzata (Hg.): Solidarność związkowa. Niemiecka Federacja Związków Zawodowych (DGB) wobec NSZZ „Solidarność”. Krakau 2017.
- Szporer, Michael: Hoeing the moon. Conversation with Bogdan Felski. In: Szporer, Michael: Solidarity. The great workers strike of 1980. Lanham u.a. 2014, 41-46.

3. Zeitungen und Zeitschriften

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Deutschland Ausgabe
 Kultura
 Pogląd
 Przekazy
 Spiegel
 Trybuna Ludu
 Weser Kurier
 ZEIT

4. Filme

Grabe, Hans-Dieter: Arbeiter aus Danzig. Produziert für die ZDF-Reihe „Lebenserfahrungen“, erstmals ausgestrahlt am 12.12.1982. 60 Minuten.

Wessels, Horst: Mit dem Herzen in Danzig. Solidarność in Bremen 1981-1983. Bremen, Landesinstitut für Schule, Landesbildstelle Bremen, 2005. 44:41 Minuten.

5. Internetquellen

Aufruf der Initiative „Solidarität mit Solidarnosc“, 14.12.1980, unter <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a81-07254/02-aufruf.pdf> (16.11.2018).

Duden-Definition Netzwerk, unter <https://www.duden.de/rechtschreibung/Netzwerk> (28.2.2019).

Eintrag zu Bogdan Felski in der „Encyklopedia Solidarności“, unter http://www.encysol.pl/wiki/Bogdan_Felski (16.3.2019).

Eintrag zu Henryk Jagielski in der „Encyklopedia Solidarności“, unter http://www.encysol.pl/wiki/Henryk_Jagielski (16.3.2019).

Eintrag zu Seweryn Blumsztajn in der „Encyklopedia Solidarności“, unter http://www.encysol.pl/wiki/Seweryn_Blumsztajn (16.3.2019).

Information des DGB zur Zweiten Ölkrise, unter <https://www.dgb.de/themen/++co++ea3b3486-18f8-11df-6dd1-00093d10fae2> (1.4.2019).

Tagungsbericht: HT 2014: Die Friedensbewegung in der Kontroverse, 23.09.2014-26.09.2014 Göttingen. In: H-Soz-Kult, 14.11.2014, unter: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5675> (8.4.2019).

Tagungsbericht, CWIHP Konferenz von Jachranka 8.-10.11.1997, unter <https://www.wilsoncenter.org/article/cwihp-co-sponsored-conference-poland-1980-1982-internal-crisis-international-dimensions> (8.1.2018).

6. Sekundärliteratur

Bégin, Natalie: Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarnosc in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich. In: Archiv für Sozialgeschichte (2005), H. 45, 293-324.

- Behringer, Wolfgang: Netzwerk. In: Jäger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 9: Naturhaushalt-Physiokratie. Stuttgart / Weimar 2009, Sp. 98-100.
- Bixler, Matthias / Reupke, Daniel: Von Quellen zu Netzwerken. In: Düring, Marten / Eumann, Ulrich / Stark, Martin / von Keyserlingk, Linda (Hg.): Handbuch historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen. Berlin 2016, 101-122.
- Bobrowski, Marcin: Solidarność kaszubska. Dwaj Kaszubi w niemieckim biurze koordynacyjnym NSZZ Solidarność (1982-1983). [Kaschubische Solidarität. Zwei Kaschuben im deutschen Koordinationsbüro der NSZZ Solidarność.] In: Pomerania (2004), H. 4, 26-28.
- Boll, Friedhelm / Świder, Małgorzata: The FRG. Humanitarian support without big publicity. In: Goddeeris, Idesbald (Hg.): Solidarity with Solidarity. Western European trade unions and the Polish Crisis. Lanham (Md.) u.a. 2010, 159-190.
- Brier, Robert: Entangled Protest. Dissent and the transnational history of the 1970s and 1980s. In: Brier, Robert (Hg.): Entangled protest. Transnational approaches to the history of dissent in Eastern Europe and the Soviet Union. Osnabrück 2013, 11-42.
- Brier, Robert: Poland's Solidarity as a contested symbol of the Cold War. In: Patel, Klaus Kiran / Weisbrode, Kenneth (Hg.): European Integration and the Atlantic Community in the 1980s. New York 2013, 83-104.
- Burkhardt, Mike: Networks as social structures in late medieval and early modern towns. A theoretical approach to historical network analysis. In: Caracausi, Andrea / Jeggle, Christof (Hg.): Commercial Networks and European Cities 1400-1800. Brookfield 2014, 13-43.
- Caracausi, Andrea / Jeggle, Christof (Hg.): Commercial Networks and European Cities 1400-1800. Brookfield 2014.
- Chwalba, Andrzej: Czasy "Solidarności". Francuscy związkowcy i NSZZ "Solidarność" 1980-1990 [Die Zeiten der „Solidarność“ Französische Gewerkschafter und die NSZZ „Solidarność“ 1980-1990]. Kraków 1997.
- Cöllen, Barbara / Dudek, Bartosz / Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Polenhilfe. Als Schmuggler für Polen unterwegs. / Pomoc dla Polski. Zostali przemysłnikami dla Polaków. Dresden u.a. 2011.

- Cöllen, Barbara / Romaniec, Rozalie: Die Pro-Solidarność-Bewegung in West-Berlin gefördert vom AFL-CIO. In: Cöllen et al. (Hg.): Polenhilfe, 123-137.
- Cöllen, Barbara: Die deutschen Gewerkschaften. Diskrete Solidarität mit der Solidarność. In: Cöllen et al. (Hg.): Polenhilfe, 59-78.
- Conway, Martin / Gotovitsch, José (Hg.): Europe in exile. Exile communities in Great Britain 1940-1945. New York 2001.
- Dombrowsky, Nina: Solidarität mit Solidarność? Politische Reaktionen aus der Bundesrepublik auf die Entstehung der „Solidarność“ und die Ausrufung des Kriegszustandes in der Volksrepublik Polen 1980-1982. In: Deutschland-Archiv 41 (2008), H. 1, 68-75.
- Dudek, Antoni (Hg.): Stan wojenny w Polsce [Der Kriegszustand in Polen]. Warschau 2003.
- Düring, Marten / Eumann, Ulrich / Stark, Martin / von Keyserlingk, Linda: Einleitung. In: Düring, Marten / Eumann, Ulrich / Stark, Martin / von Keyserlingk, Linda (Hg.): Handbuch historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen. Berlin 2016, 5-10.
- Faulenbach, Bernd: Europa im Zeichen der Entspannungspolitik. In: Veen, Hans-Joachim / Mählert, Ulrich / März, Peter (Hg.): Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975-1989. Köln / Weimar / Wien 2007, 17-29.
- Friedrich, Alexander: Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels. Zur Begriffsgeschichte einer historischen Problemkonstellation. In: Leendertz, Ariane / Meteling, Wencke (Hg.): Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren. New York u.a. 2016, 35-62.
- Frybes, Marcin: Amerykanie polskiego pochodzenia oraz Polacy w USA wobec „Solidarności“ w latach 1980-1989. Emocje, osoby i organizacje [Amerikaner polnischer Herkunft und Polen in den USA gegenüber der "Solidarność" in den Jahren 1980-1989. Emotionen, Personen und Organisationen]. In: Pleskot, Patryk (Hg.): Za naszą i waszą "Solidarność" inicjatywy solidarnościowe z udziałem Polonii podejmowane na świecie (1980-1989), Bd. 1: państwa pozaeuropejskie. Warschau 2018, 111-227.
- Frybes, Marcin: Społeczne reakcje Zachodu na fenomen „Solidarności” i rola emigracyjnych struktur Związku 1980-1989 [Gesellschaftliche Reaktionen

- auf das Phänomen der „Solidarność“ und die Rolle der Emigrationsstrukturen der Gewerkschaft 1980-1989]. In: Kamisnki, Lukasz / Waligora, Grzegorz (Hg.): NSZZ Solidarność 1980-1989, Tom 2: Ruch Społeczny [Band 2: Gesellschaftliche Bewegung]. Warschau 2010, 505-574.
- Garton-Ash, Timothy: The Polish Revolution. Solidarity 1980-82. London 1983.
- Gawrich, Rolf: Deutscher Gewerkschaftsbund und polnische Gewerkschaftsbewegung. Der DGB als transnationaler Akteur und seine Beziehungen zur „offiziellen“ und „oppositionellen“ Gewerkschaftsbewegung in der Volksrepublik Polen (1970-1989). Bonn 1996.
- Goddeeris, Idesbald (Hg.): Solidarity with Solidarity. Western European trade unions and the Polish Crisis. Lanham (Md.) u.a. 2010.
- Goddeeris, Idesbald / Świder, Małgorzata: Peace or Solidarity? Poland, the Euromissile crisis and the 1980s peace movement. In: Nuti, Leopold / Rey, Marie Pierre / Roter, Bernd / Bozo, Frédéric (Hg.): The Euromissile crisis and the end of the Cold War. Washington 2015, 291-308.
- Goddeeris, Idesbald: Biuro Koordynacyjne NSZZ „Solidarność”, 1982-1989, część 2. In: Pamięć i Sprawiedliwość (2007), H. 1, 309-334.
- Goddeeris, Idesbald: Lobbying Allies? The NSZZ Solidarność Coordinating Office Abroad, 1982–1989. In: Journal of Cold War Studies 13 (2011), H. 3, 83-125.
- Goddeeris, Idesbald: Ministerstwo Spraw Zagranicznych „Solidarność”. Biuro Koordynacyjne NSZZ „Solidarność”, 1982-1989, część 1 [Das Außenministerium der „Solidarność”. Das Koordinationsbüro der NSZZ „Solidarność” 1982-1989, Teil 1]. In: Pamięć i Sprawiedliwość (2006), H. 2, 315-347.
- Goddeeris, Idesbald: The temptation of legitimacy. Exile Politics from a comparative perspective. In: Contemporary European History 16 (2007), H. 3, 395-405.
- Goddeeris, Idesbald: Western Trade Unions and Solidarność. A comparison from a Polish perspective. In: The Polish Review 52 (2007), H. 3, 305-329.
- Gompert, David C. / Binnendijk, Hans / Lin, Bonny: The Soviet decision not to invade Poland, 1981. In: Gompert, David C. / Binnendijk, Hans / Lin, Bonny (Hg.): Blinders, Blunders, and Wars. What America and China can learn. Santa Monica 2014, 139-149.

- Górski, Jan / Tymochowicz, Danuta: Polska emigracja i Polonia w Republice Federalnej Niemiec i Berlinie Zachodnim. Informator o organizacjach, ugrupowaniach, ośrodkach kulturalno-oświatowych, religijnych i wydawnictwach w latach 1981 – 1989 [Die Polnische Emigration und Polonia in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Broschüre über Organisationen, Gruppierungen, kulturell-bildenden, religiöse und reaktionelle Zentren in den Jahren 1981-1989]. Warschau 1990.
- Heruday-Kiełczewska, Magdalena: „Solidarność“ nad Sekwaną. Działalność Komitetu Koordynacyjnego NSZZ „Solidarność“ w Paryżu 1981-1989 [„Solidarność“ an der Seine. Die Tätigkeit des Koordinationskomitees der NSZZ „Solidarność“ in Paris 1981-1989]. Gdańsk 2016.
- Heruday-Kiełczewska, Magdalena: Inicjatywy solidarnościowe Polonii i emigracji w latach 1980-1989. Francja [„Solidarność“-Initiativen der Polonia und der Emigration in den Jahren 1980-1989. Frankreich]. In: Pleskot, Patryk (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność”. Inicjatywy Solidarnościowe z udziałem Polonii podejmowane na świecie (1980-1989), Tom 2: Państwa Europejskie [Für unsere und eure „Solidarność”. Weltweit unternommene „Solidarność“-Initiativen mit Teilnahme der Polonia (1980-1989), Band 2: Europäische Länder]. Warschau 2018, 167-217.
- Heruday-Kiełczewska, Magdalena: Powstanie ośrodków NSZZ „Solidarność” w krajach zachodnich [Die Entstehung der Zentren der NSZZ „Solidarność” in den westlichen Ländern], unter <http://polska1918-89.pl/pdf/powstanie-osrodkow-nszz-solidarnosc-w-krajach-zachodnich,4624.pdf> (26.11.2018).
- Hirsch, Helga: Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976-1980. Mainz 1985.
- Hochuli, Marianne: Solidarność z „Solidarnością“. Szwajcarskie inicjatywy solidarnościowe w latach 1980-1983 [Solidarität mit „Solidarność”. Schweizerische „Solidarność“-Initiativen in den Jahren 1980-1983]. In: Pleskot, Patryk (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność”. Inicjatywy Solidarnościowe z udziałem Polonii podejmowane na świecie (1980-1989), Tom 2: Państwa Europejskie. Warschau 2018, 367-422.
- Hollstein, Betina: Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse. Ein Widerspruch? In: Hollstein, Betina / Straus, Florian (Hg.): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden 2006, 11-35.

- Holzer, Jerzy / Leski, Krzysztof: „Solidarność” w podziemiu [„Solidarność” im Untergrund]. Łódź 1990.
- Holzer, Jerzy: "Solidarität". Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen. München 1985.
- Krajewski, Andrzej (Hg.): Region USA. Działacze "Solidarność" o kraju, o emigracji, o sobie [Die Region USA. Aktivisten der „Solidarność” über die Heimat, über die Emigration, über sich selbst]. London 1989.
- Kramer, Mark: Jaruzelski, the Soviet Union and the imposition of martial law in Poland. New light on the mystery of December 1981. In: Cold War International History Project Bulletin (1998), H. 11, 5-14.
- Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980-1990. Berlin 1999.
- Loew, Peter Oliver: Wir Unsichtbaren. Geschichte der Polen in Deutschland. München 2014.
- Maliszewski, Michał: Opinie prasy Republiki Federalnej Niemiec o stanie wojennym w Polsce 1981-1982 [Pressemeinungen der BRD über den Kriegszustand in Polen 1981-1982]. In: Ruchniewicz, Krzysztof / Zybura, Marek (Hg.): Amicus Poloniae. Teksty ofiarowane Profesorowi Heinrichowi Kunstmannowi w osiemdziesiątą piątą rocznicę urodzin [Texte für Heinrich Kunstmann zum Anlass seines 85. Geburtstags]. Wrocław 2009, 285-303.
- Marx, Christian: Forschungsüberblick zur Historischen Netzwerkforschung. Zwischen Analysekategorie und Metapher. In: Düring, Marten / Eumann, Ulrich / Stark, Martin / von Keyserlingk, Linda (Hg.): Handbuch historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen. Berlin 2016, 63-84.
- Mastny, Wojtech: The Soviet non-invasion of Poland in 1980/1 and the end of the Cold War. Washington D.C. 1998 (Cold War International History Project, Working Paper No. 23).
- Miedema, Christie: „Samą walkę musicie toczyć w Polsce”. Polscy emigranci w Holandii i pomoc dla Polaków [„Ihr müsst den selben Kampf in Polen kämpfen”. Polnische Emigranten in Holland und Hilfe für die Polen]. In: Pleskot, Patryk (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność”. Inicjatywy Solidarnościowe z udziałem Polonii podejmowane na świecie (1980-1989), Tom 2: Państwa Europejskie. Warszawa 2018, 258-315.

- Miedema, Christie: The transnationality of Dutch Solidarity with the Polish Opposition 1980-1989. In: *Revue Belge de Philologie et d'Histoire / Belgisch Tijdschrift voor Fologie en Geschiedenis* 89 (2011), H. 3-4, 1307-1330.
- Miedema, Christie: *Vrede of Vrijheid? Dilemma's, dialoog en misverstanden tussen Nederlandse en West-Duitse linkse organisaties en de Poolse oppositie in de jaren tachtig [Frieden oder Freiheit? Dilemmata, Dialog und Missverständnisse zwischen niederländischen und westdeutschen linken Organisationen und der polnischen Opposition in den Achtziger Jahren]*. Amsterdam 2015.
- Miszczak, Krzysztof: *Deklarationen und Realitäten. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der (Volks-) Republik Polen von der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages bis zum Abkommen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (1970-91)*. München 1993.
- Nitschke, Christian: Die Geschichte der Netzwerkanalyse. In: Düring, Marten / Eumann, Ulrich / Stark, Martin / von Keyserlingk, Linda (Hg.): *Handbuch historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen*. Berlin 2016, 11-30.
- Olesiak, Henryk: *Polska emigracja polityczna w Republice Federalnej Niemiec. Skice z psychologii społecznej [Die polnische politische Emigration in der Bundesrepublik Deutschland. Skizze aus der gesellschaftlichen Psychologie]*. Düsseldorf 1987.
- Paczkowski, Andrzej / Byrne, Malcolm: The Polish Crisis. Internal and international dimensions. In: Paczkowski, Andrzej / Byrne, Malcolm / Domber, Gregory F. / Klotzbach, Magdalena (Hg.): *From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980-1981. A documentary history*. Budapest 2007, 1-43.
- Paczkowski, Andrzej: *Revolution and counter-revolution in Poland 1980-1989. Solidarity, Marital Law and the end of communism in Europe*. Rochester 2015.
- Peter, Matthias: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess. Die Umkehrung der Diplomatie*. Oldenburg 2015, insbesondere 401-415.
- Pick, Dominik: *Brücken nach Osten. Helmut Schmidt und Polen*. Bremen 2011.

- Pick, Dominik: Ludzie „Solidarności“ w Republice Federalnej Niemiec w latach 1980-1989 [„Solidarność“-Leute in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980-1989]. In: Pleskot, Patryk (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność”. Inicjatywy Solidarnościowe z udziałem Polonii podejmowane na świecie (1980-1989), Tom 2: Państwa Europejskie. Warszawa 2018, 316-365.
- Pick, Dominik: Ponad żelazną kurtyną. Kontakty społeczne między PRL i RFN w okresie Détente i stanu wojennego [Über den Eisernen Vorhang hinaus. Gesellschaftliche Kontakte zwischen der PRL und der BRD im Zeitraum der Détente und des Kriegszustands]. Warszawa 2016.
- Pleskot, Patryk (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność”. Inicjatywy Solidarnościowe z udziałem Polonii podejmowane na świecie (1980-1989), Tom 2: Państwa Europejskie. Warszawa 2018.
- Pleskot, Patryk: Wstęp. In: Pleskot, Patryk (Hg.): Solidarność, Zachód i węże, 17-33.
- Pyłat, Joanna Krystyna: Inicjatywy prosolidarnościowe środowisk polskich w Wielkiej Brytanii w latach 1980-1989 [Pro-„Solidarność“-Initiativen der polnischen Emigration in Großbritannien in den Jahren 1980-1989]. In: Pleskot, Patryk (Hg.): Za naszą i waszą „Solidarność”. Inicjatywy Solidarnościowe z udziałem Polonii podejmowane na świecie (1980-1989), Tom 2: Państwa Europejskie. Warszawa 2018, 10-143.
- Reiff, Klaus: Polen. Als deutscher Diplomat an der Weichsel. Bonn 1990.
- Reinhard, Wolfgang: Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600. München 1979.
- Reitmayer, Morten / Marx, Christian: Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft. In: Stegbauer, Christian / Häußling, Roger (Hg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden 2010, 869-880.
- Riechel, Danuta: Begegnungen. Geschichte(n) einer Städtepartnerschaft. Bremen – Gdansk 1976-1996. Bremen 1996.
- Riechers, Albrecht: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980-1982. Bonn 2006 (Reihe Gesprächskreis Geschichte, 67).

- Riechers, Albrecht: Spontane Reaktionen der deutschen Zivilgesellschaft auf die Krise in Polen 1980 bis 1982. In: Ruchniewicz, Krzysztof / Zybura, Marek (Hg.): *Amicus Poloniae. Texte ofiarowane Profesorowi Heinrichowi Kunstmannowi w osiemdziesiątą piątą rocznicę urodzin*. Wrocław 2009, 343-356.
- Sjursen, Helene: *The US, Western Europe and the Polish Crisis. International relations in the Second Cold War*. Basingstoke 2003.
- Staniszki, Jadwiga: *Poland's self-limiting revolution*. Princeton 1984.
- Stark, Martin: *Netzwerkberechnungen. Anmerkungen zur Verwendung formaler Methoden*. In: Düring, Marten / Eumann, Ulrich / Stark, Martin / von Keyserlingk, Linda (Hg.): *Handbuch historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen*. Berlin 2016, 155- 171.
- Świder, Małgorzata: *Das Informationsbüro der Solidarnosc in Bremen im Spiegel der Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes*. In: *Inter Finitimos* (2009), H. 7, 203-216.
- Świder, Małgorzata: *Z perspektywy Bonn. Przemiany polityczne w Polsce w latach 1980-1989 [Aus der Bonner Perspektive. Die politischen Veränderungen in Polen in den Jahren 1980-1989]*. Toruń 2011.
- Świder, Małgorzata: *Związki zawodowe w RFN*. In: Świder, Małgorzata (Hg.): *Solidarność związkowa*, 37-86.
- Tkacheva, Olesya / Schwartz, Lowell H. / Libicki, Martin C. / Tylor, Julie E. / Martini, Jeffrey / Baxter, Caroline: *Information Freedom During the Cold War. The Impact of Western Radio Broadcasts*. In: dies. (Hg.): *Internet Freedom and Political Space*. Santa Monica 2013, 149-184.
- Touraine, Alain: *Solidarity. Analysis of a social movement, Poland 1980-1981*. Cambridge 1983.
- Veen, Hans-Joachim: *Einführung*. In: Veen, Hans-Joachim / Mählert, Ulrich / März, Peter (Hg.): *Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975-1989*. Köln u.a. 2007, 7-16.
- Wiaderny, Bernard: *„Schule des politischen Denkens“*. Die Exilzeitschrift „Kultura“ im Kampf um die Unabhängigkeit Polens 1946-1991. Paderborn 2018.
- Zajac, Alexander: *Die Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen durch die Polonia in der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Inter Finitimos* (2008), H. 6, 232-245.

XII. Danksagungen

Mein Dank gebührt einigen Personen, die mich im Prozess dieser Arbeit begleitet haben. Zunächst möchte ich mich bei Martina Winkler und Sarah Lemmen für anregende Gespräche und ihre gute Betreuung bedanken. Große Dankbarkeit möchte ich auch für Karina Garsztecka vom Archiv der FSO ausdrücken, die den Aufenthalt an diesem Ort zu einer sehr angenehmen und interessanten Erfahrung gemacht hat. Meiner Schwester, Anke Mehrens möchte ich für ihre große Solidarität und Hilfsbereitschaft danken, ohne die diese Arbeit kaum möglich gewesen wäre. Zu guter Letzt gebührt Peter Valena vom Collegium Carolinum meine Dankbarkeit für die geduldige und in jeder Hinsicht ausgezeichnete Betreuung im Redaktionsprozess.

